

SCHWEIZER GEMEINDE
COMUNE SVIZZERO
VISCHNANCA SVIZRA
COMMUNE SUISSE

Zeitschrift für Gemeinden und Gemeindepersonal | Revue pour Communes et leur personnel
Rivista per Comuni e i loro impiegati | Revista per Vischnancas e ses personal



**RAUMPLANUNG UND ENERGIE:
UNSER FOKUS IM AUGUST**

**AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE, ÉNERGIE:
NOS POINTS FORTS EN AOÛT**

**PIANIFICAZIONE TERRITORIALE, ENERGIA:
I TEMI CENTRALI DI AGOSTO**

Vorsicht Kamera ... Videoüberwachung

Videoüberwachung sorgt für mehr Übersicht, schützt und klärt auf. Sie erhalten die neueste Videoüberwachungstechnik, als eigenständige Anlage oder in Kombination mit einem Intercom-, Zutritts- oder Türsprechsystem. Selbstverständlich gehört ein umfassender Support auch zu unserem Service. Wir bieten ideale Lösungen für:

- Objektüberwachung
- Personenkontrolle
- Personenzählung
- Autonummernerkennung
- Marktanalyse
- Warensicherung
- Schnittstellen
- Gesichtserkennung



KOCH
www.kochag.ch

GPVZH

GPVZH Verband der Gemeindepräsidenten
des Kantons Zürich

Der 1909 gegründete GPV Kanton Zürich bezweckt die Wahrung, Förderung und Vertretung der gemeinsamen Interessen der politischen Gemeinden des Kantons Zürich, insbesondere als kritischer und verlässlicher Sparringpartner gegenüber dem Kanton. Mitglieder des Verbandes sind sämtliche 162 Stadt- und Gemeindepräsidenten im Kanton Zürich. Die oder der Geschäftsführer/in arbeitet eng zusammen mit dem Verbandspräsidenten und den Mitgliedern des Leitenden Ausschuss. Infolge Pensionierung unseres Geschäftsführers suchen wir per 1.1.2023 den/die neue/n

Geschäftsführer/in (80–100%)

Sie agieren als organisatorische Drehscheibe zwischen dem Leitenden Ausschuss, den Städten und Gemeinden sowie den kantonalen Stellen. Zur Führung des Protokolls der Sitzungen des Leitenden Ausschuss sowie deren Vor- und Nachbereitung und Koordination verfügen Sie über politisches Gespür, strategisches Denken, exaktes Arbeiten, unternehmerisches Handeln, Organisationstalent und Allrounderfähigkeiten. Networking und Kommunikation gegenüber den Gemeinden sowie Sicherstellung des internen und externen Informationsflusses sind für das Lobbying für die Gemeinden grundlegend.

Wir erwarten einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss oder vergleichbare Ausbildung, hohe Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit, Einsatz auch ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten sowie unabhängiges Arbeiten. Vorteilhaft ist, wenn Sie bereits über ein gutes Beziehungsnetz zu Politik und Verwaltung im Kanton Zürich sowie gute Kenntnisse im Zürcher Gemeinderecht verfügen. Arbeitsort ist Zürich. Wir bieten fortschrittliche und zeitgemässe Arbeitsbedingungen.

Wenn Sie an dieser hochinteressanten und vielfältigen Stelle im politischen Drehkreuz von Städten, Gemeinden und Kanton interessiert sind, freuen wir uns auf Ihre Bewerbung an

Jörg Kündig, Präsident GPV, Postfach 149,
8625 Gossau ZH, oder joerg.kuendig@bluewin.ch
Für Fragen steht Ihnen Präsident Jörg Kündig
auch telefonisch zur Verfügung 044 936 57

5 Editorial

Energiesicherheit: Ins kalte Wasser geworfen
 Quand la sécurité énergétique boit la tasse
 Sicurezza energetica, una bella doccia fredda

8 Territorio e mobilità

Intervista con Not Carl, presidente dell'associazione dei comuni concessionari grigionesi.

10 Territorio e mobilità

Come pianificare e costruire tenendo conto dei pericoli naturali.

14 Énergie et environnement

Énergie éolienne: de nombreux défis pour les communes.

16 Territoire et mobilité

Arrêt du Tribunal fédéral: Les communes doivent veiller à compenser tous les plus-values majeurs.

22 Politique sociale

La «fête des fêtes» rassemble les traditions de toute la Suisse.

28 Raumplanung und Verkehr

Wie ein Kraftwerk im Puschlav mit Partizipation geplant wurde.

32 Energie und Umwelt

Der Weg zur Umsetzung von Windenergieprojekten ist weit.

36 Raumplanung und Verkehr

Bundesgerichtsurteil: Erhebliche Mehrwerte nach Um- und Aufzonungen sind auszugleichen.

40 Raumplanung und Verkehr

Welche Mühen die kleinen Gemeinden mit der Raumplanung haben.

46 Raumplanung und Verkehr

Wie Kenntnisse der Bodenbeschaffenheit bei der Raumplanung helfen.

48 Institution Gemeinde

Die Resultate der grossen Gemeindebefragung zur Digitalisierung.

52 Energie und Umwelt

Der SGV hat in New York die Gemeinden bei der Präsentation des Länderberichts zur Agenda 2030 vertreten.

60 Institution Gemeinde

Wie sich die Gemeinden auf das Pfadi-Bundeslager vorbereitet haben.

6

Energia

Alessandro Della Vedova, ex sindaco di Poschiavo GR, spiega come il comune sia stato coinvolto nella progettazione di una centrale elettrica.



26

Environnement

Maria Welham Ruiters, conseillère municipale de Ferreyres VD, a participé à un projet pilote pour effectuer un inventaire des valeurs biologiques présentes dans la commune.



34

Ortsplanung

Herbert Imbach, Gemeindepräsident von Vitznau (LU), erklärt, warum die Gemeinde die Bevölkerung eng in die Ortsplanungsrevision miteinbezogen hat.



Titelbild/Couverture

Die Staumauer Scala beim Lago-Bianco-Stausee auf der Berninapasshöhe. / Le barrage de Scala, près du lac de retenue Lago Bianco, au sommet du col de la Bernina.

Bild/photo: Repower

Unterhalt = Werterhalt. Dies gilt auch beim WC!

Mit der Erfindung von Priskus A. Theiler muss keine WC-Anlage mehr ersetzt werden. Wie sein patentiertes System funktioniert und weshalb der Ersatz der WC-Schüssel das grundlegende Problem nicht löst, erklärt der Tüftler im Interview.

Herr Theiler, Sie haben ein Spül- und Umwälzverfahren entwickelt, mit welchem jedes WC nach nur einer Stunde wieder wie neu funktioniert. Wie schaffen Sie das?

Das patentierte Entkalkungsprinzip funktioniert wie bei einer Waschmaschine im Umwälzverfahren. Für die Entkalkung muss das WC und der Spülkasten nicht demontiert werden. Zuerst wird das WC mit einem Ballon beim Übergang in die Ablaufleitung verschlossen. Nun kann die WC-Schüssel mit warmem Wasser gefüllt werden. Eine leicht saure Reinigungslösung wird zusammen mit Granulat der Baumnusschale durch sämtliche Spül- und Wasserlaufkanäle des Spülkastens und der WC-Schüssel gespült. Der Kalk löst sich schnell und schonend.

In der Schweiz sind mehr als 18 Mio. Toiletten verbaut. Sie konnten davon in den letzten 10 Jahren rund 80000 WCs retten. Dies scheint im Verhältnis eher wenig. Weshalb wurden Sie bisher noch nicht «überraunt»?

Das Hauptproblem liegt im falschen Verständnis für die WC-Anlage. Die Funktion des Spülsystems wird auch vom technischen Dienst oft unterschätzt. Für uns alle sichtbar ist die WC-Schüssel. Dahinter befindet sich aber ein komplexes Spülsystem, beginnend mit der Entleerung des Spülkastens, über die Abreinigung der Toilettenschüssel, bis hin zum Ausspülen der Ablaufleitungen in der Liegenschaft.



Spült das WC noch richtig?

Ob das WC noch richtig funktioniert, kann man mit einem einfachen Test selbst kontrollieren. Betätigen Sie die Spültaste und lassen Sie das gesamte Spülwasser ausfliessen. Dauert die WC-Spülung länger als 4 Sekunden und wird das Spülwasser nicht bis unter den vorderen Spülrand getragen, ist die Spülung zu schwach.

Was sind die Auswirkungen, wenn ein WC nicht mit genügend Druck spült?

Durch die zunehmende Verkalkung im Spülkasten und der Toilettengeräte, kann der für den Spülprozess benötigte Wasserdruck nicht mehr



Der Erfinder des RESTCLEAN-Prinzips resümiert neben seinem patentierten Reinigungsgerät: «Wir leisten mit unserer Dienstleistung rund um das stille Örtchen einen nachhaltigen Beitrag an die Umwelt und schonen unsere Ressourcen.»

aufgebaut werden. Die reduzierte Spülleistung hat zur Folge, dass der Reinigungsaufwand für den Hausdienst steigt! In den nicht sichtbaren Bereichen der Toilettengeräte nehmen die Ablagerungen deutlich zu und unter dem Spülrand bilden sich geruchsintensive Verschmutzungen. Das WC muss intensiver gepflegt werden. Störungen oder undichte Spülkästen erhöhen den Reparaturaufwand für den Hauswart.

Sie bieten Ihren Service jedem Hauswart 1x kostenlos an. Weshalb?

Da wir mit unserem Service ein Problem lösen, bei dem oft die Ursache am falschen Ort gesucht wird, müssen wir Überzeugungsarbeit leisten und Wissen beim technischen Dienst aufbauen. Für uns geht das am einfachsten, wenn wir 1:1 vor Ort unser Können und unser Wissen präsentieren können. Für den technischen Dienst ist es ebenso ein Mehrwert, weil er so genau weiss, was er bei einem Auftrag von uns bekommt. Jeder Hauswart oder technische Leiter darf bei uns eine kostenlose Vorführung buchen. Ein Anruf oder Mail genügt!



RESTCLEAN-Reinigungsgerät auf WC während Entkalkungsprozess



- 1) Spülkasten
- 2) Spülrohr;
- 3) Spülverteilung

RESTCLEAN AG

In der ganzen Schweiz unterwegs
3003 Bern
8917 Oberlunkhofen
Gratis-Telefon 0800 30 89 30
Mobile 079 969 78 78
info@restclean.com
restclean.com



Energiesicherheit: Ins kalte Wasser geworfen

Diesen Sommer geniessen Jung und Alt die Freibäder. In manchen Bädern dürfte das Wasser kühler sein als üblich, denn sie verzichten darauf, das Wasser mit Gas zu heizen. Dies wurde im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise bekannt. Diese Entscheide zeigen exemplarisch, mit welchen energiepolitischen, raumplanerischen und geopolitischen Fragen sich die Gemeindebehörden derzeit auseinandersetzen müssen.

In unserer Sommerausgabe beschäftigen wir uns unter anderem mit der kniffligen Frage des Ausbaus zur Gewinnung erneuerbarer Energien in der Schweiz, der uns unabhängiger von ausländischem Strom machen soll. Gleichzeitig gilt es, die Auswirkungen auf die Umwelt möglichst klein zu halten. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden arbeiten zusammen an einem Guide, der aufzeigen soll, wie Energieeffizienz mit dem Denkmalschutz zusammengeht. Denn bevor wir mehr Strom produzieren, müssen wir auch weniger Energie verbrauchen oder diese direkt vor Ort herstellen.

Der Krieg in der Ukraine erinnert uns daran, wie wichtig es ist, die Lebensumstände nicht nur auf lokaler, sondern auch auf globaler Ebene zu verbessern. Dies ist auch das Ziel des UNO-Programms Agenda 2030. Nach der Lancierung 2016 hat die Schweiz nun im Juli ihren aktuellen Länderbericht bei der UNO in New York präsentiert. Der Bericht stützt sich auf eine Umfrage der Schweizer Gemeinden, die letztes Jahr durchgeführt wurde. Wir stellen den Länderbericht vor – inklusive Eindrücken aus New York. Lesen Sie diesen und viele weitere Artikel in dieser Ausgabe – am besten im Schatten und in der Nähe eines Pools.

Quand la sécurité énergétique boit la tasse

Cet été, petits et grands profitent des piscines municipales. Certaines d'entre-elles ont fait le choix de cesser d'utiliser le gaz pour se chauffer. Ces décisions rendues publiques dans un contexte de guerre en Ukraine mettent en lumière les choix auxquels sont confrontés les communes en matière de gestion de l'énergie, du sol et de la situation géopolitique à l'échelle locale.

Dans cette édition estivale, nous traitons entre autres de l'épineuse question de l'augmentation de la production d'énergie renouvelable sur le sol helvétique pour garantir une indépendance énergétique, tout en minimisant au maximum les impacts environnementaux. Confédération, cantons, villes et communes travaillent ensemble et en parallèle pour développer un guide permettant une meilleure cohabitation entre sauvegarde du patrimoine bâti et efficacité énergétique. Car, avant de produire plus d'électricité, il faut également en consommer moins et en produire directement sur site.

La guerre qui secoue l'Ukraine nous rappelle que les mesures pour améliorer les conditions de vies à l'échelle locale doivent aussi être traitées à une échelle globale. C'est l'objectif du programme onusien «Agenda 2030». Après son lancement en 2016, la Suisse a présenté en juillet son rapport sur sa mise en œuvre auprès des Nations Unies à New York. Ce rapport se base sur le questionnaire transmis il y a une année aux communes suisses. Retrouvez l'essentiel de ce rapport ainsi qu'un reportage de cette aventure new yorkaise dans les pages de cette édition à lire, de préférence, à l'ombre, au coin de la piscine.

Sicurezza energetica, una bella doccia fredda

Quest'estate grandi e piccoli si godono le piscine comunali, alcune delle quali hanno deciso di non utilizzare più il gas per riscaldarsi. Queste decisioni, divenute di dominio pubblico sullo sfondo della guerra in Ucraina, evidenziano le scelte che i comuni devono affrontare in termini di gestione dell'energia, pianificazione del territorio e situazione geopolitica su scala locale.

Tra i vari temi, in questa edizione estiva affrontiamo la spinosa questione dell'aumento della produzione di energia rinnovabile sul territorio elvetico per garantire l'indipendenza energetica, riducendo al minimo l'impatto ambientale. La Confederazione, i cantoni, le città e i comuni lavorano insieme e in parallelo per sviluppare una guida che consenta una migliore conciliabilità tra la conservazione del patrimonio architettonico e l'efficienza energetica. Prima di produrre più elettricità, serve infatti consumarne di meno e produrla direttamente sul posto.

La guerra che scuote l'Ucraina ci ricorda che le misure per migliorare le condizioni di vita su scala locale devono essere affrontate anche su scala globale. È proprio questo l'obiettivo del programma dell'ONU «Agenda 2030». Dopo il lancio nel 2016, nel mese di luglio la Svizzera ha presentato il rapporto sulla sua attuazione alle Nazioni Unite a New York. Il rapporto si basa sul questionario inviato ai comuni svizzeri un anno fa. Troverete i punti essenziali del rapporto e un resoconto dell'avventura newyorkese nelle pagine di questo numero, che potrete leggere comodamente all'ombra, a bordo piscina.

*Manon Röhliberger
Projektleiterin SGV
Responsable de projet ACS
Responsable progetti ACS*

Una soluzione partecipativa per una centrale elettrica

Il progetto per la centrale di pompaggio Lagobianco nella Val Poschiavo lo dimostra: coinvolgere i comuni e le associazioni nella pianificazione richiede tempo, ma si rivela un buon investimento a lungo termine.

Molto probabilmente l'elettricità che esce dalle prese di corrente in Svizzera è stata generata con energia idroelettrica. Secondo i dati dell'Ufficio federale dell'energia, circa il 57 per cento della produzione nazionale di elettricità proviene da centrali idroelettriche. Ogni anno 682 centrali elettriche producono in media circa 37 172 gigawattora di elettricità. Molte di esse si trovano nei cantoni di montagna e molte sono in servizio da oltre cento anni. La maggior parte delle centrali idroelettriche svizzere è già una realtà.

Tuttavia, ci sono nuovi progetti o tentativi di espandere gli impianti esistenti. Negli ultimi anni ne è stato progettato uno più grande sulla punta più meridionale-orientale della Svizzera, nella Val Poschiavo. La centrale di pompaggio del Lagobianco collega il Lago Bianco sul passo del Bernina con il Lago di Poschiavo a valle. Attraverso un tunnel a pressione lungo 18 chilometri, l'acqua sarà pompata dalla valle alla cima del passo nei periodi di surplus elettrico, secondo quanto si legge sulla homepage della società di gestione Repower. Se serve elettricità, l'acqua scorre dall'alto verso il basso e genera elettricità. Si parla di una produzione di circa 1000 megawatt di elettricità all'anno; i costi d'investimento ammontano a circa 2,5 miliardi di franchi svizzeri e il tempo di costruzione stimato è di sei-sette anni.

I comuni detengono la sovranità idrica

La società di gestione Repower si è affidata alla partecipazione per pianificare il progetto. I comuni e le associazioni ambientaliste erano già stati coinvolti nello studio di fattibilità. Gian Paolo Lardi, responsabile Asset management Produzione di Repower, spiega: «In passato avevamo avuto esperienze negative con un progetto di espansione senza procedura di partecipazione. La vicenda è finita davanti al Tribunale federale.»

Repower ha quindi deciso di sedersi al tavolo delle trattative con tutte le parti



Il Lago Bianco in cima al passo del Bernina.

coinvolte: comuni, Cantone e organizzazioni ambientaliste. I comuni, in particolare, svolgono un ruolo importante nei Grigioni poiché detengono la sovranità idrica e devono prima rilasciare una concessione ai gestori delle centrali elettriche che intendono utilizzare l'acqua. Il Cantone prende poi la decisione finale in merito alla domanda di licenza.

Uno scambio periodico

Un primo studio di fattibilità è stato firmato da tutti i soggetti coinvolti. Repower ha poi sviluppato il progetto. «Avevamo il comando, ma siamo rimasti in contatto con tutte le persone coin-

volte durante l'intero processo.» I rappresentanti dei comuni e delle associazioni sono stati informati sullo stato delle cose e hanno potuto fornire il loro contributo. Oltre ai comuni concessionari di Pontresina, Poschiavo e Brusio, sono state coinvolte anche le organizzazioni ambientaliste WWF, Pro Natura, Pro Bernina Palù e la Fondazione Greina. Alessandro Della Vedova era davvero il fulcro dell'intera vicenda. È stato presidente dell'associazione regionale Valposchiavo durante le trattative per la concessione nel 2009 e nel 2010, sindaco di Poschiavo dal 2011 al 2018 e ora è deputato al Gran Consiglio per l'Alle-

anza del centro. «È stata una questione molto complessa, che ha richiesto molto tempo, ma nel complesso è stata un'ottima esperienza», ricorda e aggiunge: «Ci siamo riuniti moltissime volte.» I comuni sono stati partner importanti e rappresentati a livello politico con i membri dell'esecutivo, da un lato, e a livello operativo con il personale amministrativo, dall'altro; in particolare degli uffici edilizi e catastali.



Foto: mad/Repower/Nicola Pitaro

marginale e remota come la Val Poschiavo», afferma Alessandro Della Vedova, spiegando la propensione favorevole della popolazione. «È un'opportunità per mantenere nella valle persone giovani e istruite.» Inoltre, i canoni sono una fonte di reddito da non sottovalutare. E ai comuni è stata concessa l'elettricità a condizioni favorevoli.

«Ma c'erano anche alcuni oppositori ed è stato un bene che si siano fatti avanti, perché così abbiamo potuto apportare vari miglioramenti», dice Alessandro Della Vedova. Alcuni temevano danni

Un percorso lungo, ma ne è valsa la pena

Gian Paolo Lardi, di Repower, fa il punto della situazione attuale. Effettivamente una soluzione partecipativa è complicata, lunga e costosa; servono molte riunioni. «All'inizio si investe molto, ma alla fine questa procedura può essere più veloce perché si rischiano molte meno obiezioni», afferma. In ogni caso, come azienda operativa, è importante mantenere uno scambio continuo con i comuni e il Cantone. «L'acqua appartiene ai comuni, motivo per cui dipen-



«Il progetto prometteva posti di lavoro, il che è molto importante per una valle marginale e remota come la Val Poschiavo.»

Alessandro Della Vedova, ex sindaco di Poschiavo è deputato al Gran Consiglio

Coinvolgere la popolazione

I cittadini dei tre comuni interessati sono stati aggiornati in occasione di eventi informativi. Questo perché hanno dovuto votare sull'approvazione della concessione nel 2010 e nel 2011. «È stato importantissimo», afferma Alessandro Della Vedova. Gian Paolo Lardi, di Repower, ricorda: «Ho avvertito un vivo interesse da parte della popolazione; a ogni evento partecipavano molti interessati.» La maggioranza della popolazione era d'accordo: circa due terzi hanno votato a favore.

«Il progetto prometteva posti di lavoro, il che è molto importante per una valle

all'ambiente, altri si lamentavano che Repower sarebbe diventata troppo potente nella valle. Entrambe le obiezioni erano comprensibili secondo Alessandro Della Vedova. «A ben vedere però, dobbiamo comunque poter vivere e abitare qui in valle. Il progetto offre molti vantaggi alla popolazione.»

Nel 2014 il Cantone ha approvato la domanda di concessione. Nel marzo del 2015 Repower ha presentato la domanda di approvazione del progetto e nell'ottobre del 2016 il Cantone dei Grigioni ha dato il via libera al progetto.

diamo da una buona collaborazione.» E anche perché nella regione Repower conta numerosi collaboratori che gestiscono le centrali.

Tuttavia, la centrale di pompaggio di Lagobianco non è stata ancora costruita. Repower spiega che il clima d'incertezza e i bassi prezzi dell'elettricità per ora non consentono un investimento di tale portata. Una delusione per la popolazione, dice Alessandro Della Vedova, ma si spera che il progetto possa comunque essere realizzato nei prossimi anni.

Nadja Sutter

Traduzione: Annalisa Cipolla

«I comuni devono acquisire competenze»

È una costante quando si parla di energia idroelettrica: presidente della comunità d'interessi grigionese Bündner Konzessionsgemeinden, Not Carl, chiede che i comuni migliorino la propria posizione in materia.



Il muro della diga sulla sponda meridionale del Lago Bianco.

Foto: mad/Repower/Nicola Pitaro

Not Carl, che ruolo hanno i comuni grigionesi nell'approvazione di centrali idroelettriche nuove o nell'ampliamento di quelle esistenti?

Un ruolo importantissimo: nel Cantone dei Grigioni, i comuni hanno la sovranità sui corsi d'acqua e rilasciano le concessioni per la costruzione di tutte le centrali. Di fatto, in genere i comuni e il Cantone lavorano a stretto contatto, perché quest'ultimo deve poi approvare le concessioni.

Anche i comuni traggono vantaggio dalle centrali idroelettriche.

Sì, decisamente. I comuni grigionesi in concessione ne ricavano circa 120 milioni di franchi all'anno, di cui circa la metà sotto forma di canoni e l'altra metà sotto forma di emolumenti speciali. Per alcuni comuni, questi proventi rappresentano la metà delle loro entrate fiscali. Inoltre, le centrali idroelettriche ravvivano le valli, poiché attirano il personale che vi lavora, il che a sua

volta rafforza l'economia locale, riempie le scuole locali e crea contribuenti. I comuni ne beneficiano anche sotto forma di condizioni speciali per l'acquisto di elettricità e altri servizi.

All'inizio dell'anno il Gran Consiglio grigionese ha deciso che il Cantone avrebbe dovuto assumere una quota maggiore negli impianti nel caso delle cosiddette «riversioni», ossia quando le concessioni per le centrali idroelettriche scadono. Che cosa implica questo per i comuni?

Stimola i comuni a fare altrettanto. Gli impianti continueranno a essere gestiti dalle società elettriche, perché il Cantone e i comuni non dispongono del know-how necessario. Con una maggiore partecipazione, più denaro può tornare nelle casse comunali e cantonali. Ma per ogni centrale è necessario valutare anche i rischi. Ecco perché è fondamentale che i comuni acquisiscano maggiori competenze nel settore dell'energia idroelettrica. Il Cantone e i comuni non hanno sempre gli stessi interessi, soprattutto perché il Cantone, con la sua quota nella società di energia Repower, gestisce anche alcuni interessi del gruppo.

Le procedure per approvare le nuove centrali idroelettriche o per ampliare quelle esistenti richiedono spesso tempi molto lunghi. Per promuovere l'espansione delle energie rinnovabili, la consigliera federale Simonetta Sommaruga ha proposto una modifica della legge sull'energia. Qual è il punto di vista dei comuni concessionari grigionesi?

Pur essendo favorevoli all'espansione delle energie rinnovabili, in particolare del fotovoltaico, soprattutto in vista dell'imminente carenza di energia elettrica, rifiutiamo fermamente il percorso proposto. Questo perché priverebbe i comuni della loro competenza in materia di autorizzazioni, sancita dalla Costituzione. Lo trovo scandaloso ed estremamente discutibile in termini di

politica democratica. Ritengo però che i processi partecipativi siano estremamente importanti e che portino anche a velocizzare l'approvazione dei progetti.

Dove vede margine di manovra per velocizzare le procedure?

Non ci sono problemi con i comuni e i cantoni: in questo caso la collaborazione funziona bene. Ma alcuni processi a livello federale richiedono troppo tempo, anche perché escono sempre nuove prescrizioni e direttive. Il diritto materiale va dunque rivisto. Nel soppesare gli interessi, non si deve tenere conto solo delle preoccupazioni ambientali, ma occorre valutare anche in che misura i progetti contribuiscono a raggiungere gli obiettivi climatici e in che modo influiscono sull'economia.

Nadja Sutter

Traduzione: Annalisa Cipolla

Cenni personali



Not Carl è presidente della comunità d'interessi grigione Bündner Konzeptionsgemeinden, che ha fondato nel 2012. Avvocato a Scuol (GR), si occupa di energia idroelettrica da circa 40 anni, ad esempio come sindaco di Scuol, deputato al Gran Consiglio e membro di vecchia data del consiglio di amministrazione delle centrali idroelettriche engadinesi. In questa veste rappresenta i comuni concessionari.

Annuncio

Incentivo di sostegno per i comuni
Come si presenta il panorama associativo della vostra regione?

Desiderate rafforzare le associazioni del vostro comune?
 Vi aiutiamo con piacere.

Inviateci le vostre misure o attività per ricevere un incentivo di sostegno: per esempio per una conferenza dell'associazione, per corsi d'aggiornamento, per piattaforma di scambio o per direttive riguardanti la collaborazione.

vitaminab

al servizio delle associazioni www.vitaminab.ch/via-delle-associazioni

Pianificare e costruire con i pericoli naturali

La gestione integrale dei rischi si è affermata. Però nella prevenzione dei danni elementari ai fabbricati ci sono ancora delle lacune da colmare, in modo che i rischi rimangano sopportabili.



Questa casa, danneggiata da una colata detritica, era evidentemente troppo vicina al torrente.

Illustrazione: mad/AICA

Come paese alpino, la Svizzera ha sempre convissuto con i pericoli naturali. Il cosiddetto «terrapieno a monte a livello del tetto» è un esempio per la costruzione conforme ai pericoli naturali, in relazione alla protezione contro le cadute di massi e le valanghe. I pericoli naturali hanno influenzato non solo la pianificazione territoriale, ma anche la cultura della costruzione nella Svizzera. I comuni svolgono quindi un ruolo chiave nella protezione contro i pericoli naturali.

Dal rilevamento dei pericoli alla gestione dei rischi

Con l'espansione dell'area degli insediamenti nella seconda metà del 20° secolo, la necessità di una guida nella pianificazione territoriale è diventata sempre più evidente. Tuttavia non è abbastanza evitare le regioni particolarmente in pericolo: questo è diventato

sicuramente chiaro in seguito alle piene del 2005 e del 2007. Anche nelle regioni con una pericolosità complessivamente ridotta, il potenziale di danno, e quindi il rischio, può essere notevole. Sono necessarie una visione complessiva e una pratica di autorizzazione comunale relativa al rischio di danno, per poter utilizzare l'area di insediamento in modo sostenibile e possibilmente sicuro. Nelle norme di costruzione SIA 261 e SIA 261/1, le disposizioni inerenti agli obiettivi di protezione vengono pre-stabilite secondo la destinazione d'uso del fabbricato.

Necessità di intervento per la protezione dei fabbricati

Il maltempo nell'estate 2021 ha causato danni ai fabbricati per oltre un miliardo di franchi svizzeri. Ha persino superato i danni delle piene secolari dell'agosto

2005. Anche nella media pluriennale, i danni in Svizzera si aggirano intorno ai 300 milioni di franchi per anno, principalmente causati dalla grandine, dalle tempeste e dagli allagamenti. Nel contesto, circa ogni secondo danno causato dagli allagamenti non dipende dallo straripamento di torrenti, fiumi o laghi, ma dalle forti piogge locali (deflusso in superficie), ovvero da eventi meteorologici che possono verificarsi ovunque in Svizzera e in qualsiasi momento.

Le cartine sulla pericolosità del deflusso in superficie mostrano dove può accumularsi una quantità d'acqua particolarmente grande, a causa della topografia e della conformazione del suolo. Si tratta di un importante strumento di pianificazione, tanto importante per la protezione dei fabbricati quanto le cartine cantonali sui pericoli. La verifica sui

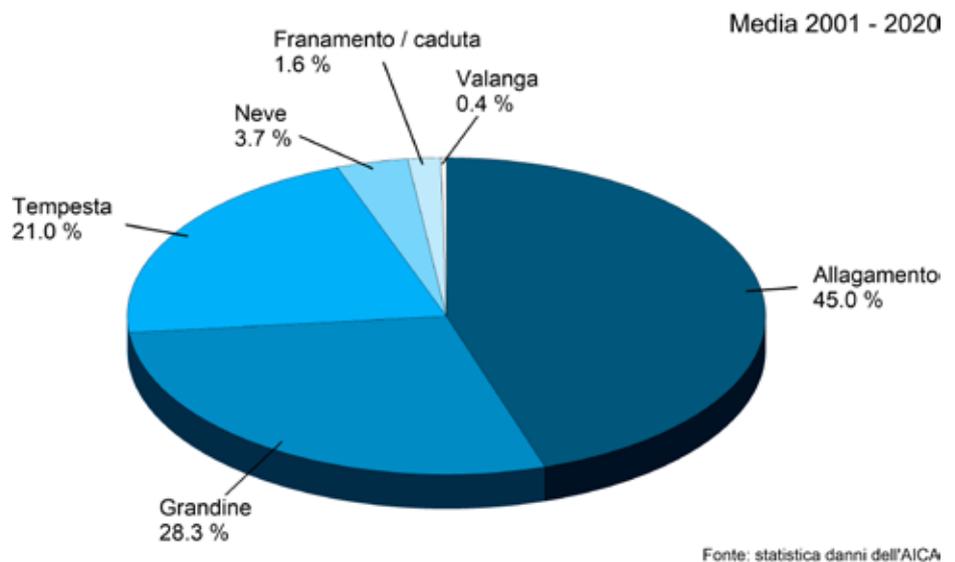
pericoli naturali (in tedesco o in francese) www.protezione-pericoli-naturali.ch combina in un unico strumento tutte le cartine disponibili sui pericoli e sulla pericolosità, e serve quindi da prezioso mezzo ausiliario per la valutazione della pericolosità in qualsiasi luogo nella Svizzera.

La prevenzione ha un grande potenziale

L'aumento dei danni elementari è da attribuire anche all'aumentata concentrazione di valori e a un genere di costruzione poco conforme ai pericoli naturali: per esempio, i fabbricati sono troppo vicini a un ruscello, hanno una tecnica dell'edificio sensibile, tendono ad avere facciate soggette alle grandinate e piani interrati a uso intensivo. Il verificarsi più frequente di tempeste violente e di forti piogge, condizionate dal clima, aumenta il rischio. Purtroppo nei progetti di costruzione, i pericoli naturali legati al luogo dell'ubicazione vengono spesso riconosciuti troppo tardi e vengono considerati poco nella pianificazione.

Molti danni vengono quindi proverbialmente fatti in casa e potrebbero essere impediti con un genere di costruzione compatibile con i pericoli naturali: per esempio, una soglia davanti all'ingresso del parcheggio sotterraneo protegge quest'ultimo in modo permanente dalla penetrazione di acqua; hanno la stessa efficacia i pozzi luce rialzati. L'innalzamento dell'intero piano terra con tutti gli ingressi al di sopra del livello dell'altezza massima dell'allagamento ha un effetto di protezione globale. Anche la configurazione dell'ambiente circostante offre un grande potenziale di prevenzione, in cui l'acqua che defluisce viene deviata attorno all'edificio in modo controllato e senza causare danni.

Un'efficace protezione contro la grandine ha un effetto particolarmente positivo, poiché anche i piccoli chicchi di grandine, grandi due centimetri, possono danneggiare in modo ingente le veneziane lamellari. Pertanto, in caso di grandinate, le veneziane vulnerabili dovrebbero essere sempre riavvolte. Questo può avvenire nel modo più efficiente attuando una soluzione automatizzata. Per gli elementi dell'involucro del fabbricato ci sono nel frattempo numerosi prodotti da costruzione esaminati contro la grandine, di varie classi di resistenza alla stessa. A seconda della pericolosità, della parte della costruzione e dei prodotti da costruzione disponibili si consiglia di scegliere una resistenza alla grandine minima di RG3 o RG4 (HW3 o HW4), che corrisponde



Quota parte delle diverse cause di danni elementari nei 19 cantoni con un istituto cantonale di assicurazione (ICA) dal 2001 al 2020. Illustrazione: mad/AICA

alla protezione contro un chicco di grandine di tre rispettivamente quattro centimetri.

Pianificazione previdenti

La costruzione sicura contro i pericoli naturali inizia con una pianificazione lungimirante che considera l'intero ciclo di vita di un fabbricato e allo stesso tempo va oltre i confini del fondo. Se le comunità dei committenti e i comuni pensano in anticipo alla protezione dei fabbricati ed elaborano soluzioni interdisciplinari insieme alle ditte di pianificazione e di realizzazione, possono risultare soluzioni edili complessive sostenibili, in molti casi addirittura senza costi aggiuntivi.

A livello comunale è necessaria una prospettiva superiore, che non si concentri sui singoli fabbricati, ma su un

concetto di protezione esteso. Un approccio complessivo che vada oltre i confini delle parcelle è imprescindibile per i comuni. I provvedimenti preventivi da parte dei privati insieme alla mano pubblica possono così generare un importante contributo per una maggiore sicurezza per tutti.

*Benno Staub
Responsabile della Divisione
Prevenzione dei Pericoli Naturali
Associazione degli istituti cantonali
di assicurazione (AICA)*

Informazioni:

La verifica sui pericoli naturali (in tedesco o in francese) www.protezione-pericoli-naturali.ch supporta i committenti, i pianificatori e le autorità con un accertamento dei pericoli relativo all'ubicazione e consiglia misure di protezione adeguate.



Per le nuove costruzioni, il genere di costruzione rialzata offre una protezione particolarmente efficace contro gli allagamenti. Illustrazione: mad/AICA

La «Festa delle feste»: il futuro ha bisogno di origini

La «Festa delle feste», che si terrà nel Museo all'aperto Ballenberg, riunirà 15 feste regionali e tradizioni d'autunno da ogni angolo del Paese. Una di queste è La Saint-Martin, proveniente dall'Ajoie, nel Cantone del Giura.



L'autunno è il periodo delle feste del raccolto.

Foto: mad/Ballenberg, Museo all'aperto

In Svizzera vengono celebrate numerose feste autunnali nelle più svariate forme. Il loro denominatore comune è divertirsi in compagnia e celebrare il raccolto. Normalmente, ogni festa è dedicata a un prodotto che ha un ruolo particolare nell'agricoltura e nell'alimentazione regionali. In Ticino e nelle Valli meridionali dei Grigioni, ad esempio, si festeggia la raccolta delle castagne con la «Castagnata» mentre la «Trottenfest» nella Svizzera orientale e le «Fêtes des vendanges» nella Svizzera occidentale celebrano l'inizio della vendemmia.

Tradizioni culinarie piene di vita

Molte di queste tradizioni affondano le proprie radici nel passato, ma sono tutt'oggi molto sentite. Un esempio particolare è «La Saint-Martin» nell'Ajoie, all'estremità nord-occidentale del Canton Giura. Nel weekend della giornata di San Martino (11 novembre), molti ristoranti della cittadina di Porrentruy e dei paesi circostanti propongono un menù speciale composto da diverse portate tutte a base di carne di maiale, ma preparate in modi diversi a seconda del locale. Tra queste, la zuppa di verdure con bollito di carne, il sanguinaccio a base di grasso, la

gelée de ménage (carne in gelatina), i crauti con prosciutto, la carne di maiale fresca e la saucisse d'Ajoie (salsiccia di maiale speziata al cumino).

Il menù delle feste comprende almeno otto portate. In linea con la tradizione contadina, anche le portate intermedie e i dessert sono delle vere prelibatezze; a fine pasto vengono servite la tipica torta salata «Totché», «Striflates» oppure krapfen con crema alla vaniglia.

«Dal muso alla coda»

La ricchezza del menù è riconducibile all'importante interruzione che subiva in passato il tradizionale ciclo agricolo

annuale: un tempo, nel giorno di San Martino si pagavano gli interessi sull'affitto dei terreni e si compensavano i debiti. L'intera raccolta si era conclusa, i granai e le dispense erano pieni e i salari per i domestici erano stati pagati. Le stalle erano colme di maiali all'ingrasso ben nutriti, il che era sia bene sia un male perché diversamente da oggi scarseggiavano sia il mangime sia il denaro per far superare l'inverno a tutto il bestiame.

La «Festa delle feste» riunisce 15 feste autunnali in un unico luogo



Nei weekend del 24/25 settembre e del 1/2 ottobre 2022, il Museo all'aperto Ballenberg ospiterà la «Festa delle feste». Saranno 15 le postazioni coperte allestite a cielo aperto su prati e luoghi della vasta area del museo. Paesi e città, consorzi alpini, organizzazioni professionali e varie associazioni daranno un assaggio delle loro usanze festive e tradizioni d'autunno. Le visitatrici e i visitatori potranno vivere in prima persona il patrimonio culinario e culturale della Svizzera attraverso cibo e bevande, musica e balli, mercatini e workshop. Questo grande evento è un intreccio di diverse emozionanti tradizioni, tra cui la sagra degli alpigiani dell'Oberwald «Älplerchilbi», la «Bénichon» del Canton Friburgo e la «Festa d'Autunno» ticinese. La «Festa delle feste» è una vera e propria esperienza multigenerazionale che offre ricche prelibatezze culinarie, favorendo al tempo stesso la discussione su temi attuali relativi all'agricoltura e all'alimentazione. Insieme a produttrici e produttori, nonché esponenti del mondo della scienza e della ricerca, gli organizzatori della festa hanno pensato a workshop, laboratori e mostre su temi come la produzione e la lavorazione dei prodotti, i piaceri della tavola e le risorse, l'habitat e la sostenibilità.



Impressioni della Saint-Martin dal Giura.

Foto: mad/Winfried Heinze

Per questo, a San Martino, in molti posti si macellava un maiale. Alcuni tagli di carne venivano stagionati o affumicati per poter essere conservati. Le parti che invece non potevano essere conservate a lungo arrivavano direttamente sulla tavola; ne è un esempio il sanguinaccio, un prodotto fresco da consumare rapidamente. In questo modo, veniva utilizzata ogni parte del maiale con uno spreco pressoché nullo: oggi questa pratica viene chiamata «dal muso alla coda». A quei tempi il fenomeno moderno del food-waste era del tutto sconosciuto.

Festeggiamenti nella comunità

Questa usanza, nata per soddisfare una mera necessità, si trasformò in un'occasione di festa: a San Martino era permesso banchettare in attesa del digiuno prenatalizio. E cosa c'è di più bello che godersi una simile festa in compagnia? La festa di San Martino, nota anche come «La fête du cochon» nasce proprio da questa occasione.

I tempi sono cambiati, nella società odierna l'agricoltura occupa un posto meno centrale rispetto al passato, e questo vale anche nell'Ajoie. Ma qui la tradizione delle feste autunnali è ancora viva e sentita: nel giorno di San Martino ci si riunisce con la famiglia, con gli amici e con i vicini per festeggiare all'interno della comunità.

Tradizioni d'autunno nel Museo all'aperto

Quest'autunno sarà possibile celebrare la festa di San Martino non solo nel Canton Giura ma anche nella Svizzera occidentale, e con un leggero anticipo rispetto alla data tradizionale di novembre: nei weekend del 24/25 settembre e del 1/2 ottobre il Museo all'aperto Ballenberg ospiterà la «Festa delle feste», la più grande festa del raccolto della Svizzera. L'evento si svolgerà all'insegna del motto «Il futuro ha bisogno di origini» e riunirà le tradizioni d'autunno di ogni angolo del Paese (si veda il riquadro). L'Ajoie sarà rappresentata in una delle 15 postazioni della festa, dove sarà possibile gustare degli assaggi del menù da otto portate servito per tradizione in occasione di «La Saint-Martin en Ajoie».

Andreas Staeger
Museo all'aperto Ballenberg

Informazioni:

In qualità di partner della «Festa delle Feste», l'Associazione dei Comuni Svizzeri offre a tutti i dipendenti comunali e ai membri degli esecutivi comunali uno sconto del 25% sul biglietto d'ingresso. Per usufruire di questa offerta, selezionare il tipo e il numero di pass giornalieri desiderati sul portale di biglietteria, cliccare su «Prenota biglietti» e inserire il codice fdfcommunes22. www.festadellefeste.ch

Le futur énergétique est renouvelable

En Suisse, la durée d'un projet d'implantation d'éoliennes s'étend en général sur trois à cinq législatures. C'est durant plusieurs décennies que des miliciens et l'administration communale doivent gérer ces projets complexes.



Des éoliennes sur les hauteurs du Jura.

Photo: Manon Röthlisberger

En 2017, le Conseil fédéral approuvait la Stratégie 2050 avec trois objectifs principaux: réduire la consommation d'énergie, améliorer l'efficacité énergétique et promouvoir les énergies renouvelables indigènes. D'après Suisse Eole, l'énergie hydraulique représente, cinq ans plus tard, 56,6% contre 0,15% pour l'énergie éolienne. Il reste encore une grande marge de progression pour l'éolien, censé couvrir 7 à 10% de notre consommation d'électricité d'ici à 2050. Plusieurs projets d'envergure ont pu se réaliser ces dernières années. On peut citer ici par exemple l'infrastructure composée de cinq éoliennes au Saint-Gothard, qui est entrée en fonction en septembre 2020 après 18 ans de travaux. L'actualité rappelle pourtant, à intervalles réguliers, les différents projets d'implantation d'infrastructures éolienne qui ont échoué. Pourtant, l'éolien est important pour le mixte énergétique suisse, particulièrement durant

l'hiver où la consommation d'énergie est la plus haute et la production d'énergie hydraulique et solaire la plus basse. Partant de ce constat, l'Administration fédérale a proposé, en février 2022, un projet de modification de la loi sur l'énergie du 30 septembre 2016 visant à accélérer les procédures de planification et d'autorisation pour les énergies hydrauliques et éoliennes les plus importantes. Si l'objectif principal du projet est largement soutenu par les acteurs concernés, la solution développée par la Confédération sans l'implication des cantons et des communes n'est néanmoins pas adaptée au but recherché.

La suppression des compétences communales pour la planification et l'autorisation pour les installations hydrauliques éoliennes les plus importantes n'est pas une solution acceptable. Cela signifierait concrètement une atteinte forte et directe à l'autonomie des communes, qui n'auraient alors plus aucune

compétence en matière de planification et d'autorisation pour ces installations. L'Association des Communes Suisses (ACS) s'est opposée à ce projet aux côtés des cantons. Car, au-delà des questions de compétences, il s'agit d'une proposition contre-productive. Si l'on veut réussir à construire des infrastructures éoliennes, ces projets doivent être soutenus dès le début tant par les autorités communales que par la population touchée. La participation du niveau communal garantit durablement l'acceptation et le succès des projets sur les sites d'implantation.

Un allègement procédural nécessaire

Un constat met tout le monde d'accord: le système actuel est trop complexe, lourd et long. Les parcs éoliens s'implantent dans des communes de périphéries où siègent des miliciens qui disposent de services communaux de petite taille. C'est une pression tant sur

l'administration, très souvent le secrétaire communal, ainsi que pour les membres de l'exécutif qui sont souvent sanctionnés dans les urnes.

L'acceptabilité du projet: la pierre angulaire du succès

Supprimer l'échelon communal dans l'installation d'éoliennes ne permettra pas d'augmenter l'acceptabilité du projet auprès des riverains. Cette acceptabilité est pourtant la pierre angulaire des projets éoliens. Des mesures de vent sur les sites prospectés, des gabarits pour visualiser les emplacements ou l'illustration des retombées pour les habitants en termes énergétique et économique sont autant de démarches qui permettent d'amener des arguments concrets et compréhensibles auprès des populations touchées. La transparence, le dialogue constant avec la population, notamment à travers des démarches participatives, permettent une démarche intégrative. Ces mesures permettent de disposer d'arguments au «pourquoi nous?» et de faire face aux informations mensongères qui prennent parfois le dessus sur la démarche énergétique et environnementale.

Une accélération des processus à tous les niveaux

L'accélération des processus pour éviter une charge excessive sur l'administration communale et les élus locaux est nécessaire à tous les échelons étatiques, de même que les instances judiciaires.

Certains cantons disposent déjà de procédures simplifiées, comme les cantons de Vaud et de Neuchâtel. L'extension de ces procédures aux autres cantons est une des solutions pour accélérer les processus tout en maintenant les compétences des communes. Avancer plus rapidement dans un dossier éolien permet non seulement la production d'un plus gros volume d'énergie renouvelable mais aussi d'éviter des dissensions profondes et durables dans les localités.

N'est pas expert en énergie éolienne qui veut

Les exemples ne manquent pas pour illustrer l'aspect émotionnel qui entoure les travaux liés à l'énergie éolienne. Des questions tant techniques que polémiques doivent être gérées par des miliciens. L'accès à des spécialistes et à des ressources pour obtenir facile-

ment et gratuitement les informations nécessaires ainsi que les méthodes de communication adaptées pour répondre aux nombreuses questions et interrogations des habitants et des médias est nécessaire. Cette gestion de la technicité permet de faire face à l'émotionnel de manière adéquate.

L'augmentation de la production d'énergie éolienne n'est pas anecdotique pour les communes. Les miliciens doivent faire face à de lourdes procédures s'étalant sur plusieurs décennies. Il est maintenant nécessaire que les procédures soient allégées dans le respect des compétences communales. Un travail de fond sur cette thématique réunissant les cantons, les communes et la Confédération doit être ouvert pour trouver ensemble des solutions à la hauteur des ambitions de la Stratégie énergétique 2050.

*Manon Röthlisberger
Responsable de projet
Secteurs politique d'énergie,
d'aménagement du territoire,
d'environnement et des transports
Association des Communes Suisses*

Annonce



Tondeuse à coupe frontale série SF2

- Moteurs ISEKI Stage V ultra puissants
- Bac 950 litres
- Transmission groupe HST aux roues entièrement mécanique
- Nettoyage automatique du radiateur
- Arceau repliable
- Plateau de coupe jusqu'à 1,52 m



ISEKI Traktoren

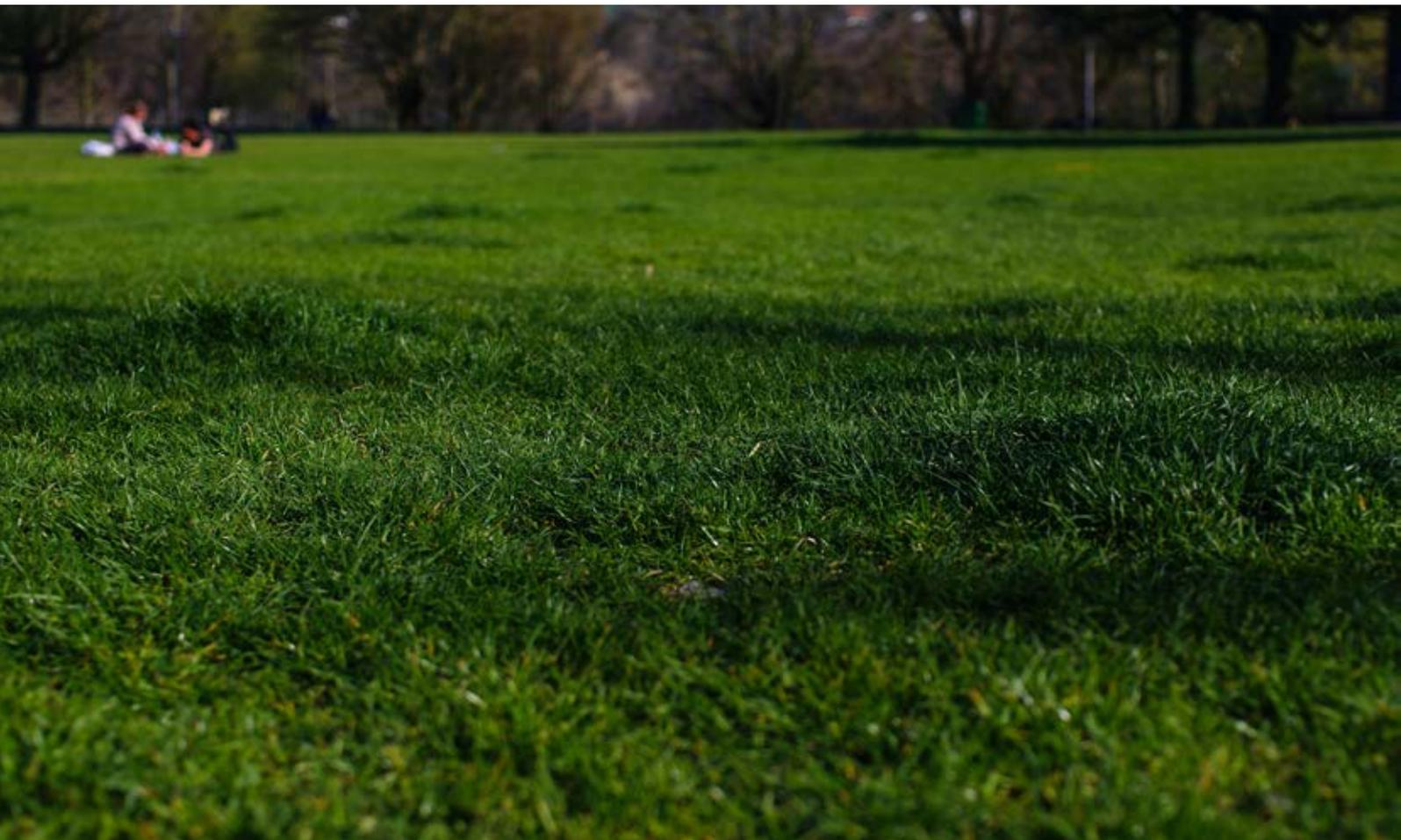
ISEKI Traktoren
Brühlmattenstrasse 24a
5525 Fischbach-Göslikon

kontakt@iseki.ch
Tel +41 56 544 55 20
www.iseki.ch



Les avantages majeurs doivent être compensés

Les cantons et les communes doivent veiller à compenser toutes les plus-values majeurs. C'est la conclusion à laquelle est parvenu le Tribunal fédéral dans un récent arrêt. L'affaire a fait grand bruit.



La compensation de la plus-value permet de valoriser les espaces verts.

Photo: unsplash/Michal Parzuchowski

La compensation de la plus-value n'est pas une nouveauté en soi. Depuis 1980 déjà, la loi fédérale sur l'aménagement du territoire (LAT) incite les cantons à mettre en place une compensation équitable pour les avantages et inconvénients majeurs dus à des mesures d'aménagement du territoire (art. 5 al. 1 LAT). Ce n'est pourtant qu'à partir de 2014 que la LAT révisée (LAT 1) a exercé suffisamment de pression sur les cantons pour que ceux-ci mettent réellement en œuvre ce mandat. Les cantons avaient cinq ans pour adopter les dispositions légales nécessaires. Pour évi-

ter d'être sanctionnés, ils étaient tenus de prévoir au minimum une taxe de 20% sur les nouvelles mises en zone à bâtir. Maintenant, le Tribunal fédéral a tranché – et ce n'est pas la première fois: tous les avantages majeurs résultant de mesures d'aménagement du territoire doivent être compensés. Il a ainsi clarifié la question de savoir si les cantons doivent, en plus de la compensation à hauteur de 20% lors de nouvelles mises en zone à bâtir, mettre en œuvre le mandat législatif général de l'article 5 alinéa 1 de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire (LAT).

Le mandat général de compenser la plus-value subsiste

Dans un récent arrêt concernant la commune bernoise de Meikirch, la Cour suprême s'est penchée en détail sur la disposition de droit fédéral relative à la compensation de la plus-value (art. 5 LAT), en mettant l'accent sur le mandat législatif général découlant de son alinéa 1. Depuis 1980 déjà, cet alinéa exige des cantons qu'ils veillent à «tenir compte équitablement des avantages et des inconvénients majeurs qui résultent de mesures d'aménagement». Alors que depuis 2014, les nouvelles

mises en zone à bâtir sont réglées de manière détaillée par le mandat législatif dit «minimal» (al. 1bis), le mandat législatif général (al. 1) se réfère en particulier, selon les juges lausannois, aux avantages majeurs résultant d'un changement d'affectation ou d'une augmentation des possibilités de construire. Durant le processus législatif de révision de la LAT, il n'a jamais été question d'affaiblir la réglementation fédérale. L'arrêt Meikirch s'inscrit dans la lignée des précédents arrêts sur la compensation de la plus-value. Le Tribunal fédéral y confirme et développe ses précédents considérants tout en rejetant brièvement mais clairement les critiques formulées à leur égard. Le fait que l'arrêt ait été rendu «seulement» par trois juges montre que le Tribunal fédéral ne voit aucune raison de s'écarter de sa jurisprudence antérieure.

La compensation de la plus-value en politique

Les réactions politiques à l'arrêt Meikirch (BE), mentionné ci-dessus, ne se sont pas fait attendre. Dans le cadre des délibérations du Conseil des Etats sur la deuxième révision partielle de la LAT (LAT 2) concernant les constructions hors zone à bâtir, une proposition individuelle a été adoptée à l'unanimité. Celle-ci vise à passer outre à l'interprétation de la loi faite par le Tribunal fédéral, en évitant que les cantons soient explicitement tenus d'aller au-delà de la réglementation minimale (20% pour les nouvelles mises en zone à bâtir). Parallèlement, le Conseil des Etats veut élargir l'utilisation de la compensation de la plus-value: il a complété l'article 5 LAT en ce sens que la démolition de constructions et d'installations devenues inutiles hors de la zone à bâtir doit être financée en premier lieu par la compensation de la plus-value – en plus du financement d'un développement vers l'intérieur de qualité, comme le prévoyait la première révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire (LAT 1). Encore faut-il que les recettes issues de la plus-value soient suffisantes pour financer toutes ces mesures. Or, ce n'est précisément pas le cas dans la grande majorité des cantons.



Si un terrain est reclassé, par exemple de terrain agricole en terrain à bâtir, une compensation de la plus-value est due.

Photo: unsplash/Sergei Zhukov

Mise en œuvre et contrôle

Selon le Tribunal fédéral, le mandat législatif de l'article 5 LAT peut être rempli par le canton lui-même ou par ses communes. La responsabilité première relève toutefois du canton et si ce dernier devait avoir délégué la mise en œuvre de la compensation de la plus-value en cas de changement d'affectation ou d'augmentation des possibilités de construire à ses communes, c'est à lui qu'il incombe de veiller à ce que les communes remplissent leur tâche.

Dans son arrêt, le Tribunal fédéral a finalement «invité» le Canton de Berne et la Commune de Meikirch à régler la compensation de la plus-value conformément au droit fédéral, y compris en lien avec les changements d'affectation et les augmentations des possibilités de construire.

Les cantons sont appelés à agir

Sur la base de ce jugement, attendu avec impatience par les spécialistes, d'autres collectivités publiques, en premier lieu les cantons, devront examiner leur législation sur la compensation de la plus-value et l'adapter si nécessaire. Le Tribunal fédéral relève toutefois expressément que les cantons disposent à cet égard d'une grande marge de manœuvre. Celle-ci concerne non seu-

lement l'adaptation nécessaire au contexte local, soit à partir de quand un avantage doit être considéré comme majeur et quel taux de compensation est équitable, mais aussi les instruments ou les moyens avec lesquels la compensation est effectuée. Des solutions contractuelles devraient donc être possibles, à tout le moins en ce qui concerne le mandat législatif général (al. 1).

Même si le délai transitoire introduit par la révision de la LAT et entré en vigueur en 2014 est échu, les cantons feraient bien de s'assurer que leurs dispositions sur la plus-value sont conformes au droit fédéral. Cela crée une sécurité juridique – y compris pour les communes qui pourraient sinon connaître le même sort que la commune de Meikirch.

L'huile dans les rouages de la densification

La compensation de la plus-value est bien plus que la simple mise en œuvre législative d'un mandat impératif. Elle constitue un instrument important pour la mise en œuvre de la LAT 1 et en particulier pour un développement vers l'intérieur de qualité. En d'autres termes, elle met de l'huile dans les rouages de la densification. Les recettes issues de la compensation de la plus-value peuvent être utilisées pour

densifier avec qualité et pour indemniser les propriétaires en cas d'expropriation matérielle. Ce n'est qu'ainsi que le système équilibré des plus- et des moins-values peut fonctionner conformément à ce qui a été voulu par le législateur. L'expérience montre, en outre, que la population est davantage disposée à soutenir la densification si elle profite également des plus-values générées par celle-ci. Lorsque la qualité d'un site à densifier est améliorée grâce à des espaces libres et des espaces verts financés par la plus-value, la densification sera plus facilement acceptée.

Perspective

Dans le cadre des délibérations sur la deuxième étape de la révision de la LAT (LAT 2), la question de l'obligation de compenser les avantages majeurs résultant d'un changement d'affectation ou d'une augmentation des possibilités de construire a été remise en question (voir encadré «La compensation de la plus-value en politique»). L'argument avancé est que, dans ces cas-là, l'obligation de compenser les plus-values rendrait plus difficile, voire empêche-

rait le développement vers l'intérieur. Bien conçue, la compensation de la plus-value est, au contraire, un vecteur important d'une densification de qualité. Pour cela, il est déterminant de concevoir cette compensation de manière différenciée. Il apparaît ainsi que, contrairement aux nouvelles mises en zone à bâtir, la compensation de la plus-value en cas de changement d'affectation ou d'augmentation des possibilités de construire pourrait se calculer en fonction du projet concret et n'être exigible qu'une fois la plus-value réalisée (modèle dit «bâlois»). Ainsi appliquée, la compensation de la plus-value est davantage soutenue que combattue par les propriétaires fonciers concernés.

Un dernier élément de réflexion: si la compensation de la plus-value est convenue par contrat, le propriétaire peut influencer son utilisation, ce qui la rend plus intéressante pour lui. Vu que, dans ces cas-là, les fonds sont régulièrement utilisés aux abords immédiats du projet de construction, celui-ci sera mieux accepté par la population et par le propriétaire, et réduit ainsi le risque d'oppositions.

Si l'on devait renoncer de manière générale à la compensation de la plus-value en cas de changements d'affectation ou d'augmentations des possibilités de construire, le développement vers l'intérieur en serait freiné et non pas favorisé. Sans mesures simultanées visant à augmenter la qualité et la valeur d'habitat et l'espace de vie dans le quartier, les oppositions sont inévitables. Dans ces cas-là, la population est nettement moins disposée à soutenir des projets de densification. Du point de vue de l'aménagement du territoire, la compensation des avantages majeurs, dus à des densifications, est et reste une nécessité.

*Samuel Kissling
EspaceSuisse
Responsable Droit*

Informations:

Arrêts déterminants concernant la compensation de la plus-value sur www.bger.ch/fr/:
ATF 142 I 177 (Münchenstein I BL)
ATF 147 II 225 (Münchenstein II BL)
Arrêt du TF 1C_233/2021 (Meikirch BE)
Plus d'informations: www.espacesuisse.ch

Annonce

Mesure de soutien pour les communes
Quel est l'impact de votre paysage associatif?

Aimeriez-vous renforcer les associations au sein de votre commune? Nous vous soutenons dans cette démarche.

Demandez une contribution de soutien pour la mesure ou l'activité que vous désirez mettre en place, p. ex. colloques de formation continue, conférence d'associations, plateformes d'échange ou directives réglant la collaboration.

vitamine B
au service des associations www.vitamineb.ch/chemin-des-associations

ISOS, un inventaire qui valorise la qualité

L'ISOS désigne les sites construits les plus précieux de Suisse. Base indispensable à un développement de qualité, il présente la richesse de nos localités et invite à la découverte. Un guide propose des manières de l'appliquer.



Trogen (AR), village d'importance nationale.

Bild: zvg/Switzerland Tourism/david&kathrin Photography and Film GmbH

Trogen, Zurich, Comolengo, Schwellbrunn, Guarda, Sion, Lützelflüh, Le Lignon, Kirchbühl, Montbovon ou encore Wangen an der Aare. Ces lieux ont en commun de figurer à l'ISOS, soit l'Inventaire fédéral des sites construits d'importance nationale en Suisse. Grand ou petit, urbain ou rural, peu importe. Chacun des 1200 sites construits que compte l'ISOS mérite, par ses qualités spécifiques, de figurer à l'unique inventaire au monde qui porte sur l'ensemble des sites construits d'un pays. L'ISOS désigne en effet les sites les plus précieux de Suisse et en célèbre la diversité architecturale.

Elaboré par l'Office fédéral de la culture, il décrit et évalue les qualités des lieux qu'il recense selon des critères scientifiques uniformes. Il permet de comprendre leur histoire et leur identité. S'il définit ce qui mérite d'être sauvegardé, l'ISOS n'est ni une mesure de protection absolue ni une planification. Il constitue une base de décision. La Confédération s'appuie sur ses relevés dans l'accomplissement de ses tâches. Les cantons et les communes en

tiennent compte dans leurs planifications. C'est bien connu: tout développement de qualité commence par la compréhension de l'existant. Considérer l'ISOS lors de projets liés à l'aménagement du territoire favorise une planification durable et, par là, une culture du bâti de qualité.

Souhaitant contribuer à promouvoir une culture du bâti de qualité, la Confédération, les cantons, les villes et les communes ont élaboré, à l'initiative de la Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement, le guide «Protection des

sites construits et développement vers l'intérieur». Cette publication s'adresse aux autorités décisionnelles et spécialisées communales et cantonales et propose des manières concrètes de considérer l'ISOS dans les processus d'aménagement du territoire dans des sites construits de grande valeur.

*Oliver Martin
Chef de la section Culture du bâti
Office fédéral de la culture*

Informations:

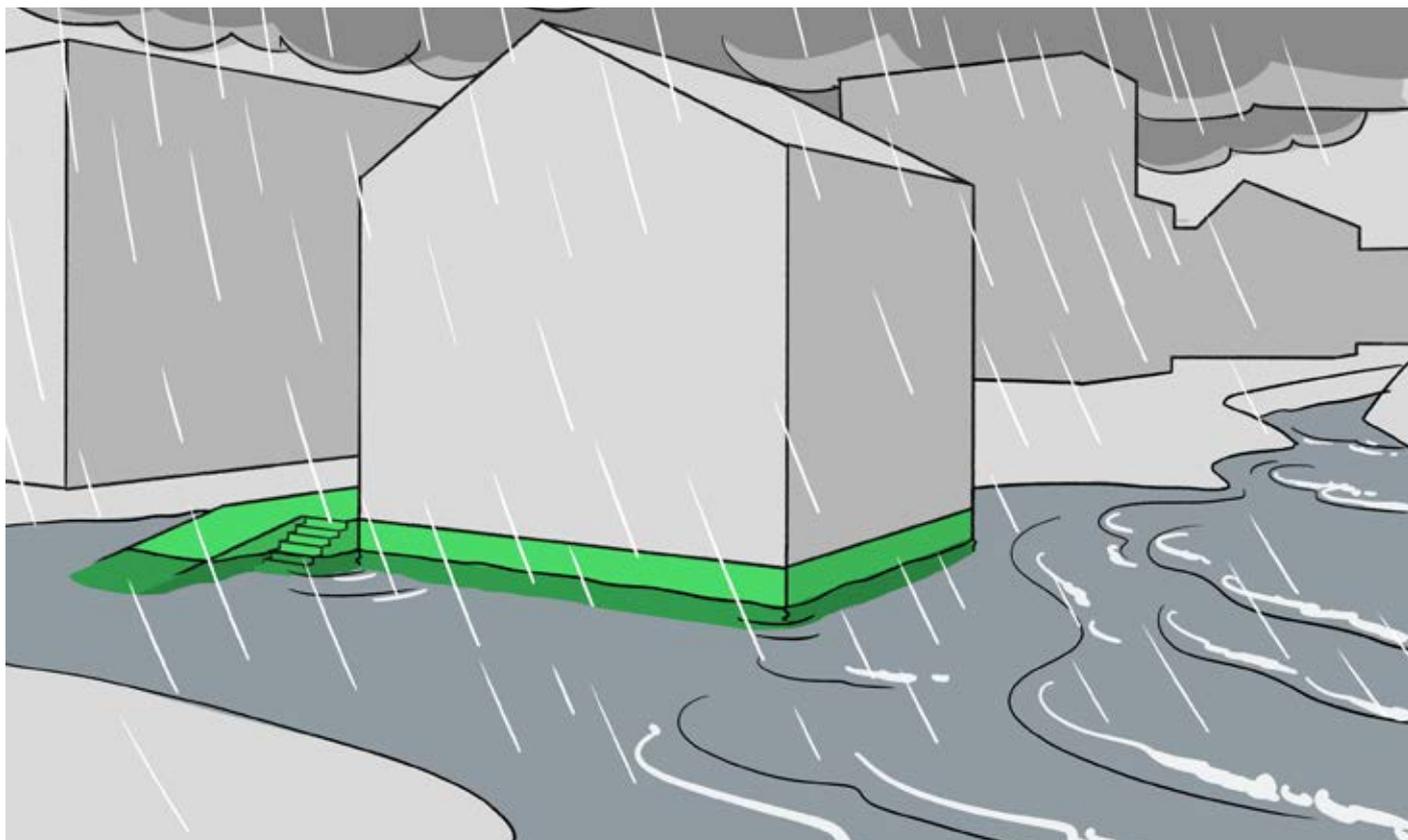
Intéressé(e) par l'ISOS?
Consultez www.isos.ch.

Les sites ISOS, un atout touristique pour la Suisse

Grâce à leurs qualités, les sites ISOS présentent un attrait touristique non négligeable. Fort de ce constat, Suisse Tourisme a sélectionné 50 sites situés le long du Grand Tour de Suisse pour les présenter sur son site internet. Un livre illustré intitulé «La magie des beaux sites» met en valeur ces 50 lieux sur plus de 300 pages. Cette initiative a pour but de promouvoir un tourisme doux, hors des sentiers battus. Même si l'on connaît bien son propre pays, il recèle encore tant de trésors à découvrir ...

Planifier en tenant compte des dangers naturels

La gestion intégrée des risques est aujourd'hui chose courante. En matière de protection des bâtiments contre les dangers naturels, certaines lacunes doivent toutefois encore être comblées pour que les risques restent supportables.



La surélévation des bâtiments offre une protection particulièrement efficace aux nouvelles constructions.

Illustration: mäd/AECA

En tant que pays alpin, la Suisse est depuis toujours confrontée aux dangers naturels. Le «toit-terrain» constitue un exemple de construction qui tient compte des dangers naturels et offre une protection contre les chutes de pierres et les avalanches. Les dangers naturels n'ont ainsi pas seulement marqué l'aménagement du territoire, mais aussi la culture du bâti suisse. Les communes jouent donc un rôle-clé dans la protection contre les dangers naturels.

De la prise de conscience du danger à la gestion des risques

Avec l'extension du tissu urbain dans la deuxième moitié du XX^e siècle, la nécessité d'un pilotage en matière d'aménagement du territoire est devenue évidente. Une chose est toutefois claire depuis les inondations de 2005 et 2007 : il ne suffit pas d'éviter les zones parti-

culièrement exposées. Même dans les zones présentant un faible niveau de risque, le potentiel de dommages, et donc les risques qui en découlent, peut être considérable. Il est nécessaire d'adopter une perspective exhaustive et une pratique d'autorisation communale en adéquation avec le risque de dommages en vue d'une utilisation durable et aussi sûre que possible des zones urbaines. Les normes de construction SIA 261 et SIA 261/1 définissent les objectifs de protection selon l'affectation du bâtiment.

Nécessité d'agir en matière de protection des bâtiments

Les intempéries de l'été 2021 ont causé des dommages aux bâtiments chiffrés à plus de 1 milliard de francs, dépassant ainsi même le montant des dommages liés à la «crue du siècle» d'août 2005.

Sur la moyenne à long terme, le montant des dommages, causés principalement par la grêle, les tempêtes et les inondations, s'élève à quelque 300 millions de francs par année en Suisse. Or, près d'une inondation sur deux est due à de fortes pluies locales (phénomène du ruissellement des eaux de surface), et non à une rivière, un fleuve ou un lac qui sort de son lit.

La carte de l'aléa ruissellement indique les lieux où se concentrent les risques potentiels liés à l'accumulation d'eau en raison de la topographie et de la nature du sol. Elle constitue ainsi un outil de planification qui est aussi essentiel pour la protection des bâtiments que les cartes des dangers cantonales. Le check-up des dangers naturels, disponible sur www.protection-dangers-naturels.ch, combine toutes les cartes des dangers et les cartes des aléas en un

seul instrument et constitue ainsi un outil précieux pour l'évaluation des risques partout en Suisse.

Prévention: un grand potentiel

L'augmentation des dommages éléments naturels est également attribuable à la concentration croissante des valeurs et aux modes de construction peu adaptés aux dangers naturels: les bâtiments sont par exemple construits trop près des ruisseaux, sont conçus sur la base d'une technique du bâtiment fragile et possèdent des façades souvent sensibles à la grêle ainsi que des sous-sols utilisés de manière intensive. La fréquence toujours plus élevée de tempêtes violentes et de fortes pluies augmente le risque de dommages.

Malheureusement, les dangers naturels liés à l'emplacement sont souvent identifiés trop tard et ne sont pas suffisamment pris en compte dans le cadre de la planification des projets de construction. De nombreux dommages dépendent donc du mode de construction lui-même et pourraient être évités grâce à un mode de construction adapté aux dangers naturels: la construction d'un seuil devant l'accès au garage souterrain offre par exemple une protection durable contre les infiltrations d'eau – tout comme les sauts-de-loup surélevés. La surélévation de l'ensemble du rez-de-chaussée, avec la mise en place d'accès situés au-dessus de la hauteur maximale d'inondation, garantit une protection globale. Des aménagements extérieurs permettant de dévier de manière ciblée et sans dommages l'eau autour du bâtiment présentent également un grand potentiel de prévention.

La mise en place d'une protection efficace contre la grêle a aussi des effets particulièrement positifs: des petits grêlons de 2 centimètres de diamètre peuvent en effet déjà causer des dommages considérables sur une surface importante des stores à lamelles. Les stores, éléments fragiles, devraient donc toujours être remontés en cas de grêle, le moyen le plus efficace à cet effet étant de recourir à un système automatisé.

En ce qui concerne les éléments de l'enveloppe du bâtiment, de nombreux produits de construction testés contre la grêle et appartenant à différentes classes de résistance à la grêle sont désormais disponibles sur le marché. En fonction du degré d'exposition au danger, de l'élément de construction et des produits de construction à disposition, il est recommandé d'opter pour une résistance



Cette maison, endommagée par une lave torrentielle, était manifestement construite trop près du ruisseau. Illustration: mäd/AECA

à la grêle RG3 ou RG4 au minimum, ce qui correspond à une protection contre des grêlons de 3 ou 4 centimètres.

Planifier et construire en pensant à l'avenir

Une construction sûre contre les dangers naturels commence par une planification à long terme, qui prend en compte l'ensemble du cycle de vie du bâtiment tout en se projetant au-delà des limites de la parcelle. Lorsque les maîtres d'ouvrage et les communes intègrent la protection des bâtiments en amont et élaborent des solutions interdisciplinaires en collaboration avec les projeteurs et les entreprises exécutantes, des solutions de construction globales et durables peuvent voir le jour, souvent même sans coûts supplémentaires.

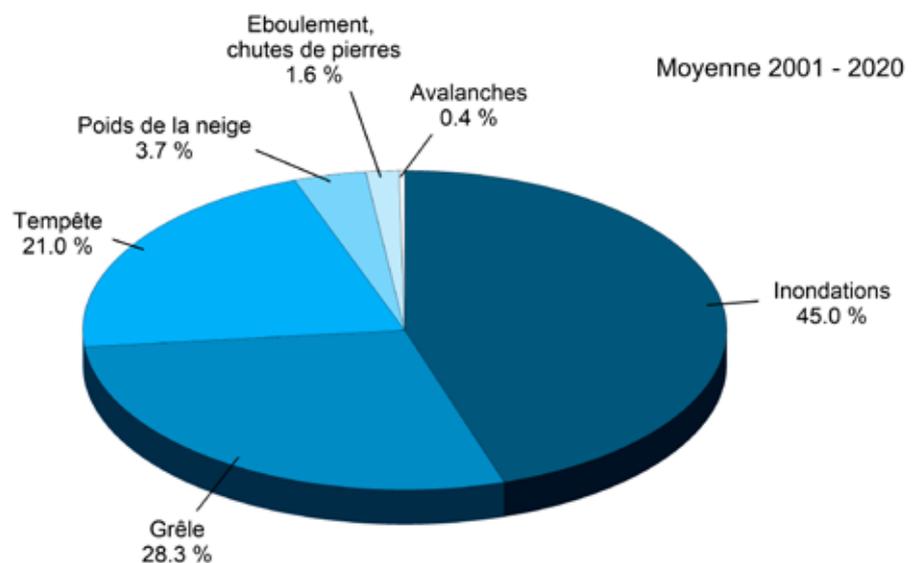
Au niveau communal, une perspective plus large, qui ne met pas l'accent sur les bâtiments individuels, mais sur un

plan de protection complet, est nécessaire. En effet, il est indispensable que les communes adoptent une approche globale allant au-delà des limites de chaque parcelle. Les mesures préventives prises par les particuliers conjointement avec le secteur public peuvent ainsi contribuer de manière significative à accroître la sécurité pour tous.

*Benno Staub
Responsable du secteur Prévention
des dangers naturels
Association des établissements
cantonaux d'assurance (AECA)*

Informations:

Le check-up des dangers naturels proposé sur www.protection-dangers-naturels.ch aide les maîtres d'ouvrage, les projeteurs et les autorités à évaluer les dangers en fonction de l'emplacement de la construction et recommande des mesures de protection adéquates.



Source: Statistique des dommages de l'AECA

Part des différentes causes de dommages dus aux éléments naturels dans les 19 cantons avec ECA entre 2001 et 2020. Illustration: mäd/AECA

La «Fête des fêtes»: l'avenir a besoin de racines

La «Fête des fêtes» du Musée en plein air de Ballenberg réunit 15 fêtes et traditions automnales de toutes les régions du pays. L'un d'entre eux est La Saint-Martin, originaire d'Ajoie dans le canton du Jura.



Cet automne, la Saint-Martin se rendra au Musée en plein air Ballenberg – en même temps que de nombreuses autres traditions automnales.

Photo: mäd/Winfried Heinze

De nombreuses fêtes d'automne sont célébrées en Suisse sous toutes les formes. Leur point commun? Elles rassemblent et consacrent des récoltes abondantes. Généralement, elles mettent à l'honneur un produit qui joue un rôle particulier dans l'agriculture et l'alimentation de la région. Ainsi, le Tessin et les vallées du sud des Grisons célèbrent une cueillette de châtaignes réussie, tandis que les «Trottenfesten» de Suisse orientale et les «Fêtes des vendanges» de Suisse romande marquent la fin des vendanges.

Un patrimoine culinaire vivant

Beaucoup de ces traditions sont profondément enracinées dans le passé. Pour autant, elles sont soigneusement cultivées de nos jours. A la pointe nord-ouest du canton du Jura, en Ajoie, la Saint-Martin en offre un exemple particulièrement vivant. Le week-end de la Saint-Martin (11 novembre), un menu spécial est proposé dans de nombreux restaurants de la petite ville de Porrentruy et des villages environnants. Il se compose de plusieurs spécialités, préparées de différentes manières selon les établissements, mais toujours à base de viande de porc. Parmi elles, la soupe de légumes au bouilli, le boudin noir, la gelée de ménage (terrines à base de viande en gelée), la choucroute au jambon, la viande de porc fraîche et la saucisse d'Ajoie (saucisse de porc fumée assaisonnée de cumin).

Le repas de la Saint-Martin comprend pas moins de huit plats. Conformément aux coutumes rurales, les derniers n'en sont pas moins consistants que les premiers. En effet, le festin se clôt sur un gâteau à la crème épaisse caractérisé par son goût salé, appelé «Totché», ou avec des «Striflates», des beignets à la crème vanille.

«Du museau à la queue»: tout est délicieux

Traditionnellement, le jour de la Saint-Martin et sa succession de mets copieux signaient un tournant important dans le cycle agricole annuel – autre-

fois, c'était en effet à cette date que se payaient les baux ruraux et que se réglaient les dettes. Les récoltes étaient désormais rentrées, les greniers et les réserves remplis, les salaires des domestiques payés. Dans l'étable, des porcs bien gras: de quoi réjouir a priori; toutefois, cela représentait aussi un problème, car contrairement à aujourd'hui, il n'y avait ni nourriture ni argent pour garder tous les animaux pendant l'hiver.

C'est pourquoi, le jour de la Saint-Martin, il était coutume en de nombreux endroits d'abattre un cochon. Une partie de la viande pouvait ainsi être conservée, par exemple par salaison ou fumage. En revanche, les denrées vite périssables étaient immédiatement servies à table. C'est le cas du boudin noir, un produit frais qu'il faut consommer rapidement. De cette manière, le porc pouvait être utilisé presque entièrement: aujourd'hui, cette pratique est appelée «from nose to tail» (du museau à la queue). Cette époque ne connaissait pas le phénomène moderne du gaspillage alimentaire.

Le sens de la fête et de la communauté

En plus d'être une nécessité, cette valorisation était l'occasion de festoyer: le jour de la Saint-Martin, il était permis de se régaler, car ensuite commençait le jeûne de l'Avent. Et quoi de mieux que de savourer un tel banquet bien entouré? C'est dans ces conditions qu'est née celle qui se nomme également la Fête du cochon.

Bien sûr, les temps ont changé – l'agriculture occupe dans la société d'aujourd'hui une place moins centrale, y compris en Ajoie. Mais cette tradition automnale y est toujours aussi vivace et perpétuée: autour de la Saint-Martin, des retrouvailles familiales, amicales et avec le voisinage s'organisent pour faire la fête en communauté.

Les traditions automnales au musée

Cet automne, la Saint-Martin se vivra non seulement dans le canton du Jura, mais aussi en Suisse alémanique, un peu plus tôt même qu'à la date habituelle de novembre. Au Musée en plein air de Ballenberg, la plus grande fête

des récoltes de Suisse aura lieu pendant les week-ends du 24 et 25 septembre et des 1^{er} et 2 octobre 2022 avec la «Fête des fêtes». L'événement est placé sous la devise «L'avenir a besoin de racines» et regroupe des traditions automnales de toutes les régions de Suisse (voir encadré). L'une des 15 places des fêtes sera réservée à l'Ajoie et à son menu à huit plats, auquel il sera possible de goûter tel qu'il est traditionnellement servi lors d'une Saint Martin dans le pays de Porrentruy.

Andreas Staeger
Musée en plein air Ballenberg

Informations:

En tant que partenaire de la «Fête des fêtes», l'Association des Communes Suisses offre à tous les employés communaux et à tous les membres des exécutifs communaux une réduction de 25% sur le prix d'entrée. Pour en profiter, sélectionnez sur le portail de billetterie le type et le nombre de passes journaliers souhaités, cliquez sur «Réserver les billets» et saisissez le code fdfcommunes22.

www.fetedesfetes.ch

15 fêtes régionales d'automne en un seul lieu



Le Musée en plein air Ballenberg vous invite à la «Fête des fêtes», qui aura lieu les week-ends des 24 et 25 septembre et des 1^{er} et 2 octobre 2022. 15 places des fêtes couvertes seront

installées en plein air, réparties entre les prairies et les espaces du vaste site du musée. Villages et villes, coopératives d'alpage, organisations professionnelles et associations viendront donner un aperçu de leurs coutumes festives automnales. Les visiteurs et visiteuses pourront y découvrir le patrimoine culinaire et culturel de la Suisse au travers de mets et de boissons, de spectacles de musique et de danse, et de marchés et d'ateliers.

Cette grande manifestation permettra d'aller à la rencontre d'une multitude de traditions passionnantes, parmi lesquelles l'«Älplerchilbi» d'Obwald, la Bénichon du canton de Fribourg ou la

«Festa d'Autunno» tessinoise – pour ne citer qu'elles. Multigénérationnelle, la «Fête des fêtes» proposera non seulement de savoureux plaisirs culinaires, mais aura également vocation à susciter une réflexion sur des questions d'actualité liées à l'agriculture et à l'alimentation. En collaboration avec des productrices et producteurs et des spécialistes provenant des domaines de la science et de la recherche, l'équipe de la «Fête des Fêtes» organise des ateliers et des expositions sur des thématiques telles que la fabrication et l'affinage, les saveurs et les ressources, l'habitat et la durabilité.

Annonce

VIVRE PLUS LONGTEMPS CHEZ SOI. GRÂCE AUX SOINS INTÉGRAUX DES ORGANISATIONS D'AIDE ET SOINS À DOMICILE PRIVÉES.

Même personne, même heure, même endroit – le concept unique de soins et de prise en charge.

L'ASPS représente 330 organisations et plus de 14 000 collaborateurs. La part de marchés des soins est de 10 à 45% selon la région. Les organisations de soins et d'aide à domicile privées contribuent fortement à la sécurité de prise en charge. Elles constituent un élément d'importance systémique pour le système dans son ensemble.

Numéro gratuit 0800 500 500, www.spitexprivee.swiss

ASPS
SPITEXPRIVEE.SWISS

Agenda 2030: un programme international à l'ancrage local

Peu de sujets sont aussi fédérateurs que le développement durable. Des Etats membres de l'ONU aux régions de montagnes, l'ensemble des acteurs cherche un moyen d'équilibrer les questions économiques, environnementales et sociales.



Le rapport national de la Suisse devant le Palais fédéral.

Photo: mäd/DFAE

En 2015, les Etats membres de l'ONU ont adopté l'Agenda 2030 pour le développement durable comme cadre d'orientation avec pour ligne rouge les 17 objectifs de développement durable. Ensemble, tous les Etats membres s'efforcent d'atteindre ces objectifs d'ici 2030; c'est donc également le cas de la Suisse.

La mise en œuvre de cet agenda représente un défi pour l'ensemble de la société. La Confédération ne peut pas y parvenir seule – la proximité et l'expertise de ceux qui vivent de près les défis de la population et qui voient directement la nécessité d'agir sont indispensables. L'agenda global a donc besoin d'actions locales.

Tous les quatre ans, la Suisse présente, sous la forme d'un rapport national, où elle se situe dans la mise en œuvre de l'Agenda 2030. Pour le rapport national 2022, un vaste état des lieux a été réalisé, qui recense aussi bien les évaluations et activités de la Confédération que celles des cantons, des communes et des acteurs de l'économie, de la société civile et de la science.

Le rapport met particulièrement l'accent sur les thèmes prioritaires définis dans la «Stratégie pour le développement durable 2030» du Conseil fédéral. Il s'agit de 1) consommation et production durables, 2) climat, énergie et biodiversité, et 3) égalité des chances et cohésion sociale.

L'état des lieux montre que de nombreuses communes ont pris des mesures innovantes pour aborder les objectifs de développement durable. En ce qui concerne les thèmes prioritaires suisses, on constate également des approches novatrices. C'est par exemple

le cas de la Commune de Wohlen près de Berne qui promeut l'électromobilité en proposant à la population, en collaboration avec Sponti-Car, deux véhicules électriques en Carsharing qui peuvent être loués facilement à Hinterkappelen et Uetligen.

Une compilation des activités menées par les différents acteurs, y compris les communes, peut être consultée sur le site dédié www.SDGital2030.ch.

*Henrike Beckmann
Département fédéral
des affaires étrangères (DFAE)
Traduction: Manon Röthlisberger*

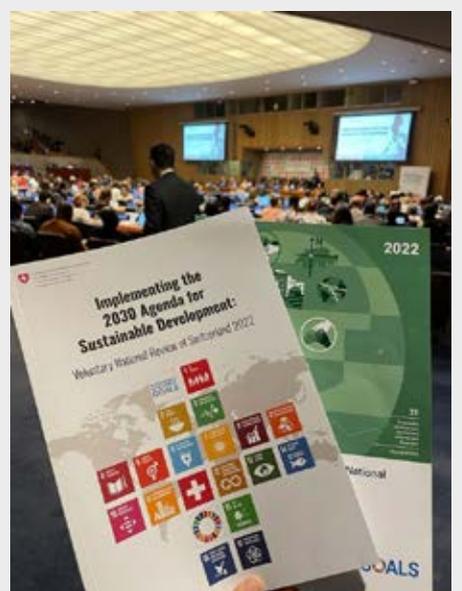
Informations:

www.SDGital2030.ch

L'ACS à l'ONU à New York pour le Forum sur le développement durable

La Suisse compte actuellement 2145 communes: c'est autant de possibilités de réaliser des initiatives de proximités qui répondent aux besoins spécifiques des habitants. Les communes et leur fonction de «laboratoire d'idées» sont une véritable chance pour l'Agenda 2030. Car, dans le domaine du développement durable, aucune formule universelle n'existe, et c'est tant mieux! Le but est justement de traduire les 17 objectifs onusiens aux réalités locales. Cet agenda n'est pas une fin en soi mais un outil de travail qui permet de développer des politiques publiques incluant les dimensions sociétales, économiques et environnementales. L'Agenda 2030 constitue une plus-value importante pour les communes: c'est un outil de travail, un fil rouge, qui facilite la gestion de la complexité croissante des dossiers auxquels les miliciens doivent faire face. L'Association des Communes Suisses a été invitée à rejoindre la délégation suisse au Forum politique de haut niveau pour présenter le 3ème Rapport national volontaire (VNR) de la Suisse sur la mise en œuvre des objectifs de développement durable de l'Agenda 2030 devant l'ONU à New York. L'ACS a donné suite à cette invitation et a eu la chance, par le biais de sa déléguée Manon Röthlisberger, de prendre part à la table-ronde «Swiss VNR Lab» pour souligner le rôle que joue le niveau communal suisse dans la mise en œuvre effective de cet engagement international.

Manon Röthlisberger



Faciliter la promotion de la biodiversité

De nombreuses communes s'engagent en faveur de la nature. Mais par où commencer? C'est pour répondre à cette question et offrir des possibilités d'actions concrètes que Pro Natura a mis sur pied le projet «Commune ouVerte».

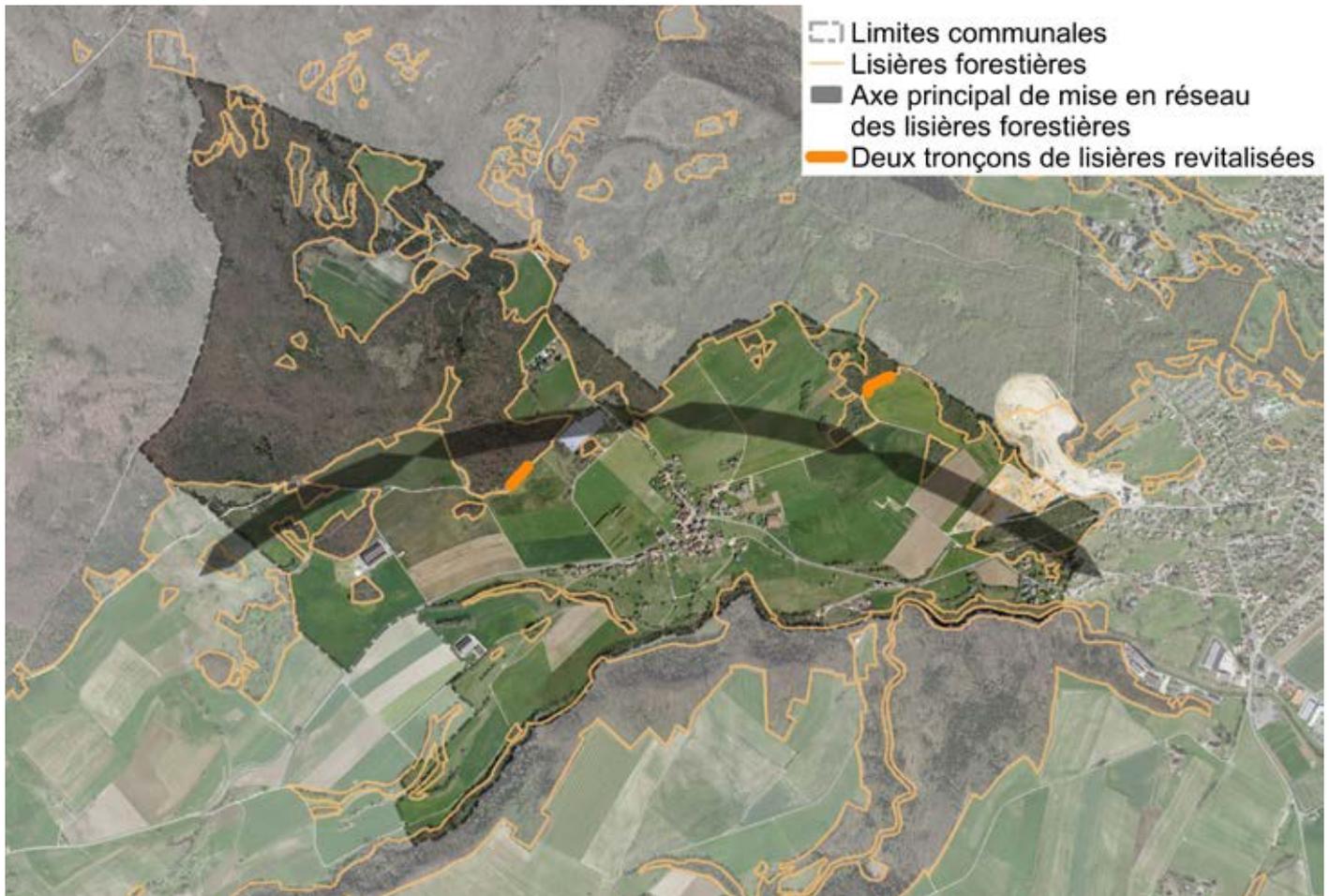


Illustration: màd

Avec pour objectif la protection de la biodiversité à l'échelle locale, le projet «Commune ouVerte» propose aux communes romandes qui le souhaitent un accompagnement ciblé sur la base d'une démarche simple. Il leur offre ainsi l'aperçu de l'état biologique du territoire communal ainsi qu'une aide dans le but de préparer un projet d'amélioration et de connexion des milieux naturels.

Avant le lancement de cette expérience à large échelle, Pro Natura en a fait l'expérimentation grandeur nature dans deux communes pilotes, Ferreyres (VD) et Val-de-Travers (NE). Sur la base de cet essai, Pro Natura a élaboré une marche à suivre simple et vulgarisée,

que chaque commune peut reprendre pour améliorer l'état biologique de son territoire communal. En apportant son soutien et son expertise aux communes, Pro Natura ambitionne de promouvoir davantage la biodiversité à l'échelle locale, que ce soit dans les zones agricoles, les forêts ou les zones agricoles.

Comment se déroule la participation au projet «Commune ouVerte»?

En cas d'intérêt d'une commune, Pro Natura offre son accompagnement gratuit. Ce soutien permet une discussion sur place et l'aperçu biologique de la commune. Une planification est également offerte si la commune dé-

sire poursuivre la démarche. Dans ce cas, la commune établit une cartographie et un catalogue des mesures avec la collaboration d'un bureau d'écologie.

Les communes qui mettront en place un dossier complet recevront une approbation «Commune ouVerte». Pro Natura récompensera ensuite ces dossiers par un soutien financier à une réalisation sur le terrain.

Des mesures modèle à Ferreyres

A la suite d'un premier appel de Pro Natura aux communes romandes, Ferreyres s'est annoncée pour faire office de commune pilote pour le projet. Entre 2019 et 2020, fruit d'une étroite collabo-

La biodiversité n'est pas à la fête. Les communes peuvent y remédier.

Près des zones construites, la fragmentation du paysage exerce une forte pression sur la biodiversité. Pour y remédier, il est nécessaire de rétablir les connexions entre les différents milieux naturels en créant des milieux relais ou en améliorant la qualité écologique de certaines surfaces. C'est ce que propose le projet «Commune ouVerte» en se mettant au service des communes. Face aux nombreux défis qu'elles relèvent chaque jour, Pro Natura les soutient pour la sauvegarde de la biodiversité et leur offre des bases concrètes pour agir efficacement.



La revitalisation des lisières profite à L'Orchis mâle (*Orchis mascula*), qui retrouve sa place.

Photo: mäd/Jérôme Pellet (bureau n+p)

«Les instruments mis à disposition par Pro Natura ont offert à la commune une vision de la situation biologique communale et un diagnostic clairs, ce qui lui a permis de rapidement se positionner sur les mesures à prendre.»



Maria Welham Ruiters, conseillère municipale de Ferreyres

plier la population dans l'entretien des lisières.

«Les instruments mis à disposition par Pro Natura ont offert à la commune une vision de la situation biologique communale et un diagnostic clairs, ce qui lui a permis de rapidement se positionner sur les mesures à prendre», dit Maria Welham Ruiters, conseillère municipale de Ferreyres en charge de la durabilité et des forêts.

Philippe Steiner
Pro Natura

ration entre les autorités communales, la commission communale du développement durable, Pro Natura et le bureau d'écologie n+p, un inventaire des valeurs biologiques présentes dans la commune a été effectué. Sur la base de cet inventaire, un diagnostic biologique puis un catalogue de mesures ciblées ont été définis.

Grâce à cette étude, la commune a choisi d'orienter ses efforts sur la restauration de l'interface entre les milieux forestiers et agricoles, plus précisément sur les lisières, haies et bosquets,

qui représentent des enjeux importants pour la biodiversité à l'échelle locale. Sur la base du diagnostic, une proposition de tronçons de lisières à revitaliser a été soumise à la commune par le bureau d'écologie n+p.

Cette revitalisation consiste à aménager des sinuosités dans la lisière, à restaurer le manteau buissonnant en y intégrant des petites structures ainsi que des tas de branchages ou des mursiers. Un premier relevé montre que plusieurs espèces profitent déjà de cette mesure. A l'avenir, la commune envisage d'im-

Informations:

Si votre commune est propriétaire de parcelles agricoles et souhaite y promouvoir la biodiversité, le projet Pro Natura «Un bail pour la biodiversité» répond à vos attentes. En collaboration avec des experts, Pro Natura aide les propriétaires agricoles à trouver des mesures de promotion de la biodiversité adaptées aux conditions locales et les assiste dans l'adaptation du contrat de bail. Les locataires du terrain sont toujours intégrés à la démarche. www.pronatura.ch/fr/un-bail-pour-la-biodiversite

Annonce

Cours pour les communes en matière d'énergie et de climat en automne 2022

- 💡 Vous êtes (nouvellement) responsable des questions énergétiques et climatiques dans votre commune ?
- 💡 Vous souhaitez découvrir les leviers d'action pour améliorer l'efficacité énergétique de votre commune et ainsi réduire votre impact climatique ?

Alors inscrivez-vous dès maintenant aux cours de SuisseEnergie: forumenergie.ch/cours-communes

Mit Partizipation zu einem neuen Kraftwerk

Das Projekt für das Pumpspeicherkraftwerk Lagobianco im Puschlav zeigt: Der Einbezug von Gemeinden und Verbänden in die Planung ist zwar zeitintensiv – zahlt sich aber langfristig aus.

Die Chance, dass der Strom aus der Schweizer Steckdose mit Wasserkraft erzeugt wurde, ist gross. Rund 57 Prozent der inländischen Stromproduktion werden in Wasserkraftwerken produziert, dies gemäss Angaben des Bundesamtes für Energie. 682 Kraftwerke produzieren pro Jahr durchschnittlich rund 37 172 Gigawattstunden Strom. Viele davon stehen in den Bergkantonen – und viele gibt es schon seit mehr als hundert Jahren. Der Wasserkraftwerkspark der Schweiz ist grösstenteils gebaut.

Dennoch gibt es neue Projekte oder Bestrebungen für den Ausbau bestehender Werke. Ein grösserer Bau wurde in den vergangenen Jahren im südöstlichsten Zipfel der Schweiz geplant, im Puschlav. Das Pumpspeicherkraftwerk Lagobianco soll dereinst den Lago Bianco auf der Berninapasshöhe mit dem Lago di Poschiavo im Tal verbinden. Durch einen 18 Kilometer langen Druckstollen soll in Zeiten des Stromüberschusses Wasser vom Tal auf die Passhöhe gepumpt werden, heisst es auf der Homepage der Betreibergesellschaft Repower. Wenn der Strom benötigt wird, fliesst das Wasser von oben nach unten und generiert Strom. Die Leistung wird mit rund 1000 Megawatt Strom pro Jahr angegeben; die Investitionskosten belaufen sich auf ungefähr 2,5 Milliarden Franken, die Bauzeit wird auf sechs bis sieben Jahre geschätzt.

Gemeinden haben Gewässerhoheit

Die Betreibergesellschaft Repower hat für die Planung des Projekts auf Partizipation gesetzt. Bereits bei der Machbarkeitsstudie waren Gemeinden und Umweltverbände miteinbezogen worden. Gian Paolo Lardi, Leiter Assetmanagement Produktion bei Repower, erklärt: «Wir hatten zuvor bei einem Ausbauprojekt ohne Partizipationsverfahren schlechte Erfahrungen gemacht. Der Fall landete vor Bundesgericht.»

Repower habe sich daraufhin entschieden, mit allen Beteiligten an einen Tisch zu sitzen: Gemeinden, Kanton und Umweltorganisationen. Gerade die Ge-



Der Lago Bianco auf der Berninapasshöhe.

meinden spielen in Graubünden eine wichtige Rolle, denn sie verfügen über die Gewässerhoheit und müssen zunächst eine Konzession erteilen, wenn Kraftwerksbetreiber das Wasser nutzen wollen. Der Kanton entscheidet danach definitiv über ein Konzessionsgesuch.

Regelmässiger Austausch

Eine erste Machbarkeitsstudie wurde von allen Involvierten unterzeichnet. Danach entwickelte Repower das Pro-

jekt. «Wir hatten den Lead, standen aber während des ganzen Prozesses im Austausch mit allen Involvierten.» Gemeinde- und Verbandsvertreter seien über den Stand der Dinge informiert worden und hätten Inputs liefern können. Involviert waren neben den Konzessionsgemeinden Pontresina, Poschiavo und Brusio auch die Umweltorganisationen WWF, Pro Natura, Pro Bernina Palü und die Greina-Stiftung.

Mittendrin war Alessandro Della Vedova. Er war während der Konzessionsverhandlungen 2009 und 2010 Präsident des Regionalverbandes Valposchiavo, von 2011 bis 2018 Gemeindepräsident von Poschiavo und ist heute Grossrat der Mitte-Partei. «Es war sehr komplex und sehr zeitintensiv, aber insgesamt eine sehr gute Erfahrung», erinnert er sich und fügt an: «Wir hatten enorm viele Sitzungen.» Die Gemeinden waren

nehmigung abstimmen. «Das war sehr wichtig», sagt Della Vedova. Gian Paolo Lardi von Repower erinnert sich: «Ich habe die Bevölkerung als sehr interessiert erlebt; es kamen jeweils viele Leute an die Veranstaltungen.» Die Mehrheit der Bevölkerung war dafür; rund zwei Drittel stimmten bei der Abstimmung für das Projekt.

«Das Projekt versprach Arbeitsplätze, das ist für ein abgelegenes Seitental

Langwierig, aber lohnenswert

Gian Paolo Lardi von Repower zieht heute eine positive Bilanz. Ein partizipativer Prozess sei zwar kompliziert, langwierig und teuer; es brauche viele Sitzungen. «Man investiert am Anfang viel, aber am Schluss ist dieses Vorgehen möglicherweise schneller, weil man viel weniger Einsprachen riskiert», sagt er. Sowieso sei es wichtig, als Betreibergesellschaft den Austausch mit



Bild: zvg/Repower/Nicola Pitaro



«Das Projekt versprach Arbeitsplätze, das ist für ein abgelegenes Seitental wie das Puschlav sehr wichtig.»

Alessandro Della Vedova, ehemaliger Gemeindepräsident von Poschiavo und Grossrat

wichtige Partner und einerseits auf politischer Ebene mit Exekutivmitgliedern, andererseits auf operativer Ebene mit Verwaltungsmitarbeitenden vertreten; insbesondere aus dem Bau- und Grundbuchamt.

Bevölkerung miteinbezogen

An Informationsveranstaltungen wurde die Bevölkerung der drei betroffenen Gemeinden orientiert. Denn sie musste 2010 und 2011 über die Konzessionsge-

wie das Puschlav sehr wichtig», begründet Alessandro Della Vedova die zustimmende Haltung der Bevölkerung. «Es ist eine Chance, junge, gut ausgebildete Menschen im Tal zu behalten.» Zudem seien die Wasserzinsen eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle. Und die Gemeinden erhielten Strom zu günstigen Konditionen zugesprochen.

«Es gab aber auch Gegner, und es war gut, dass sich diese gemeldet haben, denn so konnten wir Verbesserungen erzielen», sagt Della Vedova. Einige befürchteten Schäden für die Umwelt, andere wiederum monierten, dass Repower zu mächtig im Tal wird. Beides Einwände, die er verstehen könne, so Della Vedova. «Man muss aber auch sehen: Wir müssen hier im Tal leben und wohnen können. Für die Bevölkerung birgt das Projekt viele Vorteile.»

2014 genehmigte der Kanton das Konzessionsgesuch. Im März 2015 reichte Repower das Projektgenehmigungsgesuch ein, und im Oktober 2016 erteilte der Kanton Graubünden die Projektgenehmigung.

Gemeinden und Kanton zu pflegen. «Das Wasser gehört den Gemeinden, wir sind deshalb auf eine gute Zusammenarbeit angewiesen.» Und auch weil Repower zahlreiche Mitarbeitende in der Region hat, welche die Kraftwerke betreiben.

Das Pumpspeicherkraftwerk Lagobianco ist allerdings noch nicht gebaut. Die unsichere Lage und die tiefen Strompreise liessen eine solch grosse Investition aktuell nicht zu, begründet Repower. Für die Bevölkerung eine Enttäuschung, sagt Alessandro Della Vedova. Er hofft, dass das Projekt in den nächsten Jahren dennoch realisiert werden kann.

Nadja Sutter

**FEST DER FESTE
FETE DES FETES
FESTA DELLE FESTE
FESTA DA LAS FESTAS**

Ballenberg
FREILEICHTMUSEUM DER SCHWEIZ
MUSEE SUISSSE EN PLEIN AIR
MUSICO SVIZZERO ALL'APERTO
SWISS OPEN-AIR MUSEUM



**FEST
DER
FESTE** 24./25. September 2022
01./02. Oktober

25% Rabatt mit dem Code: fdfgmeinden22 festderfeste.ch

Äplerchilbi, Fête des Moissons, La Bénichon oder Castagnata:
Erlebe an zwei Herbstwochenenden 15 Schweizer Fest-Traditionen

Hauptpartner:



Medienpartner:



LandLiebe



Förderimpuls für Gemeinden Wie stark ist Ihre Vereinslandschaft?

Möchten Sie die Vereine in Ihrer Gemeinde stärken? Wir unterstützen Sie dabei.

Reichen Sie Ihre Massnahme oder Aktivität für einen Förderbeitrag bei uns ein – z.B. Fortbildungsanlässe, Vereinskongresse, Austauschplattformen oder Richtlinien für die Zusammenarbeit.

**vitam
in B**

Fachstelle für
Vereine

www.vereinsweg.ch

ISEKI
TRAKTOREN

ISEKI präsentiert den Frontmäher der SF2-Serie

- Leistungsstarke ISEKI Stage V-Motoren
- Grasfangbehälter mit 950l Behältervolumen
- Hydrostatischer Fahrtrieb mit automatischem Allradantrieb
- Umkehrlüfter zur Reinigung des Kühlers
- Klappbarer Bügel
- Mähwerk bis zu 152 cm



ISEKI Traktoren

ISEKI Traktoren
Brühlmattenstrasse 24a
5525 Fischbach-Göslikon

kontakt@iseki.ch
Tel +41 56 544 55 20
www.iseki.ch



«Gemeinden müssen sich Kompetenzen aneignen»

Er ist eine feste Grösse, wenn es um Wasserkraft geht: Not Carl, alt Gemeindepräsident von Scuol und Präsident der Bündner Konzessionsgemeinden. Er fordert, dass sich die Gemeinden in Bezug auf Wasserkraft besser aufstellen.



Die Staumauer auf der Südseite des Lago Bianco.

Bild: zvg/Repower/Nicola Pitaro

Not Carl, welche Rolle spielen die Bündner Gemeinden bei der Genehmigung neuer oder dem Ausbau bestehender Wasserkraftwerke?

Eine enorm wichtige: Im Kanton Graubünden haben die Gemeinden die Hoheit über die Gewässer und erteilen die Konzessionen bei jedem Kraftwerksbau. De facto arbeiten Gemeinden und Kanton meist eng zusammen, denn Letzterer muss die Konzessionen dann genehmigen.

Die Gemeinden profitieren auch von der Wasserkraft.

Ja, sehr. Die Bündner Konzessionsgemeinden nehmen durch die Wasserkraft jährlich rund 120 Millionen Franken ein, davon rund die Hälfte in Form von Wasserzinsen, die andere Hälfte in Form von Spezialsteuern. Für einzelne Gemeinden machen diese Einnahmen die Hälfte der Steuereinnahmen aus.

Zudem bringen die Kraftwerke Leben in die Täler, denn es braucht Personal, um sie zu betreiben, das wiederum die lokale Wirtschaft stärkt, die Kinder in die lokale Schule schickt und Steuern zahlt. Die Gemeinden profitieren aber auch in Form von Sonderkonditionen beim Strombezug und weiteren Leistungen.

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden hat Anfang Jahr beschlossen, dass sich der Kanton bei sogenannten Heimfällen, also wenn die Konzession für ein Kraftwerk ausläuft, stärker an den Werken beteiligen soll. Was heisst das für die Gemeinden?

Es stimuliert die Gemeinden, dasselbe zu tun. Betrieben werden die Werke weiterhin von Stromkonzernen, denn Kanton und Gemeinden haben dafür nicht das Know-how. Bei einer höheren Beteiligung kann mehr Geld zurück in die Gemeinden und den Kanton fließen. Es gilt aber, bei jedem Kraftwerk auch das Risiko abzuwägen. Gerade deshalb ist es zentral, dass die Gemeinden mehr Kompetenz im Bereich Wasserkraft aufbauen. Kanton und Gemeinden haben nicht immer die gleichen Interessen, zumal der Kanton mit seinem Anteil am Stromunternehmen Repower auch gewisse Konzerninteressen wahrnimmt.

Die Verfahren für die Bewilligung neuer oder den Ausbau bestehender Wasserkraftwerke dauern oft sehr lang. Um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga eine Änderung des Energiegesetzes vorgeschlagen. Wie stehen die Bündner Konzessionsgemeinden dazu?

Obwohl wir den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik, gerade im Hinblick auf die drohende Stromlücke befürworten, lehnen wir den vorgeschlagenen Weg dezidiert ab. Denn den Gemeinden würde so die verfassungsmässige Bewilligungskompetenz entzogen. Ich empfinde das als skandalös und als demokratiepolitisch

äusserst bedenklich. Partizipationsprozesse erachte ich hingegen als enorm wichtig, und sie führen auch dazu, dass Projekte rascher genehmigt werden.

Wo sehen Sie denn Möglichkeiten, um die Verfahren zu beschleunigen?

Es harzt nicht bei Gemeinden und Kantonen – hier funktioniert die Zusammenarbeit. Aber die Prozesse beim Bund dauern teils zu lange, auch aufgrund stets neuer Vorschriften und Richtlinien. Das materielle Recht ist deshalb zu überprüfen. Bei der Güterabwägung dürfen heute nicht allein Umweltsachen berücksichtigt werden, sondern es muss auch geprüft werden, inwiefern Projekte zur Erreichung der Klimaziele beitragen und wie sie sich auf die Wirtschaft auswirken.

Nadja Sutter



Zur Person

Not Carl präsidiert die Interessengemeinschaft der Bündner Konzessionsgemeinden, die er 2012 gegründet hat. Der Anwalt aus Scuol (GR) beschäftigt sich seit rund 40 Jahren mit der Wasserkraft; so etwa in der Funktion als Gemeindepräsident von Scuol, als Grossrat und als langjähriger Verwaltungsrat der Engadiner Kraftwerke. In dieser Funktion vertritt er die Konzessionsgemeinden.

Windenergie: Der Weg zur Umsetzung ist lang

Zwischen drei und fünf Legislaturen: So lange dauert die Umsetzung von Windkraftprojekten in der Schweiz. Für Milizpolitikerinnen und -politiker und Gemeindeverwaltungen bedeutet das viel Arbeit mit komplexen Dossiers.



Windräder auf den Jurahöhen.

Bild: Manon Röthlisberger

2017 verabschiedete der Bundesrat die Energiestrategie 2050. Sie verfolgt drei Ziele: Den Energiekonsum reduzieren, die Energieeffizienz verbessern und erneuerbare Energien aus Schweizer Herkunft fördern. Fünf Jahre später macht die Windenergie 0,15 Prozent des Stromverbrauchs in der Schweiz aus – 56,6 Prozent stammen immer noch aus der Wasserkraft, wie Zahlen von Suisse Eole, der Vereinigung zur Förderung der Windenergie in der Schweiz, zeigen. Bis 2050 soll die Windenergie sieben bis zehn Prozent des Strombedarfs decken, es gibt also noch viel Entwicklungspotenzial.

In den vergangenen Jahren wurden mehrere grössere Projekte realisiert. Darunter zum Beispiel die Anlage mit fünf Windrädern im Gotthardgebiet, die nach 18 Jahren Planung und Bau im September 2020 in Betrieb ging. Zahlreiche Windkraftprojekte verzögern

sich allerdings oder scheitern ganz, wie in den Medien in regelmässigen Abständen zu lesen ist. Die Windenergie ist jedoch wichtig für den Strommix in der Schweiz, gerade weil sie am meisten Strom im Winterhalbjahr liefert – also dann, wenn der Strombedarf hoch ist, aber die Produktion aus Wasserkraft und Solaranlagen tief.

Aus diesem Grund hat die Bundesverwaltung im Februar 2022 eine Änderung des Energiegesetzes von 2016 vorgeschlagen, um die Verfahren für wichtige Wasser- und Windkraftprojekte zu beschleunigen. Das Ziel dieser Gesetzesänderung ist zwar weitgehend unbestritten, doch der vom Bund vorgeschlagene Weg dahin ist nicht zielführend, denn die Kantone und Gemeinden werden zu wenig einbezogen. Das Mitspracherecht der Gemeinden für die Planung und Bewilligung von Wasser- und Windkraftwerken aufzuheben,

ist keine akzeptable Lösung. Denn dies bedeutet einen starken Eingriff in die Gemeindeautonomie. Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) ist deshalb gegen die Vorlage, ebenso wie die Kantone.

Ganz abgesehen von den Kompetenzfragen handelt es sich um eine kontraproduktive Vorlage. Gerade bei der Windkraft ist es zentral, dass die Projekte nicht nur von den Gemeindebehörden, sondern auch von der betroffenen Bevölkerung unterstützt werden. Die Partizipation auf Gemeindeebene garantiert auf lange Sicht die Akzeptanz und den Erfolg an den vorgesehenen Standorten.

Die Prozesse müssen einfacher werden

Worauf sich alle einigen können: Das aktuelle System ist zu komplex, schwerfällig und langwierig. Die Windkraftan-

lagen werden oft in peripheren, kleineren Gemeinden realisiert, wo die Ressourcen in der Verwaltung knapp sind. Der Druck auf die Gemeindeverwaltung, besonders auf den Gemeindegemeinschafter oder die Gemeindegemeinschafterin, sowie auf die Mitglieder des Gemeinderats ist hoch – Letztere bekommen dies nicht zuletzt an den Wahlen zu spüren.

Die Akzeptanz ist zentral für den Erfolg

Wird die Gemeindeebene bei Windkraftprojekten ausgehebelt, so hilft das nicht, um die Akzeptanz der Anwohnenden zu gewinnen. Diese ist jedoch gerade für den Bau von Windrädern zentral. Windmessungen bei den vorgesehenen Standorten, Profile, welche die geplanten Bauten visualisieren und eine Veranschaulichung der energetischen und wirtschaftlichen Auswirkungen für die Anwohnenden können helfen, ein Projekt für die Bevölkerung verständlich zu erklären. Transparenz und ein konstanter Dialog mit der Bevölkerung, zum Beispiel über partizipative Prozesse, sind hier zentral. Mit diesem Vorgehen können Gemeindebe-

hörden Antworten geben auf die Frage «Warum gerade wir?», und sie können Falschinformationen entgegentreten.

Eine Beschleunigung auf allen Staatsebenen

Eine Beschleunigung der Verfahren auf allen Staatsebenen sowie in allen juristischen Instanzen ist notwendig, um Gemeindeverwaltungen und Gewählte zu entlasten. Gewisse Kantone verfügen bereits über vereinfachte Verfahren, zum Beispiel Waadt und Neuenburg. Diese auch in anderen Kantonen einzuführen, könnte eine Lösung sein, um Verfahren voranzutreiben und gleichzeitig die Mitsprache der Gemeinden zu garantieren. Wird ein Windkraftprojekt schneller realisiert, so kann nicht nur rascher mehr erneuerbare Energie produziert werden, sondern es können auch tiefgreifende und lang anhaltende Meinungsverschiedenheiten in den Standortgemeinden vermieden werden.

Mit Fachwissen den Emotionen begegnen

Windräder wecken Emotionen: Das zeigen zahlreiche Beispiele aus der ganzen Schweiz. Die Milizpolitikerinnen und

Milizpolitiker müssen sich nicht nur um technische, sondern auch polemische Fragen kümmern. Doch gerade sachliche technische Informationen von Spezialisten und spezialisierten Fachstellen zusammen mit angepassten Kommunikationsmethoden sind zentral, um auf die zahlreichen Fragen und Sorgen aus der Bevölkerung, aber auch aus den Medien zu reagieren. Das Fachwissen hilft, der emotionalen Debatte zu begegnen. Der Ausbau der Windenergie hat grosse Auswirkungen auf die Gemeindeebene. Gemeinderäte sind mit schwerfälligen Verfahren konfrontiert, die sich über Jahrzehnte hinziehen. Diese Verfahren müssen vereinfacht werden, und gleichzeitig muss die Gemeindeautonomie bewahrt werden. Gemeinden, Kantone und der Bund müssen nun mit der Grundlagenarbeit beginnen, um gemeinsam Lösungen zu finden, die Energiestrategie 2050 umzusetzen.

*Manon Röthlisberger
Projektleiterin*

*Politikbereiche Energie, Raumplanung,
Umwelt und Verkehr
Schweizerischer Gemeindeverband
Übersetzung: Nadja Sutter*

Anzeige

Boden ist nicht vermehrbar



Bodenverbrauch reduzieren Viele Kantone und Gemeinden haben sich vorgenommen, den Bodenverbrauch zu reduzieren und eine Siedlungsentwicklung nach innen anzustreben. Sie setzen um, was die Schweizer Stimmberechtigten 2013 mit der Annahme des revidierten Raumplanungsgesetzes verlangt haben. Das ist gut für Natur und Landschaft in der Schweiz. Allerdings: Auch wenn wir aus einem Glas Wasser nur in ganz kleinen Schlucken trinken – irgendwann ist es leer. So ist es auch mit dem Boden. Selbst ein verlangsamter Verbrauch lässt ihn zur Neige gehen. Boden ist eine nicht erneuerbare Ressource.

Siedlungsfläche dauerhaft begrenzen Besonders in ländlichen Gemeinden wird immer noch viel Boden durch den Bau freistehender Einfamilienhäuser verbraucht. Diese Siedlungsform verursacht für die öffentliche Hand die höchsten Kosten pro Einwohner/in. Zugleich verschlingt sie sehr viel Fläche. Es wäre in vielen Fällen sinnvoll, die Siedlungsfläche dauerhaft zu begrenzen.

Wo für die Auslastung von Schulinfrastrukturen oder aus steuerpolitischen Gründen eine begrenzte Erhöhung der Einwohnerzahl angestrebt wird, können Einfamilienhausquartiere nachverdichtet werden. Das Bundesamt für Wohnungswesen BWO hat dazu 2020 die Studie «Schritt für Schritt. Die Transformation von Einfamilienhausgebieten gestalten» publiziert (www.bwo.admin.ch).

Trennung von Bau- und Nichtbaugebieten stärken Sorgen macht sich Pro Natura über die ständige Zunahme von Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen. 40 Prozent der baulich genutzten Flächen und 600'000 Gebäude liegen dort! Das hat negative Folgen für Natur, Landschaftsbild, Lebensqualität und Tourismus. Für Gemeinden entstehen durch den Unterhalt überdehnter Infrastrukturen unverhältnismässige Kosten, zumal die Ansprüche steigen. Für Pro Natura ist klar: Ausserhalb der Bauzone muss die bodengebundene Landwirtschaft Priorität haben. Hinzu kommen die standortgebundenen öffentlichen Infrastrukturen und eine massvolle Infrastruktur für den Tourismus. Wohnen und Arbeiten gehören grundsätzlich in die Bauzonen. Um diesen bewährten Trennungsgrundsatz von Bau- und Nichtbaugebiet wieder zu stärken, hat Pro Natura 2020 die Eidgenössische Volksinitiative «Gegen die Verbauung unserer Landschaft» (Landschaftsinitiative) eingereicht. Die Landschaftsinitiative befindet sich in der parlamentarischen Beratung. Die eidgenössischen Räte können jetzt mit einem griffigen Gegenvorschlag die Weichen für eine häusliche Bodennutzung stellen. Die Schweizer Gemeinden könnten so Planungssicherheit gewinnen und Infrastrukturkosten senken.

Elena Strozzi, Projektleiterin Raumplanung, www.pronatura.ch



Ortsplanung Vitznau: Die Kultur des Miteinander

Raumplanung ist viel mehr als die Planung des Raums – sie bestimmt die Zukunft einer Gemeinde wesentlich mit. Vitznau hat deshalb die Bevölkerung von Beginn an intensiv in die Ortsplanungsrevision einbezogen.



Zweiter öffentlicher Workshop zum Siedlungsleitbild 2050 am 19. Oktober 2019.

Bild: zvg/Cornelia Bauer

Am 13. Februar 2022 haben die Stimmberechtigten von Vitznau (LU) die Gesamtrevision der Nutzungsplanung mit einem deutlichen Mehr von über 72 Prozent beschlossen. Das ist bemerkenswert, denn umstrittene Themen wie Rückzonungen und die Weiterentwicklung der Tourismuszone standen an. Ausserdem hatten die Stimmberechtigten 2017 die Ortsplanungsrevision mit 59 Prozent Neinstimmen abgelehnt.

2018 gleisten die Verantwortlichen den Prozess komplett neu auf und wählten einen beispielhaften Weg: Die Bevölkerung war von Anfang an zur Mitwirkung eingeladen. Gemeindepräsident Herbert Imbach sagt rückblickend: «Transparenz, Partizipation und Gleichbehandlung waren unumstössliche Prinzipien – auch während der Pandemie. Diese Philosophie hat sich bewährt und eine neue Kultur des Miteinander begründet.»

Der Prozess

Die Verantwortlichen der Gemeinde und das Team des Planungsbüros Metron konzipierten gemeinsam einen komplexen und effektiven Prozess, dessen roten Faden der intensive Einbezug der Bevölkerung bildete. Die 13-köpfige Ortsplanungskommission (OPK), in der unterschiedliche Vertreterinnen und Vertreter aus der Bevölkerung sowie Interessengruppen vertreten waren, erarbeitete die Instrumente der Ortsplanung. Der OPK-Ausschuss und das Planungsbüro unterstützten die OPK in fachlicher und koordinativer Hinsicht. In einer ersten Phase entstand das Siedlungsleitbild 2050 (SLB). In zwei öffentlichen Workshops und im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung beteiligten sich Interessierte engagiert an seiner Erarbeitung. Die zentralen Themen zur Zukunft der Gemeinde wurden angesprochen und Varianten diskutiert. Jugendliche wurden niederschwellig über

ein Feierabendgespräch einbezogen. Die Inputs der Mitwirkenden flossen nach sorgfältiger Prüfung in das SLB ein. Entwürfe wurden überarbeitet und wieder vorgelegt, sodass die Bevölkerung Schritt für Schritt überprüfen konnte, ob ihre Anliegen eingeflossen waren. Das SLB ist «nur» ein behördenverbindliches Instrument; trotzdem wurde es der Bevölkerung zur Genehmigung vorgelegt.

Vom Siedlungsleitbild zur Richt- und Nutzungsplanung

Mit dem SLB legte die Gemeinde ihre mittel- bis langfristigen Entwicklungsvorstellungen und -strategien verbindlich fest. Es bildete die zentrale Grundlage für die anschliessend erarbeitete Richt- und Nutzungsplanung (Zonenplan, Bau- und Zonenreglement, Erschliessungs- und Verkehrsrichtplan). Zwei Orientierungsversammlungen begleiteten die Überführung der Grund-

sätze des SLB in die Richt- und Nutzungsplanung. Darüber hinaus hatten Bevölkerung und Interessengruppen die Gelegenheit, ihre Anliegen in der öffentlichen Mitwirkung und in der öffentlichen Auflage einzubringen. Mit dem Angebot von Sprechstunden während der öffentlichen Auflage konnten auch Einsprachen abgewendet werden.

Persönlich und digital – Öffentlichkeit entsteht

Regelmässig erscheinende Medienberichte, Beiträge auf der eigens eingerichteten Website www.ortsplanung-vitznau.ch und an alle Haushalte zugestellte Flyer ermöglichten den Interessierten, sich jederzeit über Meilensteine und das Fortschreiten der Planung zu informieren.

Die Mitwirkung war auch auf digitalem Weg möglich. Kurze Videos vermittelten einer breiten Zielgruppe wichtige Inhalte. Die Filme transportieren die Botschaften aus der Sicht von Verantwortlichen und Beteiligten. Allein in den letzten 30 Tagen vor der Abstimmung wurden sie von über 400 Personen gesehen.

Moderates, qualitätsbewusstes Wachstum

Zukünftig steht der Gemeinde Vitznau ein beschränktes Angebot an Bauzonen zur Verfügung. Auf Aufzonungen wurde verzichtet, da bereits grössere Nutzungsreserven vorhanden sind, die es zu mobilisieren gilt. Der Schwerpunkt liegt im Dorfkern und entlang der Hauptstrasse, wobei mit neuen Bestim-

mungen zur Sicherung baulicher und freiräumlicher Qualitäten der ländliche Charakter Vitznaus erhalten bleiben soll.

Überdimensionierte Bauzonen reduzieren

Ein heikles Thema waren die Rückzonungen. Gemäss eidgenössischem Raumplanungsgesetz sind die Bauzonen auf 15 Jahre zu dimensionieren und



«Transparenz, Partizipation und Gleichbehandlung waren unumstössliche Prinzipien – auch während der Pandemie. Diese Philosophie hat sich bewährt und eine neue Kultur des Miteinander begründet.»

Herbert Imbach, Gemeindepäsident von Vitznau

überdimensionierte Bauzonen zu reduzieren. Der Kanton Luzern identifizierte in der Folge 21 Gemeinden, die – auch bei einem hohen Bevölkerungswachstumsszenario bis 2035 – noch immer zu grosse Baulandreserven aufweisen und deshalb als «Rückzonungsgemeinden» gelten.

Vitznau ist eine der ersten Gemeinden, die die vom Kanton verlangten Rückzonungen umgesetzt hat – und zwar in der namhaften Grösse von 12,6 Hektaren beziehungsweise knapp 18 Fussballfeldern.

Nachhaltiger Tourismus

Nicht zuletzt sind es historische Hotelbauten, die das Ortsbild von Vitznau prägen. Viele lagen in der Dorfkernzone. Um diese Grundstücke auch den nachfolgenden Generationen mit öffentlich zugänglichen Nutzungen zu erhalten, wurden sie in die Tourismuszone umgezogen. Spezifische und flexible Vorschriften stellen die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der

Hotelbetriebe und touristisch genutzten Anlagen sicher.

ARGUS – nicht alles kann warten!

Bereits bei der gemeinsamen Entwicklung des SLB haben engagierte Vitznauerinnen und Vitznauer die «Arbeitsgruppe Umsetzung Siedlungsleitbild» gebildet – kurz ARGUS. Sie konzentriert sich auf kurz- bis mittelfristig umsetzbare Anliegen und nutzt die Vorteile einer kleinen Gemeinde geschickt aus: Betroffene werden direkt einbezogen, die Verwaltungswege kurz und niederschwellig gehalten. Kernthemen sind Tourismuskonzept, Verbesserung der Seezugänge und Aufwertung des Dorfkerns.

Raumplanerin Barbara Gloor ist überzeugt, dass die kurzfristige Umsetzung der Inhalte aus dem SLB das Vertrauen in die Ortsplanungsrevision zusätzlich gestärkt hat: «ARGUS steht für eine neue Gemeindepolitik: Planung bewegt alle – top down ist nicht mehr angesagt. Die Bevölkerung einzubeziehen heisst, dem inneren Kompass Vitznaus zu folgen.»

*Cornelia Bauer, Giovanni Di Carlo
Planungsbüro Metron*



Blick auf Vitznau.

Bild: zvg/Sario Haladjian

Erhebliche Planungsvorteile sind auszugleichen

Bei Um- und Aufzonungen können erhebliche Mehrwerte entstehen. Kantone und Gemeinden müssen dafür sorgen, dass diese angemessen ausgeglichen werden. Zu diesem Schluss kommt das Bundesgericht in einem lang erwarteten Urteil.



Wird Land umgezont, zum Beispiel von Landwirtschaftsland zu Bauland, wird ein Mehrwertausgleich fällig.

Symbolbild: unsplash/Sergei Zhukov

Der Mehrwertausgleich an sich ist nichts Neues. Das Raumplanungsgesetz (RPG) hält die Kantone bereits seit 1980 dazu an, einen angemessenen Ausgleich für erhebliche planungsbedingte Vor- und Nachteile zu schaffen (Art. 5 Abs. 1 RPG). Trotzdem dauerte es mehrere Jahrzehnte, bis alle Kantone so weit waren. Erst das revidierte RPG (RPG 1) sorgte ab 2014 mit strengen Übergangsbestimmungen für den nötigen Druck. Es gab den Kantonen fünf Jahre Zeit, die notwendigen Regelungen einzuführen. Um allfälligen Sankti-

onen zu entgehen, mussten die Kantone als Minimalregelung bei Einzonungen eine Abgabe von 20 Prozent vorsehen.

Lange herrschte Uneinigkeit, ob die Kantone neben der Minimalregelung – 20 Prozent bei Einzonungen – auch den allgemeinen Gesetzgebungsauftrag von Art. 5 Abs. 1 RPG umsetzen müssen, nämlich alle erheblichen Planungsvorteile auszugleichen. Dies hiesse, dass auch Um- und Aufzonungen, die einen erheblichen Mehrwert bewirken, mehrwertsteuerpflichtig sind. Nun hat

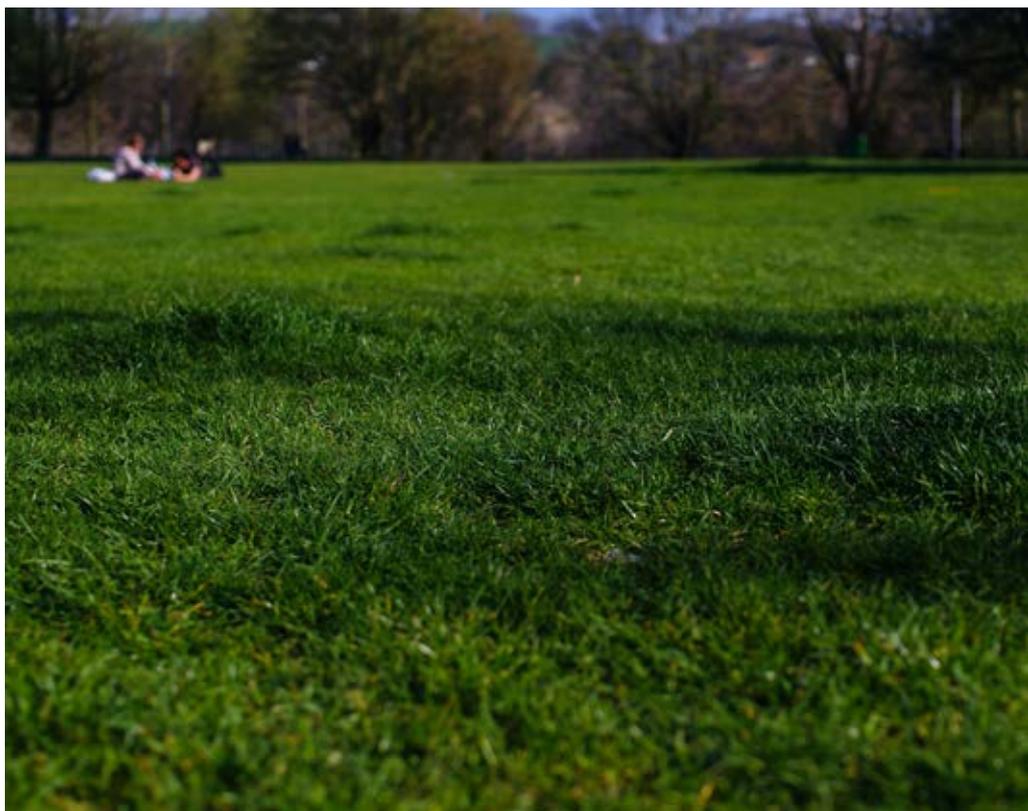
das Bundesgericht Klartext gesprochen – und dies nicht zum ersten Mal.

Der allgemeine Auftrag zum Mehrwertausgleich bleibt

Das oberste Gericht hat sich in einem aktuellen Urteil aus der Berner Gemeinde Meikirch eingehend mit dem bundesrechtlichen Auftrag zum Mehrwertausgleich auseinandergesetzt. Es bezog sich dabei auf eben diesen Gesetzgebungsauftrag von Artikel 5 Absatz 1 RPG. Dieser verlangt von den Kantonen seit 1980, für einen «ange-

messenen Ausgleich erheblicher Planungsvor- und -nachteile» zu sorgen. Diese Bestimmung beziehe sich insbesondere auch auf Planungsvorteile bei Auf- und Umzonungen, so die Lausanner Richter. Einzonungen hingegen seien mit der 2014 (Inkrafttreten RPG 1) eingeführten Minimalregelung eingehender geregelt worden (Art. 5 Abs. 1^{bis} RPG). Von einer Abschwächung der bundesrechtlichen Mehrwertausgleichsregelung war während des Gesetzgebungsverfahrens nie die Rede gewesen.

Der Entscheid Meikirch liegt auf der Linie früher ergangener Urteile wie etwa Münchenstein II. Das Bundesgericht wiederholt frühere Aussagen und leitet daraus die Beurteilung im Fall Meikirch ab. Dabei weist es die Kritik an seinen früheren Darlegungen kurz, aber deutlich zurück. Dass das Urteil «nur» in Dreierbesetzung gefällt wurde, zeigt, dass das Bundesgericht keinerlei Anlass sieht, von der bisherigen Praxis abzuweichen.



Durch den Mehrwertausgleich können Grünflächen aufgewertet werden.

Symbolbild: unsplash/Michal Parzuchowski

Mehrwertausgleich in der Politik

Das erwähnte Urteil Meikirch (BE) hat in der Politik bereits für Reaktionen gesorgt. So wurde im Rahmen der ständerätlichen Beratungen zur zweiten Teilrevision des RPG (RPG 2) zum Bauen ausserhalb der Bauzone ein Einzelantrag einstimmig angenommen. Dieser will den Kurs des Bundesgerichts korrigieren. Die Kantone sollen explizit nur noch zur Umsetzung der Minimalregelung (20 Prozent bei Einzonungen) verpflichtet werden.

Gleichzeitig will der Ständerat den Verwendungszweck des Mehrwertausgleichs erweitern: Er ergänzte Artikel 5 RPG in dem Sinne, dass der Abbruch nicht mehr benötigter Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone primär über den Mehrwertausgleich finanziert werden soll – zusätzlich zur Finanzierung einer qualitätsvollen Innenentwicklung, wie es die erste Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG 1) im Sinn hatte. Damit noch weitere Aufgaben über diesen Topf finanziert werden könnten, müsste dieser genügend gefüllt sein. Gerade dies dürfte aber in den wenigsten Kantonen der Fall sein.

Umsetzung und Überwachung

Das Bundesgericht legt dar, dass entweder der Kanton selbst oder die Gemeinden den Gesetzgebungsauftrag erfüllen müssen. Zwar könne der Kanton die Umsetzung des Gesetzgebungsauftrags zum Mehrwertausgleich bei Um- und Aufzonungen an die Gemeinden delegieren – auch wenn er in erster Linie verpflichtet sei, seine Gesetzgebung an die Vorschriften des RPG anzupassen. Dies entbinde den Kanton aber nicht von der Pflicht, die Erfüllung zu überwachen und durchzusetzen.

Das oberste Gericht hat in seinem Urteil den Kanton Bern und die Gemeinde Meikirch schliesslich «eingeladen», den Mehrwertausgleich im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 RPG bundesrechtskonform zu regeln.

Kantone sind gefordert

Das Urteil wurde in der Fachwelt mit Spannung erwartet, denn auch andere Gemeinwesen werden ihre Gesetzgebungen zum Mehrwertausgleich überprüfen und bei Bedarf anpassen müssen. Dabei dürften die Kantone im Vordergrund stehen. Sie verfügen – und auch das hält das Bundesgericht fest – über einen grossen Spielraum für die Regelung. Dieser beziehe sich nicht nur auf die Frage, ab wann ein Vorteil erheblich und welcher Ausgleich (Höhe

des Ausgleichssatzes) angemessen ist, sondern auch auf die Instrumente beziehungsweise die Mittel, mit denen der Ausgleich erfolgt. Zumindest im allgemeinen Bereich des Mehrwertausgleichs (Abs. 1), der über die Minimalregelung von Absatz 1^{bis} hinausgeht, sollten deshalb auch vertragliche Lösungen möglich sein.

Auch wenn die Übergangsfrist von RPG 1 abgelaufen ist, tun die Kantone gut daran, ihre Regelungen – falls nötig – an das Bundesrecht anzupassen. Dies schafft Rechtssicherheit – auch für die Gemeinden, die sonst ein gleiches Schicksal ereilen könnte wie die Gemeinde Meikirch.

Schmiermittel der Verdichtung

Der Mehrwertausgleich ist weit mehr als nur die gesetzgeberische Umsetzung eines zwingenden Auftrags. Er stellt ein wichtiges Instrument dar zur Umsetzung von RPG 1 und insbesondere zur qualitätsvollen Innenentwicklung – ein «Schmiermittel der Verdichtung», wie er auch oft bezeichnet wird. Das Geld wird einerseits benötigt, um eine hochwertige Verdichtung zu ermöglichen, und andererseits, um die erforderlichen Rückzonungen zu finanzieren. Nur so kann das vom Gesetzgeber als Einheit konzipierte Ausgleichssystem überhaupt funktionieren; nur so

dient es dazu, den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Ausserdem zeigen die Erfahrungen, dass die Bevölkerung eher bereit ist, Verdichtungen mitzutragen, wenn sie an den Mehrwerten teilhaben kann – also beispielsweise über den Mehrwertaugleich Frei- und Grünräume in ihrer Gemeinde aufgewertet werden.

Ausblick

In den Beratungen zur zweiten Etappe der RPG-Revision (RPG 2) wird derzeit im Parlament erneut über die Frage diskutiert, ob erhebliche Mehrwerte aus Um- und Aufzonungen ausgleichspflichtig sein sollen (siehe Kasten). Es wird argumentiert, die Mehrwertaugleichspflicht bei Um- und Aufzonungen erschwere, ja verhindere bisweilen gar die Innenentwicklung. Richtig ausgestaltet ist dies jedoch keineswegs der Fall. Das Entscheidende dabei: Im Gegensatz zu Einzonungen sollte der Mehrwertaugleich bei Um- und Aufzonungen projektbezogen im Hinblick auf

die konkrete bauliche Mehrnutzung fällig werden, und dies auch erst dann, wenn eine Mehrnutzung realisiert wird (sog. «Basler Modell»). So gehandhabt wird der Mehrwertaugleich von den betroffenen Grundeigentümerschaften eher unterstützt statt bekämpft. Auch dieser Regelungsspielraum steht den Kantonen zu.

Es ist von Vorteil, wenn der Mehrwertaugleich vertraglich vereinbart wird. Dadurch kann die Grundeigentümerin oder der Grundeigentümer erheblichen Einfluss auf die Verwendung nehmen. Die Gelder werden in diesem Fall regelmässig direkt im Umfeld der Bauprojekte eingesetzt. Dies erhöht wie erwähnt die Akzeptanz der Abgabe bei den Betroffenen und reduziert in hohem Mass die Opposition gegen die baulichen Massnahmen.

Wird auf den Mehrwertaugleich bei Um- und Aufzonungen generell verzichtet, wird dies die avisierte Innenentwicklung nicht fördern, sondern behindern. Die Bevölkerung wird deutlich

weniger bereit sein, Verdichtungen mitzutragen. Denn ohne gleichzeitig erfolgende Massnahmen, die den individuellen Wohnwert und den unmittelbaren Lebensraum im Quartier aufwerten, sind regelmässig Beschwerden vorprogrammiert – wie sich ja zuweilen schon jetzt zeigt. Es bleibt also dabei: Aus raumplanerischer Sicht ist auch in Zukunft ein Ausgleich erheblicher Planungsvorteile bei Auf- und Umzonungen unumgänglich.

*Samuel Kissling
EspaceSuisse
Leiter Recht*

Informationen:

Bundesgerichtsurteile zum Mehrwertaugleich, aufzurufen unter www.bger.ch:
BGE 142 I 177 (Münchenstein I BL)
BGE 147 II 225 (Münchenstein II BL)
BGer 1C_233/2021 (Meikirch BE)
Weitere Informationen zum Mehrwertaugleich: www.espacesuisse.ch

Anzeige



Ist Ihre Gemeinde auf Kurs?

Chatbottigen



Abraxas Academy
Wissen für die digitale Praxis.

Jetzt die nächsten Themen checken und anmelden.
abraxas.ch/academy


abraxas

ISOS: ein Inventar, das Qualität würdigt

Das ISOS bezeichnet die wertvollsten Schweizer Ortsbilder. Es widerspiegelt den Reichtum unserer Ortschaften, fördert eine qualitätsvolle Entwicklung und weckt den Entdeckergeist. Ein Leitfaden gibt Tipps zu seiner Anwendung.



Trogen (AR), ein Ortsbild von nationaler Bedeutung.

Bild: zvg/Switzerland Tourism/david&kathrin Photography and Film GmbH

Trogen, Zürich, Comolugno, Schwellbrunn, Guarda, Sion, Lützelflüh, Le Lignon, Kirchbühl, Montbovon oder Wangen an der Aare: All diese Orte haben gemeinsam, dass sie im ISOS, dem Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung, aufgeführt sind. Ob gross oder klein, städtisch oder ländlich, spielt keine Rolle. Jedes der 1200 Ortsbilder im ISOS verdient aufgrund seiner spezifischen Qualitäten einen Platz im weltweit einzigen Ortsbildinventar, das ein ganzes Staatsterritorium umfasst.

Das ISOS bezeichnet die wertvollsten Ortsbilder der Schweiz und offenbart ihre Vielfalt. Das vom Bundesamt für Kultur erarbeitete Inventar beschreibt und bewertet die Qualitäten der Orte, die es beinhaltet, nach einheitlichen wissenschaftlichen Kriterien. Es hilft, ihre Geschichte und Identität zu verstehen. Das ISOS definiert zwar, was erhaltenswert ist, ist aber weder eine absolute Schutzmassnahme noch eine Planung. Es stellt vielmehr eine Entscheidungsgrundlage dar. Der Bund stützt sich auf seine Aufnahmen bei der

Erfüllung seiner Aufgaben. Die Kantone und Gemeinden berücksichtigen es bei ihren Planungen. Es versteht sich von selbst, dass jede qualitätsvolle Entwicklung beim Verständnis des Bestehenden beginnt. Die Berücksichtigung des ISOS bei raumplanerischen Vorhaben garantiert eine nachhaltige Planung und trägt damit zu einer hohen Baukultur bei. Vom Streben nach hoher Baukultur geleitet, haben Bund, Kantone, Städte und Gemeinden auf Initiative der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz den Leitfaden «Ortsbildschutz und Innenentwicklung» erarbeitet. Die Publikation richtet sich an kommunale und kantonale Entscheid- und Fachbehörden und bietet konkrete Handlungsempfehlungen bei der Planung in besonders wertvollen Ortsbildern.

*Oliver Martin
Leiter der Sektion Baukultur
Bundesamt für Kultur*

Informationen:
www.isos.ch

Ein touristischer Trumpf für die Schweiz

ISOS-Ortsbilder haben aufgrund ihrer Qualitäten ein grosses touristisches Potenzial. Das hat Schweiz Tourismus dazu bewogen, 50 Ortsbilder entlang der Grand Tour of Switzerland auszuwählen und auf ihrer Website zu präsentieren. Ein Bildband mit dem Titel «Verliebt in schöne Orte» stellt diese 50 Orte auf mehr als 300 Seiten vor. Die Initiative verfolgt das Ziel, einen sanften Tourismus abseits der ausgetretenen Pfade zu fördern. Selbst für ausgesprochene Kennerinnen und Kenner der Schweiz dürfte es noch viele verborgene Schätze haben, die es zu entdecken gilt.

Die Sorgen der Kleinen mit der Raumplanung

Wenn jemand eine Ahnung von Planung haben sollte, dann die Raumplaner. Doch auch Experten tun sich schwer bei der aktuellen Umsetzung des Raumplanungsgesetzes. Zu kämpfen haben vor allem kleinere Gemeinden.



Weisslingen im Zürcher Oberland – als kleine Gemeinde kämpft sie vor allem mit der zunehmenden Komplexität in Raumplanungsfragen.

Bild: zvg

Die Raumplanung gehört zu jenen Aufgaben, die in unserem Land fast exemplarisch föderalistisch gelöst werden. Der Bund legt die Rahmenbedingungen fest, die Kantone konkretisieren, und die Gemeinden setzen um. Die jeweils optimale Nutzung des Bodens ist aber eine äusserst komplexe Aufgabe, die vor allem kleine Gemeinden herausfordert. In den Sorgenbarometern der kleinen Gemeinden nimmt jedenfalls die Raumplanungsproblematik regelmässig einen Spitzenplatz ein. Bei den mittleren und grossen Gemeinden zählt sie dagegen nicht zu den grössten Sorgen. Für Heidi Haag, Leiterin Siedlungsberatung für Gemeinden des Schweizer Raumplanungsverbands EspaceSuisse sind die Schwierigkeiten der Kleinen verständlich: «Bei der Raumplanung gibt es keine einfachen Antworten, und

nicht bei allen Gemeinden stellen sich die Probleme gleich.» Unterschiede gibt es vor allem bei den noch wachsenden und den schrumpfenden, oft kleinen Gemeinden.

Das Ziel ist noch klar: Nach dem neuen Raumplanungsgesetz soll der Boden in unserem Land künftig haushälterischer genutzt werden. Das heisst, die Entwicklung soll grundsätzlich auf bereits überbautem Boden stattfinden (Innenentwicklung).

Einfache Lösungen gibt es kaum

Es gelte für die Gemeinden also immer abzuklären, wo Wachstum sinnvoll sei. In einem räumlichen Leitbild soll aufgezeigt werden, welches Wachstumspotenzial wo vorhanden ist und wie es ausgeschöpft werden könne. «Rundumschläge, zum Beispiel alle Gebäude

um ein Stockwerk aufstocken, sind in der Raumplanung keine Lösung», ist die Raumplanungsexpertin überzeugt: «Unabdingbar ist es, immer auch die Bevölkerung einzubeziehen, soll es nicht später in der Nutzungsplanung zu Abstimmungsniederlagen kommen.» Eine erste Bilanz des vor knapp zehn Jahren eingeführten Raumplanungsgesetzes fällt für Haag grundsätzlich positiv aus: «So finden heute viel weniger Neueinzonungen statt. Das vermindert die Aussenentwicklung und damit den Bodenverbrauch. Mehr Knacknüsse gibt es bei der Innenentwicklung. Hier besteht oft das Problem der Baulandhortung. Oder die Nachbarn versuchen mit allen Mitteln, neue Projekte zu verhindern.» Notwendige Entwicklungen in den Ortszentren würden dadurch erschwert oder jahrelang hinausgezö-

gert. Umso wichtiger sei es, dass die Gemeinden bei allen Innenentwicklungsprojekten eine hohe Qualität einforderten. Dies bei der Architektur, dem Grün- und Aussenraum oder bei den Nutzungsvorgaben.



«Bei der Raumplanung gibt es keine einfachen Antworten, und nicht bei allen Gemeinden stellen sich die Probleme gleich.»

Heidi Haag, Leiterin Siedlungsberatung für Gemeinden des Schweizer Raumplanungsverbands EspaceSuisse

Poschiavo fühlt sich zu stark eingeeignet

Für schrumpfende Gemeinden wie die Bündner Gemeinde Poschiavo, die aktuell mitten im Planungsprozess steckt, kommt diese Aufgabe einer Quadratur des Zirkels gleich: «Die Gemeinden haben schlicht zu wenig Bewegungsfreiheit», klagt Gemeindepräsident Giovanni Jochum: «Aufgrund der Bundesgesetzgebung haben schon die Kantone kaum mehr grosse Spielräume. Diese engen dann die Kompetenzen der Gemeinden zusätzlich ein. Für eine kleine Gemeinde wie Poschiavo mit 3500 Einwohnern und einer leicht sinkenden Bevölkerungsprognose heisst dies schlicht nur noch auszonieren.» Dies gelte nicht nur für Bauland, sondern auch für Gewerbe- und Industriezonen. «Den Gemeinden wird jede mögliche Perspektive, irgendwann wieder wachsen zu können, von vornherein genom-

men. Die Umsetzung des Raumplanungsgesetzes auf kommunaler Ebene ist also eine sehr schwierige Sache», bilanziert Jochum.

Ganz ähnlich sieht es Silvano Castioni, Gemeindeglied von Weisslingen

(ZH): «Die Tendenz ist klar. Die Autonomie der Gemeinden in diesem Bereich wird durch den Kanton sukzessive beschnitten oder eingeschränkt.» Als Beispiele nennt er das Bauen ausserhalb von Siedlungsgebieten in kleinen Weilern oder den Bau und die Sanierung von Gemeindestrassen. Das ganze Genehmigungsverfahren müsse unbedingt vereinfacht werden.

Raumplanungsexpertin Heidi Haag bestätigt, dass die Umsetzung der Raum-



«Die Tendenz ist klar. Die Autonomie der Gemeinden in diesem Bereich wird durch den Kanton sukzessive beschnitten oder eingeschränkt.»

Silvano Castioni, Gemeindeglied Weisslingen (ZH)

In den Agglomerationen, wo ein gewisses Wachstum besteht, ist die Innenentwicklung vielerorts besser sichtbar. An den Qualitäten könnte aber oft noch gearbeitet werden. «Raumplanung ist auf jeden Fall auch eine Daueraufgabe», betont Haag: «Eine Gemeinde, die die Problematik zunächst vorbildlich angegangen ist, kann rasch ins Hintertreffen geraten, wenn sie raumplanerisch nicht ständig am Ball bleibt.»

Lalden geht der Boden aus

Problemlösung kommen aber auch kleine, rasch wachsende ländliche Gemeinden nicht über die Raumplanungsrunden: «Wegen der starken wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung der letzten Jahre verfügt die Gemeinde Lalden in den Wohn- und Gewerbezone über wenig Reserven», sagt Jonas Ritz, Gemeindeglied der Walliser Gemeinde. Die Bauzone von Lalden entspreche noch dem Bedarf für die nächsten 15 Jahre. Die zukünftige Erweiterung der Bauzone beziehungsweise die Festlegung des Siedlungsgebietes stelle die nächste grosse Herausforderung dar. Nicht selten müssen Gemeinden mit ihren ortsplannerischen Projekten auf eine Zusatzrunde. So in der Gemeinde

Weniger Gemeinden, weniger Sorgen?

Erleichtern die regelmässigen Fusionen zwischen den Gemeinden die Raumplanungsproblematik? Tendenziell ja, sagt Raumplanungsexpertin Heidi Haag: «Es muss nicht mehr jedes Dorf alles selbst haben, zum Beispiel eine eigene Arbeitszone. Die einzelnen Dörfer stehen weniger in Konkurrenz zueinander und können auch räumlich Synergien nutzen.» Wichtig sei aber, dass sich die neue Gemeinde damit auseinandersetzt, welche Bedeutung jedes der einzelnen Dörfer in Zukunft haben und welche Entwicklung dort stattfinden soll. «Dies geschieht am besten in einem räumlichen Leitbild.»

planung in den oft schrumpfenden kleineren Gemeinden langsamer vorstattengeht. «Doch man kann nicht sagen, dass hier gar nichts passiert. Dörfer haben oft wertvolle Ortsbilder, in denen ein qualitatives Wachstum einem quantitativen vorzuziehen ist. Und dieses braucht halt mehr Zeit.»

Laupen (BE), wo ein umfassendes Entwicklungskonzept 2020 in einer Urnenabstimmung abgelehnt wurde. Mit einer engeren Einbindung der Bevölkerung und einer besseren Kommunikation hofft man nun auf ein Gelingen im zweiten Anlauf.

Fredy Gilgen

EspaceSuisse gibt Rat

Hilfe für die Gemeinden gibt es bei EspaceSuisse (www.espacesuisse.ch), dem Schweizer Raumplanungsverband. Diesem Verband sind aktuell rund 1500 Gemeinden, in denen zwei Drittel der Bevölkerung leben, angeschlossen. Er informiert, berät und unterstützt Kantone, Städte, Gemein-

den und private Unternehmen in Planungs-, Bau- und Rechtsfragen. Mit massgeschneiderten Angeboten – im Sinne einer Erstberatung – unterstützt die Siedlungsberatung von EspaceSuisse Dörfer und Gemeinden in der qualitätsvollen, räumlichen Entwicklung.

Mehr Biodiversität dank einer neuen Pachtvergabe

Möriken-Wildegg nutzt die Neuvergabe der Pacht, um die Artenvielfalt auf ihrem Landwirtschaftsland zu fördern. In einem offenen Wettbewerb müssen die Bewerbenden ihre Strategien im Bereich Naturschutz ausweisen.



Gelungene Umsetzung eines Kleingewässers mit Steinhaufen und Rückzugsstreifen. Ein neuer Lebensraum für Amphibien und Kleinsäuger.

Bild: Christian Flierl

Manchmal bietet ein ganz gewöhnliches Ereignis Anlass für eine kleine Revolution. Vor vier Jahren liess sich in Möriken-Wildegg (AG) ein Landwirt pensionieren. Weil aus der Familie niemand den Betrieb weiterführen wollte, wurden drei Pachtparzellen der Ortsbürgergemeinde frei. Diese wollte ihr Land nun aber nicht mehr ohne Auflagen abgeben. Mit der Neuvergabe sollte eine zukunftsfähige, ökologisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft gefördert werden.

Nur: Traditionellerweise wird die Vergabe von gemeindeeigenem Pachtland in Möriken-Wildegg – wie in vielen Schweizer Gemeinden – mit einem Griff

in den Lossack entschieden. Die Wahrscheinlichkeit, dass der beste Kandidat das Los bekommt, ist so also ziemlich gering. Deshalb entstand die Idee, die drei Parzellen über einen Wettbewerb zu vergeben. «Alle Bewerber sollten mit einheitlichen Zuschlagskriterien verglichen und bewertet werden», erklärt Gemeinderat Beat Fehlmann, Initiator des Projekts.

Bevölkerung unterstützt das neue Verfahren

Das neue Verfahren habe für Aufrührer unter den Landwirten gesorgt, sagt Beat Fehlmann. «Aber die Bevölkerung stand immer hinter uns.» Derart be-

stärkt, beschloss der Rat, das Verfahren auf sämtliche Landwirtschaftsparzellen der Ortsbürger- und der Einwohnergemeinde auszuweiten. Der Kanton Aargau unterstützte das Vorhaben und stellte seine Parzellen ebenfalls unter das neue Pachtregime. Insgesamt kamen so 50 ha Agrarland zusammen. Damit eröffnete sich eine grosse Chance für die Natur: Mit dem Einbezug aller Pachtflächen kann die Gemeinde nicht nur die nachhaltige Landwirtschaft auf ihrem Gebiet stärken, auch grossräumige Vernetzungen lassen sich einfacher realisieren.

Auf den Sommer 2020 wurden alle Pachtverträge gekündigt und ein Wett-

bewerb ausgeschrieben. Um einen fairen, transparenten Prozess sicherzustellen, engagierte die Gemeinde ein externes Beratungsbüro. «Ohne Beratung durch Profis wären wir viel angreifbarer gewesen», erklärt Beat Fehlmann. «Die Agrofutura AG hat uns in pachtrechtlichen Belangen, aber auch bei der Erarbeitung des Kriterienkatalogs unterstützt.» Neu sollten die Bewerber auch ihre Strategie zur Förderung der Biodiversität und zur nachhaltigen Bewirtschaftung vorweisen.

Vernetzungen für Amphibien und Feldhasen

Der Katalog enthält mehrere Zulassungs- und Eignungskriterien. Am Wettbewerb zugelassen war zum Beispiel nur, wer bereit war, am kantonalen Vernetzungsprogramm Labiola teilzunehmen. Vernetzungen sieht auch das räumliche Gesamtkonzept der Gemeinde Möriken-Wildegg vor: Demnach soll für die Amphibien in der Ebene zwischen den Bünzauen und dem Chestenberg – einem Waldgebiet mit zahlreichen Bächen und Feuchtstellen – eine Querverbindung mit Tümpeln, Ast- und Steinhäufen geschaffen werden. Vorgesehen ist zudem, dass im Ackerbaugelände typische Offenlandarten wie Feldhase und Feldlerche gefördert werden, etwa mit kräuterreichen Säumen und der «weiten Saat»: Diese führt zu breiteren Getreidereihen, in deren Lücken die Junghasen Schutz finden und die Feldlerchen nisten können. Beide Arten kamen früher im Gemeindegebiet recht häufig vor, sind heute aber kaum mehr anzutreffen.

Damit diese Ziele erreicht werden können, hat Agrofutura ökologische Aufwertungen für einzelne Pachtflächen vorgeschlagen. Über entsprechende Bewirtschaftungsauflagen sollte sichergestellt werden, dass die Massnahmen auch umgesetzt werden. «Wer sich für das Land bewarb, wusste, was auf ihn zukommt», erklärt Gemeinderat Beat Fehlmann. «Wir wollten aber nicht alles bis ins letzte Detail vorgeben», ergänzt er. Die Landwirte sollten in ihren Bewerbungsdossiers selbst aufzeigen, welche Innovationen und Strategien sie verfolgen.

Sieben Filetstücke und sieben «Kleinpäckli»

Schliesslich bewarben sich sieben der neun im Dorf ansässigen Landwirte für das Pachtland. Dieses wurde in sieben «Filetpäckli» mit begerhtem Ackerland und sieben kleinere «Päckli» mit Klein- und Kleinstflächen aufgeteilt. Die Landwirte durften dann in der Reihenfolge



Beat Fehlmann, Initiant und verantwortlicher Gemeinderat für das Projekt der Aargauer Gemeinde Möriken-Wildegg, zusammen mit Brigitte Becker Steimen, Gemeinderätin und Betreuerin des Dossiers Landschaft. Bild: Christian Flierl

der Rangliste je ein Filet- und «Kleinpäckli» aussuchen. «Es gab natürlich auch Verlierer», sagt Beat Fehlmann, «aber niemand hat die Legitimität des Verfahrens grundsätzlich infrage gestellt.»

Auf einer Tour über die Möriker Ebene zeigt sich, was in den letzten zwei Jahren bereits realisiert wurde: Auf mehreren Parzellen stehen die Getreidereihen ungewöhnlich weit auseinander; mitten im Landwirtschaftsgebiet finden sich Tümpel, Kopfweiden, Hecken, Ast- und Steinhäufen. «Wir sind auf einem guten

Weg», erklärt Gemeinderätin Brigitte Becker Steimen, die das Dossier Landschaft vor einem Jahr von Beat Fehlmann übernommen hat. Das Projekt stosse auch bei anderen Gemeinden auf Interesse, erzählt sie. «Die Gesellschaft wünscht sich schöne und artenreiche Landschaften. Als Verpächter von Landwirtschaftsland verfügen die Gemeinden über grosse Hebel.»

Nicolas Gattlen
Pro Natura

Kostenloses Beratungsangebot für Gemeinden

Pro Natura unterstützt interessierte Gemeinden, Stiftungen und private Grundeigentümer dabei, die Biodiversität auf dem verpachteten Landwirtschaftsland zu fördern und die Verträge entsprechend anzupassen. Bei Bürgergemeinden und Korporationen übernimmt Pro Natura die Koordination und die Kosten für das Vorprojekt. Dieses beinhaltet folgende Arbeiten:

- Pro Natura vermittelt Sie an eine passende Fachberatung in Ihrer Region.
- Die Fachberatung stellt die konkreten Grundlagen und Rahmenbedingungen zusammen.
- Die Fachberatung erarbeitet einen Vorschlag für den Projektablauf, der eine Einschätzung von Zeitaufwand und Kosten sowie einen möglichen Zeitplan beinhaltet.

Die Ergebnisse des Vorprojekts bieten die Grundlage für Ihre Entscheidung, ein Projekt zur Förderung der Biodiversität auf landwirtschaftlichem Grundeigentum durchzuführen.

Erfahren Sie mehr: www.pronatura.ch/de/biodiversitaet-verpachten, mailbox@pronatura.ch oder 061 317 91 91

Planen und bauen mit Naturgefahren

Das integrale Risikomanagement hat sich etabliert. Doch bei der Prävention von Elementarschäden an Gebäuden gilt es noch Lücken zu schliessen, damit die Risiken trotz hoher Bebauungsdichte und Wetterextremen tragbar bleiben.



Dieses von einem Murgang beschädigte Haus stand offensichtlich zu nahe am Bach.

Bild: zvg/schutz-vor-naturgefahren.ch

Als Alpenland lebt die Schweiz seit je mit Naturgefahren. Ein Beispiel für das naturgefahrengerechte Bauen zum Schutz vor Steinschlag und Lawinen ist das sogenannte Ebenhöch – Naturgefahren haben nicht nur die Raumplanung, sondern auch die Schweizer Baukultur geprägt. Damit kommt den Gemeinden beim Schutz vor Naturgefahren eine Schlüsselrolle zu.

Von der Gefahrenerkennung zum Risikomanagement

Mit der Ausdehnung des Siedlungsraumes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der Lenkungsbedarf in der Raumplanung immer offensichtlicher. Die besonders gefährdeten Gebiete zu meiden, genügt allerdings nicht: Dies ist spätestens seit den Hochwassern von 2005 und 2007 klar. Auch

in Gebieten geringer Gefährdung kann das Schadenpotenzial – und damit das Risiko – erheblich sein.

Es braucht eine ganzheitliche Sichtweise und eine dem Schadenrisiko entsprechende kommunale Bewilligungspraxis, um den Siedlungsraum nachhaltig und möglichst sicher nutzen zu können. In den Baunormen SIA 261 und SIA 261/1 werden konkrete Schutzziele vorgegeben, abgestuft nach Bauwerksklasse und Gebäudenutzung.

Handlungsbedarf beim Schutz von Gebäuden

Über eine Milliarde Franken Gebäudeschäden haben die Unwetter im Sommer 2021 verursacht. Sie übertrafen damit sogar jene der Jahrhunderthochwasser vom August 2005. Auch im langjährigen Durchschnitt liegen die Ele-

mentarschäden an Gebäuden in der Schweiz bei rund 300 Millionen Franken pro Jahr – hauptsächlich verursacht durch Hagel, Sturm und Überschwemmungen. Dabei wird etwa jeder zweite Überschwemmungsschaden nicht von ausufernden Bächen, Flüssen oder Seen, sondern von lokalen Starkregen (Oberflächenabfluss) verursacht – also von Wetterereignissen, die schweizweit jederzeit auftreten können.

Die Gefährdungskarte Oberflächenabfluss zeigt, wo sich aufgrund der Topografie und der Beschaffenheit des Bodens besonders viel Wasser ansammeln kann. Damit liegt ein wichtiges Planungswerkzeug vor, das für den Gebäudeschutz ebenso wesentlich ist wie die kantonalen Gefahrenkarten. Der Naturgefahren-Check auf www.schutz-vor-naturgefahren.ch kombiniert sämtliche

verfügbaren Gefahren- und Gefährdungskarten in einem Instrument und dient somit als wertvolles Hilfsmittel für die Einschätzung der Gefährdung an jedem beliebigen Standort in der Schweiz.

Prävention hat grosses Potenzial

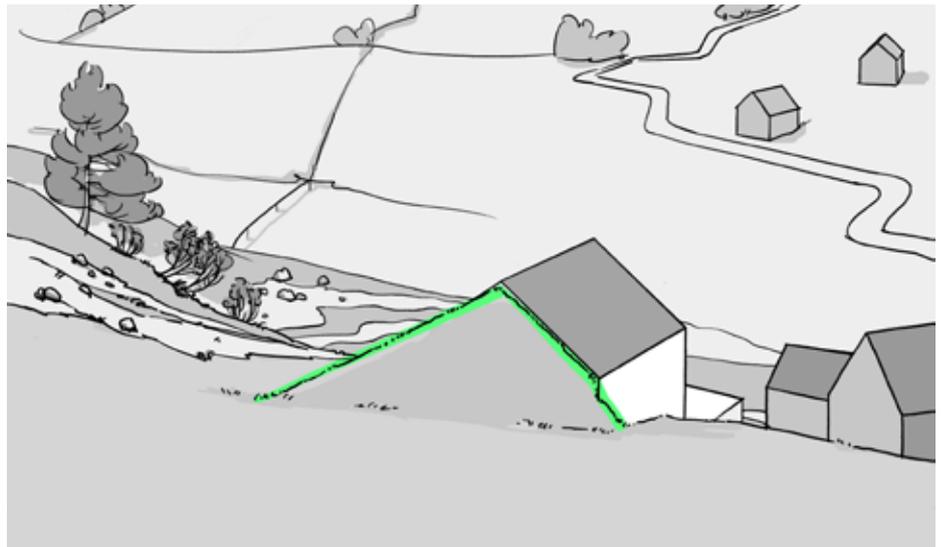
Die Zunahme der Elementarschäden ist auch der gestiegenen Wertkonzentration und einer zu wenig an die Naturgefahren angepassten Bauweise zuzuschreiben: Gebäude stehen beispielsweise zu nahe am Bach, verfügen über eine sensible Gebäudetechnik, tendenziell hagelanfällige Fassaden und intensiv genutzte Untergeschosse. Auch das klimabedingt häufigere Auftreten von heftigen Stürmen und Starkregen erhöht das Risiko.

Leider werden Naturgefahren bei Bauprojekten oft zu spät erkannt und in der Planung zu wenig berücksichtigt. Viele Schäden sind also sprichwörtlich hausgemacht und könnten mit einer naturgefahrengerechten Bauweise verhindert werden: Eine Schwelle vor der Tiefgaragenzufahrt schützt diese beispielsweise dauerhaft vor Wassereintritt; dieselbe Wirkung haben erhöhte Lichtschächte. Bei Neubauten besonders effizient ist die Erhöhung des Erdgeschosses mit allen Zugängen über das Niveau der maximalen Überflutungshöhe. Auch die Umgebungsgestaltung bietet grosses Präventionspotenzial, indem das abfliessende Wasser gezielt um das Gebäude herum- und schadlos abgeleitet wird.

Einen besonders positiven Einfluss hat ein wirksamer Hagelschutz, denn bereits kleine, zwei Zentimeter grosse Hagelkörner können grossräumig Lamellenstoren massiv beschädigen. Die konstruktionsbedingt besonders verletzlichen Storen sollten daher bei Hagel immer hochgezogen werden. Am effizientesten gelingt dies mithilfe einer automatisierten Lösung. Für alle anderen Elemente der Gebäudehülle gibt es inzwischen zahlreiche hagelgeprüfte Bauprodukte verschiedener Hagelwiderstandsklassen im Handel. Dabei empfiehlt es sich je nach Gefährdung, Bauteil und zur Verfügung stehenden Bauprodukten, einen minimalen Hagelwiderstand von HW3 oder HW4 zu wählen, was dem Schutz vor einem drei beziehungsweise vier Zentimeter grossen Hagelkorn entspricht.

Vorausschauend planen und bauen

Naturgefahrnsicheres Bauen beginnt mit einer weitsichtigen Planung, die den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes und dessen Umgebung im Blick



Ein «Ebenhöch» schützt vor Steinschlag und Lawinen: Naturgefahren haben die Baukultur in der Schweiz geprägt.

Bild: zvg/schutz-vor-naturgefahren.ch

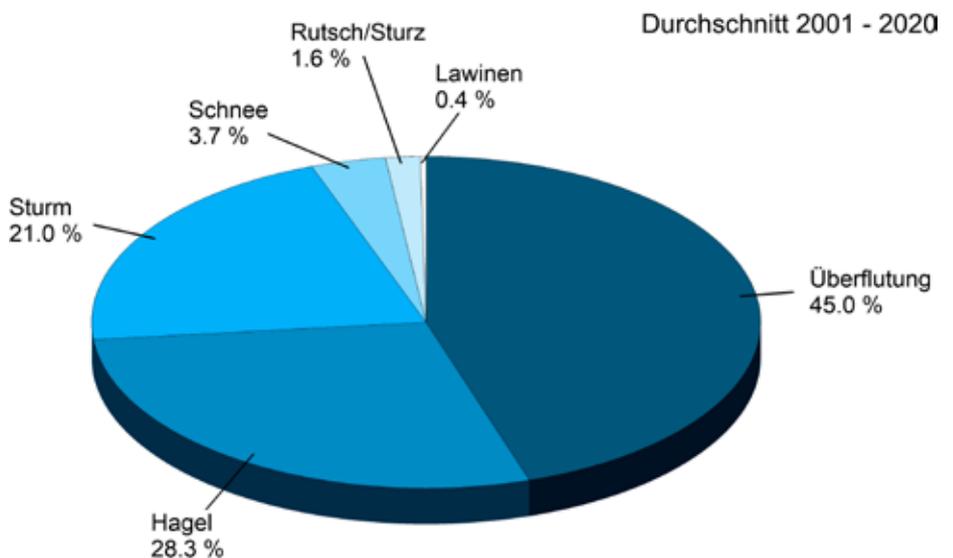
hat. Sofern Bauherrschaften und Gemeinden frühzeitig an den Gebäudeschutz denken und gemeinsam mit planenden und ausführenden Unternehmen fachübergreifende Lösungen erarbeiten, können nachhaltige bauliche Gesamtlösungen entstehen – vielfach sogar ohne Mehrkosten.

Auf kommunaler Ebene ist eine übergeordnete Perspektive nötig, die den Fokus nicht auf einzelne Gebäude, sondern auf ein umfassendes Schutzkonzept für ganze Areale und Quartiere legt. Eine ganzheitliche Betrachtungsweise über die Parzellengrenzen hinaus ist für Gemeinden unabdingbar. Präventive Vorkehrungen von Privaten gemeinsam mit der öffentlichen Hand schaffen so einen wichtigen Beitrag zu mehr Sicherheit für alle.

Benno Staub
Bereichsleiter
Naturgefahren-Prävention
Vereinigung Kantonaler
Feuerversicherungen (VKF)

Informationen:

Der Naturgefahren-Check auf www.schutz-vor-naturgefahren.ch unterstützt Bauherrschaften, Planende und Behörden bei einer standortbezogenen Gefahrenabklärung und empfiehlt geeignete Schutzmassnahmen.



Quelle: Schadenstatistik der VKG

Anteil der verschiedenen Ursachen an den Elementarschäden in 19 KGV-Kantonen von 2001 bis 2020.

Grafik: zvg/Vereinigung Kantonaler Gebäudeversicherungen VKG

Brachliegendes Potenzial im Boden

Der Boden unter unseren Füßen ist nicht nur für Landwirte oder Biologen von Interesse. Die Informationen, die in ihm schlummern, sollten auch bei der Raumplanung Berücksichtigung finden.



Mitarbeiterinnen des KOBO analysieren ein Halbmoor in der bernischen Gemeinde Diemerswil.

Bild: KOBO

Wer sich nicht gerade beruflich damit beschäftigt, macht sich gemeinhin nicht allzu viele Gedanken über unsere Böden. Dabei erbringen die Böden, die sich in der Schweiz vor allem seit der letzten Eiszeit vor über 10 000 Jahren gebildet haben, zahlreiche wichtige Leistungen für unsere Gesellschaft: Der Boden ist die Basis unserer Nahrungsmittelversorgung, reguliert den Wasserhaushalt, prägt das Klima und stellt Lebensraum für Fauna und Flora dar. So fließt die Beschaffenheit des Bodens letztlich gar in raumplanerische Überlegungen von Gemeinden und Kantonen mit ein – oder zumindest sollte sie das.

Allerdings: «Im Vergleich zu Wasser oder Wald ist unser Boden nach wie vor eine etwas stiefmütterlich behandelte Ressource», sagt Marion Wallner. Sie ist

beim Kompetenzzentrum Boden der Berner Fachhochschule – dem sogenannten KOBO in Zollikofen – für die Kommunikation verantwortlich.

Tatsächlich sind flächendeckende Bodeninformationen, die den Schweizer Boden in seinem Aufbau und seiner Qualität beschreiben, erst an wenigen Standorten verfügbar. Gerade einmal 13 Prozent der Landwirtschaftsfläche sind bislang in ausreichender Qualität kartiert. Ein Prozentsatz, der deutlich höher liegen dürfte, bieten Bodenkarten den Gemeinden und Kantonen doch zahlreiche wertvolle Entscheidungsgrundlagen.

Im Einsatz für eine effizientere Bodenkartierung

Deutlich wird dies etwa beim freiburgischen Projekt Chamblieux-Bertigny, wo

zwischen den Gemeinden Granges-Paccot und Villars-sur-Glâne ein neues, urbanes Zentrum entstehen soll. In diesem Gebiet testet das KOBO als nationale Fachstelle zuhanden von Bund und Kantonen neue Kartierungsmethoden und erstellt dabei Bodenkarten.

Die Bodenkarten des KOBO sollen den Verantwortlichen dabei helfen, zu eruieren, wie sie die Leistungen des Bodens optimal nutzen können. «So wird das Thema Bodenqualität schon frühzeitig in den raumplanerischen Entscheidungsprozess einbezogen», sagt Marion Wallner.

Und ihre Kollegin, die Pedologin – Fachjargon für Bodenkundlerin – Dr. Lucie Greiner, ergänzt: Ziel des KOBO sei es, die fachlich-methodische Weiterentwicklung der Bodenkartierung und der



«Im Vergleich zu Wasser oder Wald ist unser Boden nach wie vor eine etwas stiefmütterlich behandelte Ressource.»

Marion Wallner, Kommunikationsverantwortliche KOBO

Auswertungen für verschiedene Fragestellungen voranzutreiben, damit diese in Zukunft rascher und günstiger vorstatten gehen könne.

Dafür testet das Kompetenzzentrum aktuell ein eigens entwickeltes Bohrfahrzeug, das Bodenproben bis in eine Tiefe von rund anderthalb Metern entnehmen kann. Daneben kommen auch spektroskopische Analysemethoden von Bodeneigenschaften zum Einsatz. Sie erlauben es, Bodeneigenschaften wie Humusgehalt, Korngrösse oder pH-Wert zeit- und kosteneffizient zu bestimmen.

Landwirtschaftsfläche oder Schutzgebiet?

Sind diese Parameter und Eigenschaften einmal bekannt, erleichtern sie den zuständigen Behörden die Planung und die zielgerichtete Nutzung des Bodens ebenso wie den Bauern eine nachhaltige Bewirtschaftung der Böden. Dies umfasst in vielen Regionen der Schweiz beispielsweise auch die Bewässerung beziehungsweise die Trockenheit der Böden. In vielen Kantonen besonders aktuell ist derzeit etwa die Frage nach den Fruchtfolgeflächen beziehungsweise deren Kompensation bei Bauvorhaben. Als Beitrag zur Versorgungssicherheit ist jeder Kanton verpflichtet, eine gewisse Fläche der besten ackerfähigen Böden, die Fruchtfolgeflächen, zu erhalten. Gleichzeitig sind die Behörden aber auch daran interessiert, einen gewissen Anteil an Böden aus ökologischen Gründen zu schützen oder Böden mit hoher Filterfunktion für Grundwasserschutzzonen auszuweisen.

Unter Berücksichtigung der bodenkundlichen Eigenschaften im Gebiet arbeitet das KOBO im bernischen Dierswil etwa daran, Karten zum Wasser- und Nährstoffspeichervermögen der Böden zu erstellen. Liegen diese vor, lässt sich ableiten, wie gut ein Boden Nährstoffe speichern, filtern oder transformieren kann. Dies schliesst auch den Humus der Böden ein. So kann beispielsweise die landwirtschaftliche Produktionsintensität auf den jeweiligen Standort angepasst und können übersteigerte Nährstoffeinträge in

Gewässer verhindert werden. «Bodenschutz heisst immer auch Gewässerschutz», zitiert Marion Wallner ein Bonmot unter Bodenkundlern.

Ob Hochwasser oder Klimaerwärmung: Der Boden ist ein Multitalent

Gemeinden und Kantone erhalten mit den Bodenkarten aber auch wichtige Informationen punkto Schutz vor Naturgefahren, namentlich vor Hochwassern. So kann ein tiefer, versickerungsfähiger Boden wie ein riesiger Schwamm wirken und grosse Wassermengen absorbieren. Sind sich Behörden dessen bewusst, werden sie die Bodeninformationen vielleicht nutzen, um gezielt die Ausweisung von Bauzonen beziehungsweise die Versiegelung von Böden zu steuern. «Eine Gefahrenkarte, die die Dimension Boden ebenfalls beinhaltet, bietet immer ein vollständigeres Bild», sagt Dr. Lucie Greiner dazu.

Ein weiterer Parameter, der aufgrund der Klimaerwärmung gerade in den Städten zunehmend wichtiger wird, ist



«Eine Gefahrenkarte, die die Dimension Boden ebenfalls beinhaltet, bietet immer ein vollständigeres Bild.»

Dr. Lucie Greiner, KOBO-Pedologin

die Fähigkeit von Böden, die Luft durch Verdunstung abzukühlen. Ist sich ein Gemeinderat bewusst, welche Böden besonders kühlende Eigenschaften haben, kann er damit der Entstehung von Hitzeinseln besser vorbeugen.

«Klar, es hängt immer auch von der Werterhaltung und von den vorhandenen Ressourcen ab. Persönlich denke ich aber, dass in den Gemeinden das Interesse für die Böden und ihre wichtigen Dienstleistungen für uns Menschen vorhanden ist», sagt Dr. Lucie Greiner. Was sie aber auch weiss:



Welche Eigenschaften verstecken sich in dieser tiefgründigen Braunerde? Der Schweizer Boden hat sich in den letzten 10 000 Jahren gebildet.

Bild: KOBO

Schreiten die Bodenkartierungen im selben Tempo voran wie bis anhin, wird es noch mehrere Generationen dauern, bis die landwirtschaftlichen Flächen und die Waldböden der Schweiz systematisch kartiert sind.

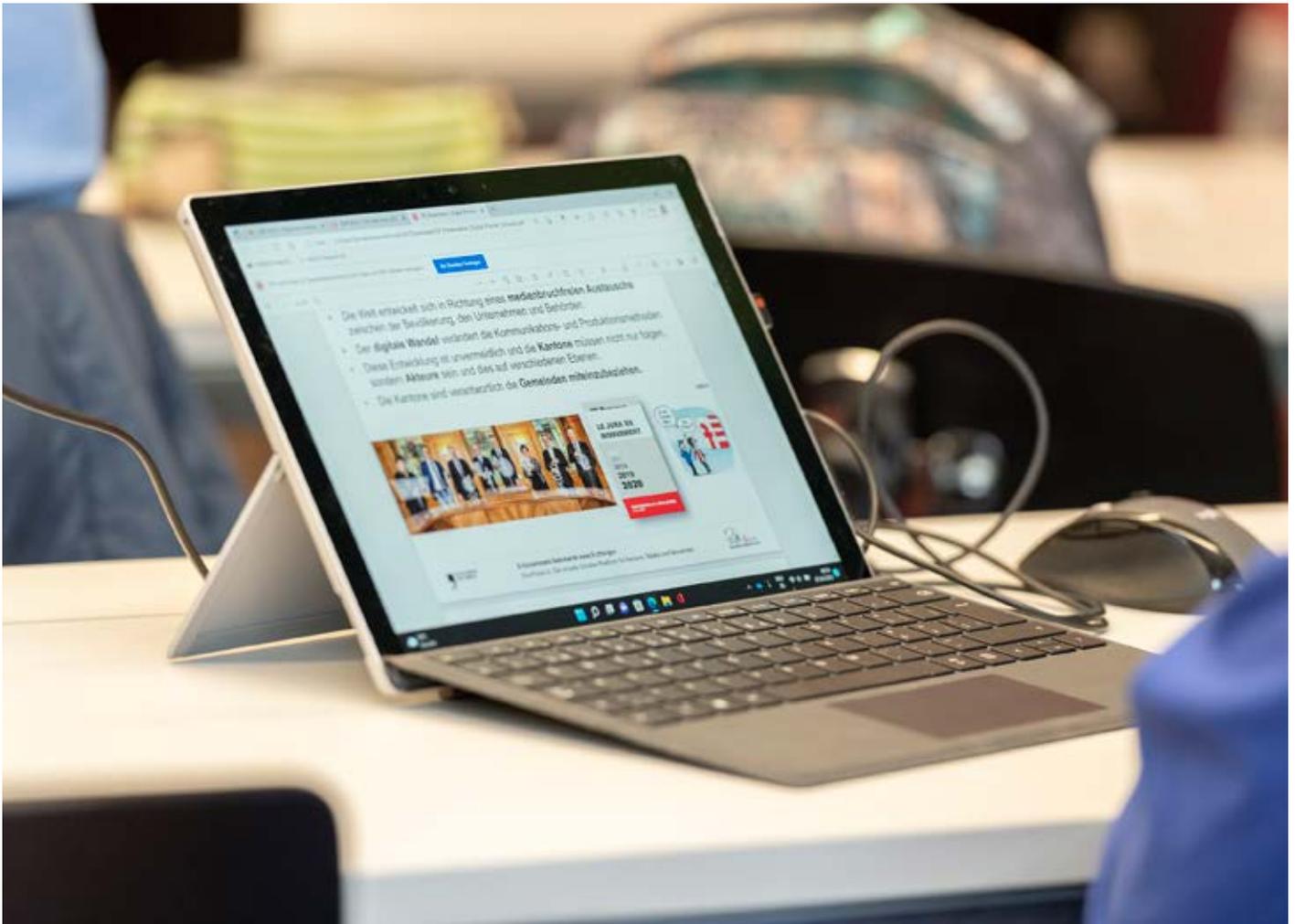
Was im Umkehrschluss bedeutet, dass es für viele Gemeinden und Kantone noch keine Bodendaten gibt, die sie in ihre Richt- und Nutzungspläne miteinbeziehen können. Auch deshalb nimmt

das KOBO, ebenso wie einige Kantone zusammen mit privaten Ingenieurbüros, laufend neue Projekte in Angriff. Nicht (nur), um neue Bodendaten zu erhalten, sondern vor allem, um die heutigen Methoden zu erneuern, zu verbessern und zu beschleunigen. Langfristiges Ziel ist es, dass alle Kantone und Gemeinden bei der Abwägung von Nutzungsinteressen die Qualität der Böden in ihren Richt- und Nutzungsplänen berücksichtigen können.

Fabio Pacozzi

Digitalisierung: Gemeinden geben sich schlechte Noten

Eine Mehrheit der Gemeinden sieht in der digitalen Transformation vor allem Chancen, ist mit der eigenen Umsetzung aber unzufrieden. Dies zeigt die zweite Gemeindebefragung des Vereins «Myni Gmeind» mit dem SGV und TransferPlus.



Viele Gemeinden sehen sich in Sachen Digitalisierung noch ganz am Anfang.

Symbolbild: Sandra Stampfli

Wie bei der ersten Durchführung vor einem Jahr beurteilen die Schweizer Gemeinden die digitale Transformation in der grossen Gemeindebefragung durchaus positiv: Fast sämtliche Befragten (97 Prozent) berichten, dass ihre Gemeinde mit dem Thema Digitalisierung mehr Chancen als Risiken verbindet und ebenso viele (98 Prozent) haben in ihrer Gemeinde innerhalb der letzten zwölf Monate konkrete Digitalisierungsprojekte realisiert oder zumindest initiiert. Die wichtigsten Beweggründe für

Aktivitäten sind die Steigerung der Effizienz, die Verbesserung des Kundennutzens und die Stärkung des Kontakts mit der Bevölkerung. An das Potenzial für «die Senkung der Kosten» (22 Prozent) und die «stärkere Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden» (23 Prozent) dank dem technologischen Wandel glauben offenbar weniger Gemeinden.

Die Attraktivität als Arbeitgeberin hat im Vergleich zum Vorjahr als Motivation stark an Bedeutung gewonnen (von 34

Prozent auf 49 Prozent) – möglicherweise eine Konsequenz des Homeoffice während der Covid-19-Krise und ein Abbild des stark umkämpften Arbeitsmarktes wegen des Fachkräftemangels (siehe Abbildung 1).

Weiterhin grosser Handlungsbedarf

An der Umfrage teilgenommen haben vor allem Gemeindeführerinnen oder Stadtschreiber (62 Prozent), gefolgt von Vertreterinnen und Vertretern aus den Gemeinde- und Stadtpräsidien

Zur Umfrage

Diese Studie wurde an der «Suisse Public Smart» vom 23. Juni 2022 in Bern präsentiert. Die detaillierten Resultate sind auf www.myni-gmeind.ch/umfrage publiziert. Sie wurde finanziell durch Energie Schweiz unterstützt. An der Konzeption beteiligten sich Rolf Bosshard (Gemeindepräsident Tobel-Tägerchen, TG), Roman Cueni (Verwaltungsleiter Aesch, BL) und Patrick Aeschlimann (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Gemeinden der Ostschweizer Fachhochschule).

Studiensteckbrief:

Trägerschaft/Durchführung: Verein Myni Gmeind, Schweizerischer Gemeindeverband, TransferPlus AG Markt- und Meinungsforschung

Zeitraum/Methode: Mai 2022 / Computer Assisted Web Interview (CAWI)

Stichprobe: 760 Gemeinden (entspricht rund einem Drittel aller 2145 Gemeinden der Schweiz)

Statistischer Standardfehler: maximal $\pm 2,9$ Prozentpunkte bei einem Konfidenzintervall von 95 Prozent

(13 Prozent). Entsprechend werden die Einsatzmöglichkeiten vor allem bei der Modernisierung ihrer Behördenleistungen, der Kommunikation mit Bevölkerung und Wirtschaft und digitalen Dienstleistungen wie dem Online-Schal-

Welche Faktoren sind für den Erfolg von Digitalisierungsmassnahmen wichtig?

	2021	2022	
Steigerung der Effizienz	79 %	73 %	↘
Verbesserung Dienstleistungen und Kundennutzens für Bevölkerung und Wirtschaft	-	70 %	
Stärkung Kommunikation mit Bevölkerung	-	63 %	
Ermöglichung flexibler und attraktiver Arbeitsformen als Arbeitgeber	34 %	49 %	↗
Förderung innovative und flexible Behördenkultur	-	44 %	
Ermöglichung neuer Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger	-	39 %	
Erfüllung Anforderungen von Kanton oder Bund	45 %	39 %	↘
Verminderung Ressourcenverbrauch (Energie, Umwelt etc.) mit dig. Instrumenten	-	39 %	
Erhöhung Transparenz der Verwaltungsarbeit	41 %	34 %	↘
Bessere Vernetzung, stärkere Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden	-	23 %	
Senkung der Kosten	21 %	22 %	→
weitere	11 %	2 %	↘

Abbildung 1: Beweggründe für eine digitale Transformation

Grafik: zvg

ter verortet. Weniger wichtig scheint den Kommunen die Digitalisierung in Infrastrukturbereichen wie Werkhof, Mobilität und Immobilienmanagement (siehe Abbildung 2).

Die Erfolgsfaktoren für die digitale Transformation

Werden die Gemeinden aufgefordert, Erfolgsfaktoren für die Digitalisierung in eine Reihenfolge zu bringen, wird an erster Stelle der «politische Wille» (wichtigster Erfolgsfaktor) genannt, gefolgt von «genügenden personellen Ressourcen» und einer «offenen Kultur» als dritt wichtigstem Faktor (siehe Abbildung 3).

Die Defizite: kein Personal, mangelnde finanzielle Mittel, fehlende Kompetenzen

Hervorragende Voraussetzung für rasche Fortschritte, könnte man meinen. Mitnichten! Denn die Gemeinden schätzen den eigenen Entwicklungsstand pessimistisch ein: 58 Prozent sehen sich als Nachzügler in der Digitalisierung. Nur 2 Prozent bezeichnen sich selbst als Vorreiter. Und sie geben sich schlechte Noten, was den Stand in ihrer eigenen Gemeinde betrifft: Nur in zwei von dreizehn Kategorien bewerten sie sich als genügend. Sorgen bereiten den Verantwortlichen vor allem die Ressourcen: Es mangelt aus Sicht der Gemeinden vor

Bedarf nach Bereichen

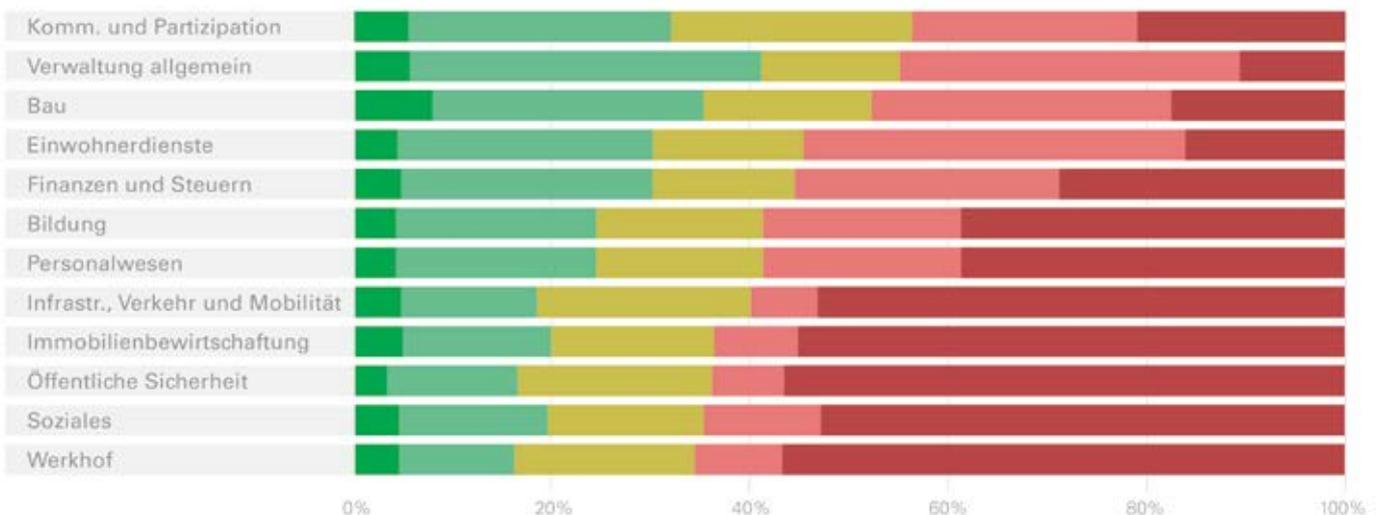


Abbildung 2: Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen

Grafik: zvg

Welche Faktoren sind für den Erfolg von Digitalisierungsmassnahmen wichtig?

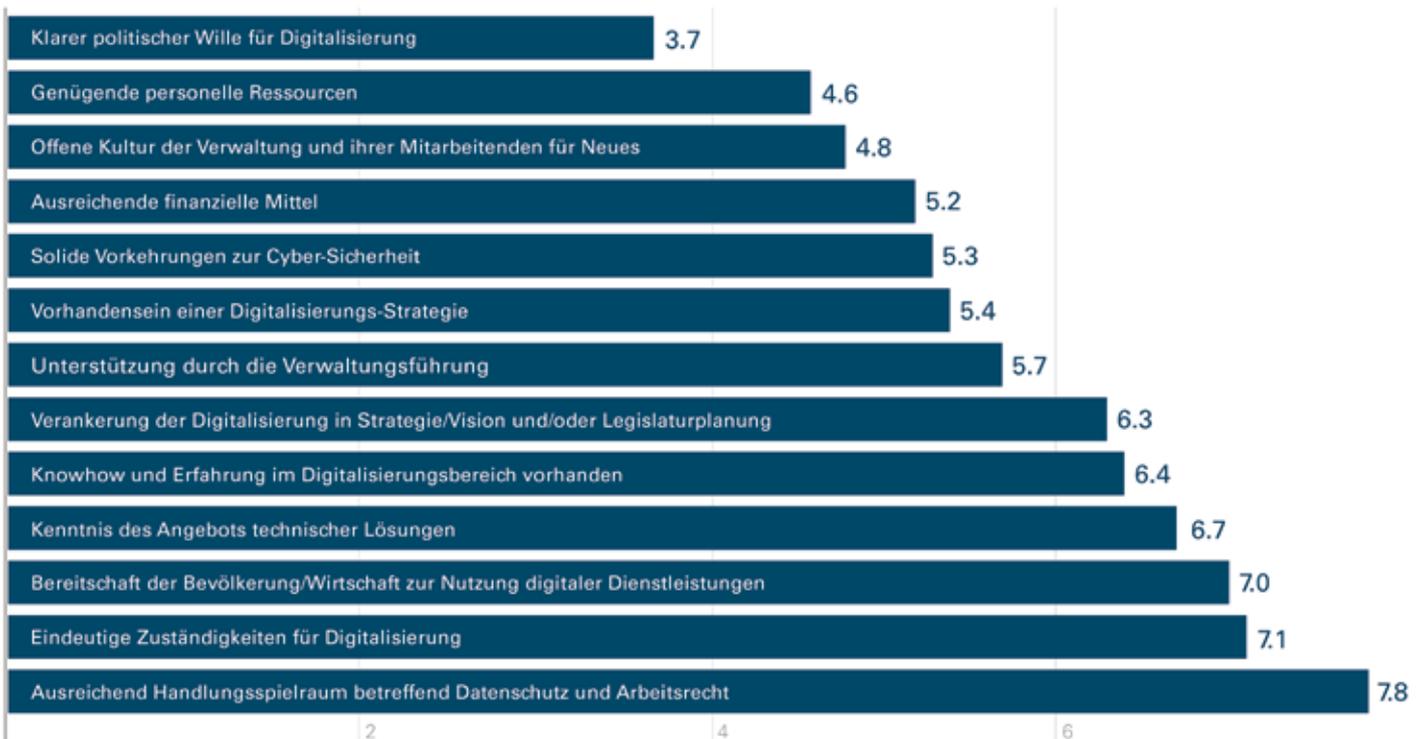


Abbildung 3: Erfolgsfaktoren für die digitale Transformation.

Grafik: zvg

allem an Personal, finanziellen Mitteln und den Kompetenzen, um die digitale Transformation meistern zu können.

Spannend: Vorreitergemeinden gehen strategischer und professioneller vor

Die Defizite durch Kooperation wettzumachen, steht jedoch nur für eine Minderheit im Fokus: Mit 29 Prozent ist der Anteil jener Gemeinden, die mit anderen Kommunen zusammenarbeiten (wollen), weiterhin sehr tief. Jene Gemeinden, die eine verantwortliche Stelle oder Person für die Digitalisierung bestimmt oder eine Digitalstrategie definiert haben, gehören deutlich häufiger zu den Vorreitern.

Wie können Gemeinden die Hindernisse überwinden?

Die Gemeindebefragung liefert dem Verein Myni Gmeind und dem Schweizerischen Gemeindeverband wertvolle Hinweise für die Ausgestaltung ihrer Unterstützungsangebote. So trifft das neue Weiterbildungsangebot für Gemeinden, der im Herbst 2022 zum zweiten Mal stattfindende Grundkurs Digital-Pionier, offensichtlich den Nerv der Zeit (www.digitalpionier.ch).

Viele Gemeinden kämpfen auch mit mangelnden finanziellen und personellen Mitteln. Daher müssen sich Gemeinden schwierigen Fragen stellen: Welche Aufgaben sollen sie als Kernprozesse selbstständig erfüllen, welche mit Part-

nern? Ist eine Fokussierung möglich, damit ihre Ressourcenlage ausreicht?

Die digitale Transformation bleibt ein Brennpunkt der aktuellen Gemeindeentwicklung. Wir danken allen Gemeinden für die Teilnahme und Experten aus dem Gemeindeumfeld für ihre Unterstützung (siehe Kasten). Schon heute sind wir gespannt auf die Resultate der Befragung 2023!

Joachim Tillessen
 Institut für Non-Profit und Public Management FHNW/HSW
 Mario Bazzani
 Geschäftsführer TransferPlus AG

Anzeige

Einstiegskurse Energie und Klima für Gemeinden Herbst 2022

🔗 Sie sind (neu) in Ihrer Gemeinde für Energie- und Klimafragen zuständig?

🔗 Sie möchten Handlungsansätze zur Energieeffizienz und zur Verringerung der Klimabelastung Ihrer Gemeinde kennenlernen?

Dann melden Sie sich gleich jetzt für die Kurse von EnergieSchweiz an: forumenergie.ch/gemeindekurse

Von der Chorleiterin zur Gemeindepräsidentin

Charlotte Gaugler ist die erste Frau im Gemeindepräsidium der kleinen Baselbieter Gemeinde Lampenberg. Sie möchte mit ihrem Engagement der Gesellschaft etwas zurückgeben.



Sie schätzt die Vielfalt: Charlotte Gaugler aus Lampenberg (BL).

Bild: Nadja Sutter

Als Charlotte Gaugler 2019 als erste Frau ins Gemeindepräsidium von Lampenberg (BL) gewählt wurde, hatte sie bereits etwas Exekutiverfahrung: Sie hatte davor während langer Jahre einen Chor geleitet. «Dort habe ich gelernt, eine Gruppe von Menschen zusammenzuhalten», sagt sie. Dann lacht sie und erzählt: «Als ich meine erste Einwohnergemeindeversammlung eröffnete, sagte ich: «Ich habe kein Problem, vor Leute hinzustehen, aber heute werden wohl nicht alle so singen, wie ich will.» Die Anwesenden hätten gelacht und am Schluss der Versammlung habe jemand gefragt, ob sie zufrieden sei, wie die Leute gesungen hätten. Es habe keine Beanstandungen gegeben, erinnert sich Charlotte Gaugler, immer noch mit einem Lächeln.

Heute ist Charlotte Gaugler schon fast eine routinierte Gemeindepräsidentin. Die «Schweizer Gemeinde» hat sie anlässlich des von Bundesrätin Simonetta Sommaruga initiierten Treffens von rund 160 Gemeinde- und Stadtpräsidentinnen in Bern getroffen. Ein sehr verbindender Anlass, findet Charlotte Gaugler. Von den Städten über Agglomerationsgemeinden bis hin zu kleinen Berggemeinden war die ganze Schweiz vertreten.

Charlotte Gauglers Gemeinde Lampenberg ist eine der kleineren Gemeinden der Schweiz: Sie hat rund 550 Einwohner und liegt inmitten der Natur. «Es ist ein echtes Baselbieter Dorf, mit freundlichen, engagierten Menschen, viel Vereinsleben, einem wunderbaren Aussichtspunkt, vielen Kirschen und Bienen.»

Vielseitig engagiert

Charlotte Gaugler sagt: «Im Alltag bin ich von einigen Präsidentinnen umgeben. Das neutralisiert so manches Problem.» Sie und ihre Kolleginnen sind eine Minderheit. Frauen besetzen ungefähr 16 Prozent aller Gemeindepräsidien der Schweiz; im Kanton Basel-Landschaft sind es etwas mehr, nämlich 30 Prozent. «Vielleicht trauen sich viele Frauen das Amt nicht zu? Oder sie engagieren sich lieber im sozialen Bereich?», mutmasst Charlotte Gaugler. Von Quoten hält sie allerdings nichts. Sie ist überzeugt: «Wenn diejenigen Leute gewählt würden, die sich wirklich engagieren wollen, wäre der Geschlechterunterschied nicht so gross.»

So jemand ist Charlotte Gaugler. Bevor sie 2015 in den Gemeinderat gewählt wurde, war sie bereits im Kirchenrat, in der Sozialhilfebehörde und in der Per-

sonalkommission des Kantonsspital Baselland aktiv. «Ich durfte viel Schönes erleben und hatte viel Glück im Leben. Nun möchte ich der Gesellschaft etwas zurückgeben.» Sie sieht sich nicht unbedingt als «Chefin», sondern eher als die Person, die in der Gemeinde alles zusammenbringt.

Zu sich stehen

Am meisten Spass macht ihr das Amt dann, wenn sie ein kniffliges Problem lösen konnte oder ein fruchtbares Gespräch führen durfte. Oder wenn sie eine konstruktive Idee entwickeln oder aufnehmen und danach auch umsetzen konnte. Dabei ist es ihr wichtig, im Amt stets sich selbst zu bleiben. «Man muss eine Meinung haben und zu sich stehen.» Es allen recht machen zu wollen und nicht Nein sagen zu können, das funktioniere nicht. Das habe sie lernen müssen.

Wichtig ist es ihr, den Konsens zu suchen und die Vielfalt wertzuschätzen. Das habe sie bereits als Chorleiterin gelernt. «Nur wenn wir alle uns selbst sind, gewissermassen unsere ganz eigene Farbe, können wir alle zusammen zu einem Regenbogen werden und leuchten.»

Nadja Sutter

Erstes Treffen der Gemeinde- und Stadtpräsidentinnen

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat die Gemeinde- und Stadtpräsidentinnen der Schweiz am 11. Juni zu einem Treffen in Bern eingeladen. Rund 160 Gemeinde- und Stadtpräsidentinnen aus der Schweiz kamen zusammen. Das Treffen war eine Premiere. Derzeit werden rund 16 Prozent der 2145 Schweizer Gemeinden und Städte von einer Frau geleitet, dies entspricht rund 340 Präsidentinnen.

Agenda 2030 – eine globale Agenda mit lokalem Motor

Wenige Themen verbinden so stark wie die nachhaltige Entwicklung. Von der UNO bis zur abgelegensten Berggemeinde suchen alle einen Weg, um wirtschaftliche, ökologische und soziale Themen in ein Gleichgewicht zu bringen.



Der Länderbericht der Schweiz vor dem Bundeshaus.

Bild: zvg/EDA

Die UNO-Mitgliedsstaaten haben als globalen Rahmen im Jahr 2015 die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet, welche die gemeinsamen Anstrengungen in 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung zusammenfasst. Gemeinsam streben alle Mitgliedsstaaten an, die Ziele bis 2030 zu erreichen – so auch die Schweiz.

Sie umzusetzen stellt ein gesamtgesellschaftliches Vorhaben dar. Der Bund alleine kann dies nicht erreichen – die Nähe und Expertise derjenigen, die die Herausforderungen der Bevölkerung hautnah miterleben und den Handlungsbedarf direkt sehen, ist unerlässlich. Die globale Agenda braucht deshalb lokale Aktionen.

Alle vier Jahre präsentiert die Schweiz in der Form eines Länderberichts, wo sie in der Umsetzung der Agenda 2030 steht. Für den Länderbericht 2022 wurde eine breit angelegte Bestandsaufnahme durchgeführt, die sowohl die Einschätzungen und Aktivitäten des Bundes als auch von den Kantonen, Gemeinden und Akteuren aus der Wirt-

schaft, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft erfasst.

Einen besonderen Fokus richtet der Bericht auf die in der bundesrätlichen Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 definierten Schwerpunktthemen. Diese sind nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion, Klima, Energie und Biodiversität sowie Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt.

Die Bestandsaufnahme zeigt, dass viele Gemeinden innovative Massnahmen ergriffen haben, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung anzugehen. Gerade auch hinsichtlich der Schweizer Schwer-

punktthemen sind wegweisende Ansätze zu verzeichnen.

Beispielsweise fördert die Einwohnergemeinde Wohlen bei Bern die Elektromobilität, indem sie in Zusammenarbeit mit Sponti-Car der Bevölkerung zwei Elektrofahrzeuge im Carsharing anbietet, die in Hinterkappelen und Uetligen unkompliziert gemietet werden können. Eine Zusammenstellung der Aktivitäten, die die verschiedenen Akteure und Gemeinden durchführen, können auf der Plattform www.SDGital2030.ch eingesehen werden.

Henrike Beckmann
Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Informationen:
www.SDGital2030.ch

Der Gemeindeverband am Hochrangigen Politischen Forum der UNO in New York

2145 Gemeinden zählt die Schweiz – eine grosse Chance, um zahlreiche bürgernahe Initiativen zu realisieren. Die Gemeinden fungieren als «Ideen-Labore» und sind damit zentral für die Umsetzung der Agenda 2030. Im Bereich der Nachhaltigkeit gibt es kein universelles, für alle gültiges Modell, und das ist gut so. Vielmehr geht es darum, die 17 Ziele der UNO an die Lebenswelten vor Ort anzupassen. Die Agenda ist kein Ziel an sich, sondern ein Arbeitsinstrument, mit dem gesellschaftliche, wirtschaftliche und umweltrelevante Themen in die Politik integriert werden können. Für die Gemeinden und die Milizpolitikerinnen und -politiker ist die Agenda 2030 deshalb ein Mehrwert. Sie gibt einen roten Faden vor, um die immer komplexer werdenden Dossiers auf Gemeindeebene anzupacken.

Der Schweizerische Gemeindeverband wurde eingeladen, als Teil der Schweizer Delegation nach New York zu reisen, um den dritten Länderbericht (VNR) der Schweiz zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 am Hochrangigen Politischen Forum der UNO zu präsentieren. Der SGV ist der Einladung gefolgt und war mit seiner Delegierten Manon Röthlisberger vertreten. Sie nahm unter anderem am runden Tisch «Swiss VNR Lab» teil, um die wichtige Rolle der Gemeindeebene bei der Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele zu unterstreichen.

Manon Röthlisberger



Lernwelten für geflüchtete Kinder

Asyl- und Durchgangszentren bieten für Kinder oftmals kaum geeignete Räume. Forschende der HSLU haben darum modulare Lernwelten für geflüchtete Kinder entwickelt. Das Konzept stellen sie Gemeinden zur Verfügung.



Die modulare Lernwelt im Einsatz im Durchgangszentrum Biberhof in Biberbrugg (SZ).

Bild: zvg/HSLU/Priska Ketterer

In Zentren für Asylsuchende treffen begleitete und unbegleitete Kinder verschiedener Altersstufen und Muttersprachen aufeinander. Sie haben in der Schweiz nicht nur ein Recht darauf zu lernen, sondern sind im Hinblick auf ihre persönliche Entwicklung auch für ihren späteren beruflichen Werdegang darauf angewiesen. Die Verantwortung dafür, dass der Schulbesuch möglich ist, liegt bei den Kantonen, die die Durchgangszentren betreiben.

Die Kinder und Jugendlichen in bestehenden Schulklassen der Standortgemeinden unterzubringen, ist oft nicht möglich, und die meist beengten Wohn- und Lebensverhältnisse von Asyl- und Durchgangszentren erlauben kaum konzentriertes Lernen. Das Kompetenzzentrum Typologie & Planung in Architektur (CCTP) der Hochschule Luzern (HSLU) hat sich zusammen mit Partnerinnen und Partnern aus Regierung und

Wirtschaft mit dem Thema Flucht auseinandergesetzt, insbesondere mit den Herausforderungen für Kinder. Das Resultat waren modulare Lern- und Spielwelten für geflüchtete Kinder. «Motirō» heisst das Projekt, das bedeutet in der Tupi-Guarani-Sprachgruppe indigener Völker Lateinamerikas «gemeinsam etwas Gutes schaffen».

Es handelt sich um modulare Lern- und Spielwelten, die Rückzugsmöglichkeiten bieten und kindergerecht gestaltet sind. Mit wenigen Handgriffen lassen sich Kisten und Tische verschieben; Motirō kann als Schulzimmer dienen und wenige Minuten später Raum zum Tanzen und Herumtollen bieten. Ein Prototyp konnte 2019 zusammen mit dem Amt für Migration des Kantons Schwyz im Durchgangszentrum Biberhof in Biberbrugg realisiert werden. Eine zweite Umsetzung wurde ein Jahr später im Durchgangs-

zentrum Degenbalm in Moorschach realisiert.

Im Kontext der Geflüchteten aus der Ukraine rückt die besonders betroffene Gruppe der Kinder akut ins Zentrum. Darum stellt das CCTP dieses Planungskonzept allen in Verantwortung stehenden Akteurinnen und Akteuren von Bund, Kantonen und Gemeinden kostenlos zur Verfügung. Motirō kann in die Planung bestehender und zukünftiger Zentren für Asylsuchende integriert werden. Das Team des Kompetenzzentrums Typologie & Planung in Architektur der Hochschule Luzern kann im Rahmen weiterer Umsetzungen eine Coachingfunktion übernehmen und sein Engagement und Know-how einbringen.

Holz im Container

Hauptbestandteile der Lernwelt sind die hölzernen Innenausbauten mit Stauraum auf allen Raumseiten. Sie bieten Platz für unterschiedliches Mobiliar, das je nach Bedarf zusammengestellt werden kann – ein paar Sitzbänke und ein Brett lassen sich zur Rampe umfunktionieren, oder auch zum Pult. Tische, Bänke, Hocker, Sitzkissen, Toolboxen sind flexibel, fest eingebaute Elemente wie Sitznischen geben den Kindern die Möglichkeit zum Rückzug. Die natürliche Oberfläche des Holzes, vielfältige textile Elemente sowie dimmbares Licht geben dem Raum Wärme und lassen unterschiedliche Atmosphären generieren. Da Anzahl und Alter der Kinder in Asyl- und Durchgangszentren häufig wechseln, ist die Anpassungsfähigkeit des Raumes zentral.

Konzipiert für weltweiten Einsatz

«Von konzentrierten Einzelarbeiten über Gruppenunterricht bis hin zu ruhigen Beschäftigungen oder aktiven Bewegungsspielen ist alles möglich», sagt Projektleiterin Selina Lutz. In den Wänden lässt sich versorgen, was gerade nicht gebraucht wird. Untergebracht sind die Lernwelten in einem Container. Selina Lutz erklärt, weshalb: «Container gibt es überall, sie sind verhältnismäs-

Kontaktinformationen

Die Forschenden des CCTP unterstützen verantwortliche Personen von Bund, Kantonen und Gemeinden, um das Planungskonzept an alle Orte zu bringen, wo es eingesetzt und genutzt werden kann. Für weitere Auskünfte steht Selina Lutz, +41 41 349 37 72, selina.lutz@hslu.ch, als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Bei Interesse kann der realisierte Prototyp im Durchgangszentrum Biberhof in Absprache besichtigt werden. Weitere Informationen zu Motirö: sites.hslu.ch/architektur/motiro



Der Innenausbau besteht aus Holz.

Bild: zvg/HSLU

sig günstig, weltweit leicht zu beschaffen und lassen sich im Vollausbau transportieren. Dies ist wichtig, denn die Lernwelten sind für die Anwendung in Europa und – mit Anpassungen – auf der ganzen Welt konzipiert.»

Das Konzept sieht jeweils eine Herstellung der Innenausstattung durch lokale Betriebe vor, mit Holz aus der Region und wenn möglich unter Mitwirkung der Kinder aus den Zentren. Die standardisierte Grösse des Containers macht das Konzept leicht adaptierbar. Alles ist darauf ausgerichtet, dass es nach der Baubewilligung zügig vor-

wärtsgehen kann und die Lernwelt innerhalb eines Monats zur Verfügung steht.

Durch die flexible Gestaltung ist die Nutzung der Räumlichkeiten auch über ihren primären Zweck hinaus möglich. So können sie beispielsweise zu bestimmten Zeiten öffentlich zugänglich sein, von ortsansässigen KITAS genutzt

werden oder ausserhalb der Unterrichtszeiten für andere interne und externe Veranstaltungen Raum bieten. Dies fördert den nachbarschaftlichen Kontakt und festigt die Vernetzung der Kinder in der Umgebung.

Senta van de Weetering
Hochschule Luzern

Anzeige



E-Mitwirkung

Digitale Gesamtlösung
für effiziente Mitwirkungen
und Vernehmlassungen

**Für mehr
Akzeptanz und
Planungssicherheit.**

Die Botschafter 

Qualifizierter Fachpartner

www.abstimmungserfolg.ch

Alterswohnen und Bauzonen: Darauf kommt es an

Um den wachsenden Bedarf an Wohnungen für die ältere Bevölkerung zu decken, muss eine Gemeinde Raum zur Verfügung stellen – oft in Zonen für öffentliche Bauten. Doch das ist nicht in jedem Fall zulässig.



Heute gibt es nicht nur das klassische Pflegeheim, sondern diverse Wohnformen für ältere Menschen.

Bild: shutterstock/Robert Kneschke

Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen in der Schweiz soll laut Bundesamt für Statistik (BFS) von heute 18 auf 27 Prozent im Jahr 2050 wachsen. Bis dahin wird sich die Zahl der über 80-jährigen Einwohner schweizweit verdoppeln, in einigen Gemeinden sogar verdreifachen. Es fragt sich, wo die ältere Bevölkerung dereinst wohnen soll.

Zone für öffentliche Bauten als Wohnorte?

In vielen Gemeinden sind Wohnlandreserven aufgrund des Wachstums der letzten Jahre knapp geworden. Ins Visier geraten zunehmend die Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen (ZöBA), in denen Alterswohnungen untergebracht werden sollen. Die ZöBA sind allerdings für die Bereitstellung von Schulhäusern, Verwaltungsgebäuden,

Sportanlagen und so weiter reserviert, die allesamt «zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben benötigt werden» (siehe als Beispiel § 60 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Zürich, PBG). Dazu gehören traditionellerweise auch Alters- und Pflegeheime. Ob die Trägerschaft öffentlicher oder privater Natur ist, spielt grundsätzlich keine Rolle. Entscheidend ist dagegen, dass die Anlage im Grundsatz für die Öffentlichkeit zu-

gänglich ist. Wohnen gehört grundsätzlich nicht in eine ZöBA. Was gilt nun für das Alterswohnen? Gemeinden und Investoren müssen diese Frage frühzeitig klären.

Wohnformen im Wandel

Alterswohnen ist heute sehr breit gefächert. Was früher das Bürgerheim oder Altersheim war, ist heute die als «Seniorenresidenz» oder «Wohnen mit Service» bezeichnete Wohnanlage. Zunehmend wird die Abgrenzung zwischen dem privaten Zuhause und dem Heim aufgelöst. Hybride Wohnformen schalten sich dazwischen. Oft ist nicht eindeutig, inwiefern ein geplantes Wohnangebot öffentliche Aufgaben wahrnimmt.

Zeitgemässe Wohnformen bieten altersstaugliche Alterswohnungen für selbstständiges, privates Wohnen mit 2,5 oder 3,5 Zimmern an. Mieter können bei Bedarf Dienstleistungen à la carte beziehen. Private, aber teilweise organisierte Wohnformen laufen zum Beispiel unter dem Label «Generationenwohnen mit Pflegewohnen». So unterstützen freiwillige Genossenschaftsmitglieder Betagte im Alltag in ihren Mietwohnungen, und in derselben Siedlung bieten spezialisierte Institutionen Pflege in den Pflegewohngruppen an. Aus medizinischer Sicht kann jedoch der Umzug in ein klassisches Pflegeheim trotzdem notwendig werden.

Bei den beiden letzteren Wohnformen handelt es sich um institutionelles Wohnen, dem der Abschluss eines Pensionsvertrags mit dem Mieter zugrunde liegt. Betreiber müssen ausserdem höhere Anforderungen erfüllen als «normale» Vermieter.

Abgrenzung von privatem und institutionellem Wohnen

Diese Vielfalt erschwert bei Neubauprojekten die Einschätzung der Zonenkonformität. Hinweise zur Klärung liefern die Baugesetze. So sieht zum Beispiel das PBG des Kantons Zürich den Bau von Alterswohnungen ausdrücklich vor. Im Umkehrschluss ist jedoch davon auszugehen, dass herkömmliches Wohnen, also selbstständiges und privates Wohnen, selbst wenn es staatlich gefördert wird, grundsätzlich nicht öffentlichen Zwecken dient.

Anders sieht es aus, wenn Alterswohnungen in einem räumlichen und sachlichen Zusammenhang mit Alters- oder Pflegeheimen stehen. Zonenkonformität und damit die Bejahung der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe kann gegeben sein, wenn ein Betriebskonzept vorhanden ist. Ein solches sieht

Grafik:
Zulässigkeit von 'Wohnen im Alter' in der ZöBa

Legende:
ZöBa: Zone für öffentliche Bauten und Anlagen
W: Wohnzone
WG: Wohn- und Gewerbezone
K: Kernzone
Z: Zentrumzone

Quelle: David Fässler, fredpartner.ch



Grafik: zvg/David Fässler

zum Beispiel die Grundleistung durch die Spitex vor Ort, eine Notruf-Infrastruktur, hauswirtschaftliche Dienstleistungen und dergleichen vor. Neben einem Betriebskonzept ist auch eine Betriebsbewilligung und die dazugehörige Aufnahme in die kantonale Pflegeheimliste notwendig. Ob die Dienstleistungen in einem Altersheim im klassischen Sinn oder in einzelnen Wohnungen angeboten werden, dürfte für die Qualifizierung einer öffentlichen Aufgabe nicht relevant sein.

Voraussetzungen für öffentliches Interesse

Einige Kantone (z.B. AG, BE, LU, SG, ZG) stecken den Rahmen der Erfordernisse weiter. Indizien, die für die Annahme einer öffentlichen Aufgabe sprechen, sind unter anderem folgende:

- Statuierung Mindestalter (zum Beispiel ü65) und Erfordernis des Wohnsitzes in der Gemeinde, ansonsten keine Einschränkungen
- Schriftliche Fixierung (z.B. Anmerkung im Grundbuch, Festlegung im Gestaltungsplan)
- Wohnungen sind hindernisfrei und so ausgestattet, dass Pflege bis Pflegestufe 5 (von 12) möglich ist
- Die Alterswohnungen werden vermietet, nicht verkauft
- Bewohnende können Dienstleistungen eines nahe liegenden Altersheims in Anspruch nehmen
- Es liegt ein Betriebskonzept vor, unter anderem für Spitex-Dienstleistungen

Nicht erforderlich dagegen ist der detaillierte Nachweis eines Bedarfs für

Alterswohnungen. Dies würde die Anforderungen überspannen, so das Aargauer Verwaltungsgericht in einem kürzlich ergangenen Urteil zu einem geplanten Projekt in Bergdietikon (AG). Auch der Einwand, der zu bebauende Ortsteil sei für den Standort eines Alterszentrums zu abgelegen und daher nicht geeignet, fand beim Gericht kein Gehör.

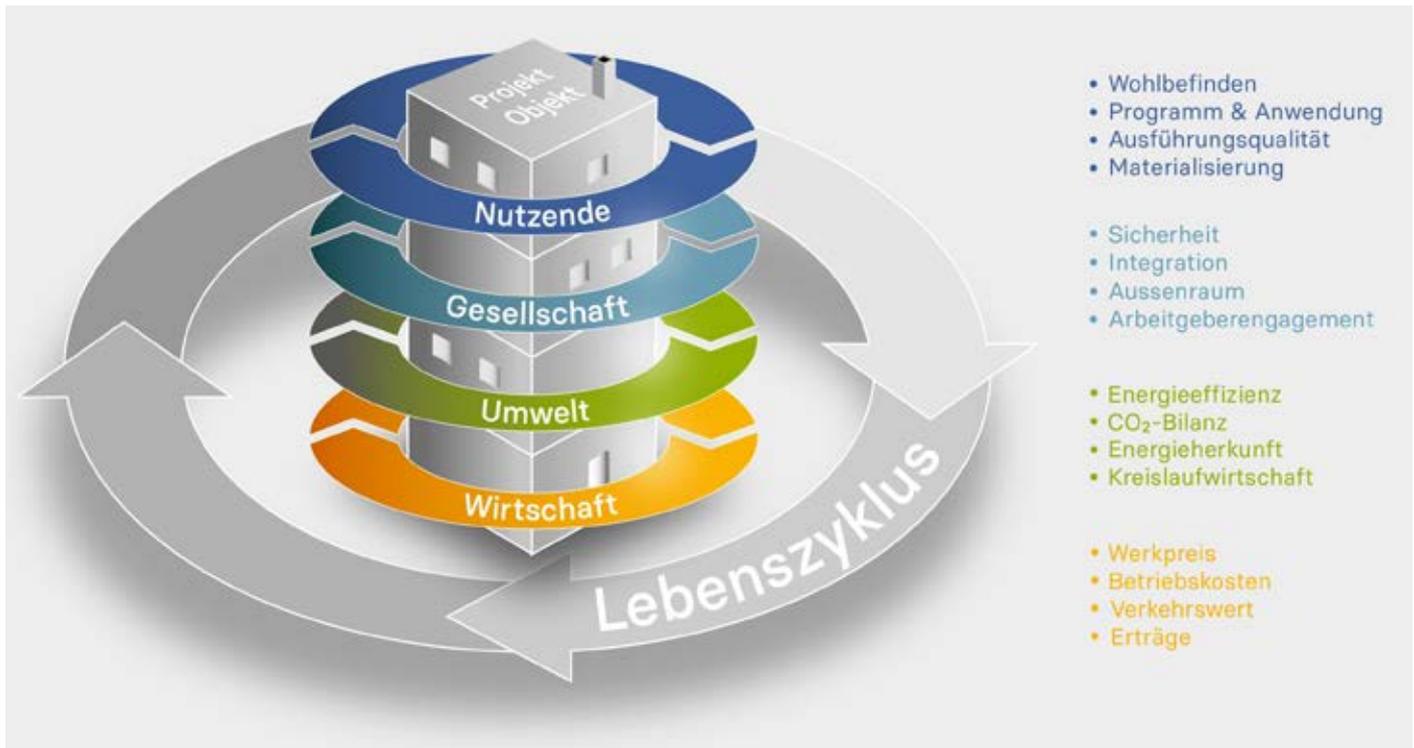
Vertiefte fachliche Abklärungen sind unumgänglich. Der rechtzeitige Einbezug zuständiger kantonaler Stellen schafft zusätzliche Planungssicherheit, auch wenn in der Regel die Gemeinde als Baubewilligungsorgan das letzte Wort hat. Gerade im Hinblick auf die demografischen Veränderungen gilt es, die ZöBA mit zukunftsgerichteten Wohnkonzepten neu und zonenkonform zu beleben.



David Fässler
Rechtsanwalt, M.B.A., CAS in Gerontologie, Geschäftsführer FRED GmbH, Strategie- und Bauherrenberatung Wohnen im Alter
www.fredpartner.ch

Zusammenarbeit fördert erfolgreiche Projekte

Wollen Gemeinden Bauvorhaben realisieren, so gilt: Die gesamtheitliche Betrachtung und ein frühestmöglicher Einbezug aller Anspruchsgruppen gehören zu den wichtigsten Faktoren für die erfolgreiche Realisierung.



Die Grafik zeigt die verschiedenen Qualitätsansprüche, die an ein Bauprojekt gestellt werden.

Grafik: zvg

Viele Gemeinden in der Schweiz planen, bauen und unterhalten öffentliche Gebäude für ihre lokale Bevölkerung. Dies bedeutet, dass hohe Investitionen und zeitintensive Arbeiten in meist grossen zeitlichen Abständen für die Gemeinden anstehen. Für die Gemeinden sind solche Bauvorhaben eine spezielle und meist nicht alltägliche Herausforderung, die oft auf der Ebene der Exekutive in Teilzeitpensen bewältigt werden muss. Bauvorhaben werden immer anspruchsvoller und komplexer. Raumplanung in der Schweiz bedeutet für alle Akteure, sich in verschiedenen Spannungsfeldern zu bewegen. Gerade Gemeinden kommt oft sogar eine Doppelrolle zu als Bauherr und als zuständige Planungsbehörde, was die Aufgabe besonders anspruchsvoll macht und die Verantwortung erhöht.

Es wird immer relevanter, Bauvorhaben nachhaltig zu gestalten und umzusetzen. Besonders starkes Gewicht erhal-

ten die Klima- und Energieziele, eine trotz erhöhter Komplexität wirtschaftliche Realisierung und die gesellschaftliche Akzeptanz. Nebst diesen übergeordneten Nachhaltigkeitsaspekten bestehen unzählige weitere regulatorische Vorgaben und Einzelinteressen, die Zielkonflikte beinhalten und die es folglich ausgewogen abzuwägen und auf Erfüllung zu prüfen gilt.

Grösstmöglicher Handlungsspielraum
Für Projektierungen benötigt man gerade deshalb einen grösstmöglichen Handlungsspielraum, um situativ auf die Rahmenbedingungen optimal eingehen zu können. Diese Kombination bringt die «klassischen» Modelle und Prozesse an ihre Grenzen. Zukunftsgerichtete Zusammenarbeitsmodelle, die all diesen Aspekten bestmöglich Rechnung tragen, sollten vermehrt zum Tragen kommen. Spezifisches Wissen, Erfahrungswerte und die Fähigkeiten

aller Beteiligten müssen dafür frühzeitig zusammengeführt werden.

Mit einem erfahrenen Gesamtleister als Partner erhält die Gemeinde verbindliche Projektvorschläge und breites Know-how zu einem frühen Zeitpunkt. Für die geforderte Aufgabe wird ein Team aus erfahrenen Architekten, Ingenieuren, Spezialplanern und dem Projektmanagement speziell von einem Gesamtleister verpflichtet. Der Gesamtleister begleitet sämtliche Prozesse von der Studie bis zur Ausführung und bearbeitet die gesetzlich vorgegebenen Verfahren mit der notwendigen Gesamtverantwortung.

Der Einsatz eines Gesamtleistungsmodells bedingt aber eine Änderungsbereitschaft aller Beteiligten. Der gemeinsame Wille, dasselbe Ziel erreichen zu wollen, ist wichtige Basis für die frühzeitige Zusammenarbeit. Der «Mut zur Lücke» kann für das Ermöglichen von Projektoptimierungen ein wichtiger Er-

Über den Verband Entwicklung Schweiz

Der Verband Entwicklung Schweiz vertritt Unternehmen, die Gesamtleistungen in der Entwicklung, Planung und Realisierung von Bau- und Immobilienprojekten anbieten. Die Mitglieder von Entwicklung Schweiz übernehmen Verantwortung für eine gesellschaftlich verträgliche Entwicklung der Schweiz und setzen sich mit weitsichtiger, gesamtheitlicher und nachhaltiger Planung für ökonomisch und ökologisch sinnvolle und innovative Lösungen ein. Die Mitglieder von Entwicklung Schweiz bieten oben genannte Leistungen an, sie sind aufgeführt unter www.entwicklung-schweiz.ch/de/mitgliedschaft/mitgliedfirmen.

Empfehlungen:

www.entwicklung-schweiz.ch/de/publikationen/positionen-and-empfehlungen

folgsfaktor sein. Eine frühe und umfassende Interessenabwägung ist für eine möglichst hohe Planungssicherheit für



Drei Unternehmer-Modelle bzw. Grundmodelle

1

Entwicklung, Planung und Realisierung

Ziel ist es, zusammen mit einem Planerteam, ein Areal/Quartier aufgrund von funktionalen Anforderungen nachhaltig zu planen und zu realisieren.

2

Planung und Realisierung

Ziel ist es, auf der Basis des gewählten Projekts, ein Gebäude bis zur Ausführungsreife zu planen und zu realisieren.

3

Realisierung

Das Abwicklungsmodell basiert auf einem ausführungsfähigen Projekt. Ziel ist es, ein Gebäude zu realisieren.

Grafik: zvg

alle Beteiligten massgebend. Auch brauchen die Akteure ein gemeinsames Verständnis von Qualität. Qualität ist ein übergeordnetes Ziel, das über den Lebenszyklus eines Objektes angestrebt werden muss. Es ist wichtig, dass dabei die Erwartungen vom Auftraggeber an die verschiedenen Qualitätskom-

ponenten so kombiniert werden, dass sie zu einem optimalen Resultat führen.

*Franziska Bürki und
Christiane Zwahlen
Entwicklung Schweiz*

Anzeige

Steuereinnahmen zurückholen statt verscheuchen!

- Die Reform der Verrechnungssteuer holt Steuereinnahmen zurück. Der Bund rechnet innert fünf Jahren mit jährlichen Mehreinnahmen von 350 Mio. Franken.
- Dank günstigerer Finanzierungen sparen Bund, Kantone und Gemeinden jedes Jahr Zinsen von bis zu 200 Mio. Franken.
- Auch der Service public profitiert: Spitäler, ÖV und Energiebetriebe können sich ebenfalls günstiger finanzieren. Das nützt allen.

JA

AM
25.
SEPTEMBER

ZUR REFORM
der VERRECHNUNGSSTEUER



verrechnungssteuer-ja.ch

Gemeinden greifen erst bei «besonderer Lage» ein

Für das Pfadi-Bundeslager sind Zehntausende Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ins beschauliche Goms gereist. Wie haben sich die betroffenen Dörfer auf eine Krise vorbereitet?



Blick auf das Bundeslager im Goms – es verteilt sich auf eine Fläche von 170 Fussballfeldern.

Bild: Pfadibewegung Schweiz

Die Dimensionen sind eindrücklich: Da wären die 35 000 Personen, die meisten davon Kinder und Jugendliche. Dann beinahe nochmal so viele Besucher, verteilt auf zehn Tage. Fünf Tonnen Brot und 7500 Liter Milch pro Tag. 250 Extrafahrten auf der Schiene und der Strasse. Eine riesige Zeltstadt, verteilt auf 120 Hektaren oder 170 Fussballfelder. 700 Chemie- und Containertoiletten, 130 Duschen. Und: zwei Jahre Vorbereitung.

Das Bundeslager der Pfadibewegung Schweiz, kurz BuLa, war zweifellos ein Grossereignis. Besonders für das Goms, in dessen Talebene das BuLa zwischen dem 23. Juli und dem 6. August über die Bühne ging. Im beschaulichen Oberwalliser Bezirk leben normalerweise rund 4000 Menschen – nun war er während zweier Wochen gleich gross wie die Kantonshauptstadt Sit-

ten. Logisch, dass dies für die Gastbergemeinden Goms und Obergoms auch punkto Sicherheit und Krisenmanagement so einiges an Herausforderungen mit sich brachte.

Der Stab sorgt für die Bevölkerung, das BuLa für die Pfadis

Verantwortlich dafür zeichnete Willy Werlen. Normalerweise oberster Gommer Förster, leitete Werlen den 17-köpfigen Regionalen Führungsstab Goms (RFS Goms). Dieser ist erst vor zwei Jahren gebildet worden und erlebte somit dank dem BuLa eine denkwürdige Feuertaufe. «Das eine Jahr an zusätzlicher Vorbereitungszeit hat daher sicher nicht geschadet», spricht Werlen die Tatsache an, dass das Lager aufgrund der Coronapandemie um zwölf Monate verschoben werden musste.

Werlen erklärt: Werde ein solcher Grossanlass durchgeführt, sei es am Ende die Gemeinde, die für die Einhaltung der Sicherheitsstandards verantwortlich sei. Beim Gespräch, das noch vor Lagerbeginn stattfindet, sagt er aber auch: Wenn alles normal laufe, werde sein Stab, abgesehen von der täglichen Sitzung mit den Sicherheitsverantwortlichen des BuLa, nichts mit dem Lager zu tun haben.

Erst wenn sich die Situation von einer normalen Lage zu einer besonderen oder gar ausserordentlichen Lage zuspitzt, wie man dies mittlerweile von der Coronapandemie her kenne, übernehme der Gommer Führungsstab. «Dann wären auch die Gemeindepräsidenten de facto ausser Gefecht gesetzt.»

Dies könne etwa der Fall sein, wenn es zu einem Hochwasser oder einem star-

ken Unwetter komme. Und selbst dann, fügt Werlen an, bestehe die Aufgabe des regionalen Führungsstabs in erster Linie in der Betreuung der ansässigen Bevölkerung.

Die Suche nach freien Betten

«Wird etwa das Trinkwasser knapp, schneiden wir sicher zuerst das BuLa von der Zufuhr ab», erklärt Werlen mit einem Schmunzeln. Er weiss natürlich, dass das Pfadilager dank einer Vereinbarung mit der Migros sowie dank mehreren Filterpumpen durchaus für sich selbst sorgen kann. Doch Werlens Kernaussage ist klar: Für die Versorgungssicherheit, ebenso wie für die Sanität, die Feuerwehr oder bei Verkehrsunfällen, ist das BuLa selbst verantwortlich. Falls nötig, können die Pfadis dabei auf die Walliser Kantonspolizei oder den Zivilschutz zurückgreifen. Der Regionale Führungsstab Goms wiederum betreut prioritär die Bevölkerung vor Ort. «Wobei wir entsprechend unseren Ressourcen natürlich auch im BuLa aushelfen würden und umgekehrt», sagt Werlen. Dennoch: Gewisse Vorkehrungen hat natürlich auch der regionale Führungsstab treffen müssen. In erster Linie be-

traf dies die Suche nach Notunterkünften. «Wenn ein Bach zum Beispiel einen Teil des Lagers überschwemmen würde, wären wir bereit, ein paar Tausend Jugendliche in Unterkünften im ganzen Kanton unterzubringen», sagt Werlen. Dasselbe gelte bei einem Verkehrsunterbruch – denn während des Lagers waren kantonsweit täglich rund 5000 Pfadfinder unterwegs, die abends zurück ins BuLa wollten. Gemeinsam mit den Walliser Kantonsbehörden war Werlens Stab vorgängig zahlreiche Gemeinden angegangen, um zu eruieren, wo noch eine Turnhalle, wo ein Masslager zur Verfügung stehen würde. Kurz vor Beginn des Lagers ist Willy Werlen deshalb zuversichtlich, dass sein Team gut aufgestellt ist. «Klar, wenn etwas passiert, gibt es zu Beginn immer eine Chaosphase.» Das Dispositiv aber, das stehe und stimme. «Wobei wir natürlich hoffen, dass wir überhaupt nicht zum Einsatz kommen.»



Fabio Paozzi Willy Werlen, Chef des regionalen Führungsstabs.

Bild: Fabio Paozzi

«BuLa, Gemeinden und Kanton mussten eng zusammenarbeiten»



Cédric Vogt, Co-Ressortleiter Sicherheit und Sanität des BuLa 2022. Bild: zvg

Cédric Vogt, gemeinsam mit Flurina Schai leiten Sie beim BuLa das Ressort Sicherheit und Sanität. Wie haben Sie sich mit den betroffenen Gemeinden Goms und Obergoms auf den Grossanlass vorbereitet?

Cédric Vogt: Wir konnten stark auf die Erfahrungen bauen, welche die Gommer Gemeinden schon hatten. Das betrifft natürlich vor allem die Bereiche Naturgefahren und Unwetter. Gemeinsam mit dem regionalen Führungsstab haben wir dann analysiert, welche Ereignisse wir BuLa-intern managen können und ab welcher Ereig-

nisgrösse der Gommer Führungsstab auch aufgeboten werden soll. Das war ein sehr enger Dialog – schliesslich haben weder wir noch die Gemeinden im Goms zuvor eine Veranstaltung in dieser Grösse durchgeführt.

Haben Sie Beispiele, was konkret besprochen wurde?

Einige Fragen haben wir BuLa-intern geklärt. Zum Beispiel, dass stets genügend Ambulanzen vorhanden waren oder wie wir zusätzliche Transportkapazitäten hätten beschaffen können. Zusammen mit dem Regionalen Führungsstab Goms haben wir etwa über die Bergbäche, die ins Tal führen, gesprochen. Um der Gefahr von Hochwassern vorzubeugen, haben wir gemeinsam beschlossen, die Geschiebesammler im Frühling leeren zu lassen.

Konnten Sie ruhigen Gewissens ins BuLa reisen?

Ja. Wir hatten sehr viele Leute im Team, die gerade im Sanitäts- und Sicherheitsbereich auch von ihrem Berufsleben her viel Erfahrung bei der Durchführung von Grossanlässen mit-

brachten. So hatten wir Verantwortliche von grossen Open Airs, Armee- und Polizeikader mit dabei. Gleichzeitig war uns immer bewusst, dass dies ein grosser Anlass werden würde, sodass das BuLa, die Gemeinden und der Kanton eng zusammenarbeiten müssen.

Nachdem das BuLa nun Geschichte ist: Was raten Sie anderen Gemeinden, die einen Grossanlass planen?

Wichtig ist, dass Gemeinden und Veranstalter die vorhandenen Ressourcen gemeinsam analysieren. Es bringt nichts, wenn der Veranstalter sagt, die Feuerwehr sei Sache der Gemeinden, wenn die dortige Feuerwehr sowieso schon unterdotiert ist. Und umgekehrt sollte die Gemeinde frühzeitig klarstellen, welche Leistungen sie erbringen kann und welche nicht. Damit möchte ich nicht sagen, dass dies im Goms schlecht gelaufen ist. Aber ganz allgemein ist es wichtig, eine saubere Ressourcenanalyse durchzuführen und dann gemeinsam zu besprechen, wer was übernehmen und wer wo aushelfen kann.

Das «Fest der Feste»: Zukunft braucht Herkunft

Am «Fest der Feste» im Freilichtmuseum Ballenberg vereinigen sich 15 regionale Feste und Herbsttraditionen aus allen Landesteilen. Eines davon ist La Saint-Martin aus der Ajoie im Kanton Jura.



Der Herbst ist die Zeit der Erntedankfeste.

Bild: zvg/Ballenberg, Freilichtmuseum der Schweiz

Zahlreiche Herbstfeste in vielfältigen Formen werden in der Schweiz gefeiert. Ihr gemeinsamer Kern: Zusammen geniessen und den Erntesegen feiern. Im Zentrum steht meist ein Produkt, das in Landwirtschaft und Ernährung der Region eine besondere Rolle spielt. So wird im Tessin und in den Bündner Südtälern mit der Castagnata eine erfolgreiche Kastanienenernte gefeiert, während an den Trottenfesten in der Ostschweiz und an den Westschweizer Fêtes des vendanges das Einfahren der Traubenernte zelebriert wird.

Viele dieser Traditionen wurzeln tief in der Vergangenheit, werden aber auch heute intensiv gepflegt. Ein besonders lebendiges Beispiel ist La Saint-Martin in der Ajoie, dem nordwestlichen Zipfel

des Kantons Jura. Am Wochenende um den Sankt-Martins-Tag (11. November) steht in vielen Restaurants des Städtchens Porrentruy und der umliegenden Dörfer ein spezielles Menü auf dem Programm. Es besteht aus mehreren Gängen, die je nach Lokal in vielerlei Variationen zubereitet werden, jedoch immer auf Schweinefleisch basieren. Dazu zählen Gemüsesuppe mit Siedfleisch, Blutwurst, Gelée de ménage (Sülze mit Fleisch) sowie Sauerkraut mit Schinken, frischem Schweinefleisch und Saucisse d'Ajoie (mit Kümmel gewürzte geräucherter Schweinswurst).

Nicht weniger als acht Gänge umfasst das Festessen. Der ländlichen Tradition entsprechend handelt es sich auch bei den Zwischen- und Abschlussgängen

durchwegs um deftige Köstlichkeiten. So werden zum Dessert salzige Rahmkuchen namens Totché oder Striflates – Krapfen mit Vanillecreme – serviert.

Verwertung «from nose to tail»

Die üppige Speisenfolge hängt mit einem bedeutenden Einschnitt im traditionellen landwirtschaftlichen Jahreszyklus zusammen: Am Martinstag wurden früher die Zinsen für die Pacht des Bodens bezahlt und die Schulden beglichen. Die gesamte Ernte war nun eingefahren, die Speicher und Vorratskammern waren gefüllt, die Löhne für das Gesinde ausbezahlt. Im Stall standen wohlgenährte, fette Schweine – was zwar erfreulich, zugleich aber auch ein Problem war, denn anders als heute

gab es weder Futter noch Geld, um alle Tiere den Winter hindurch zu halten. Deshalb wurde auf den Martinstag hin vielerorts ein Schwein geschlachtet. Ein Teil des Fleisches liess sich durch Pökeln und Räuchern haltbar machen. Jene Teile hingegen, die nicht lange aufbewahrt werden können, kamen sogleich auf den Tisch. Dazu gehört etwa Blutwurst; sie ist ein Frischprodukt, das es rasch zu konsumieren gilt. Auf diese

Das «Fest der Feste» vereinigt 15 regionale Herbstfeste an einem Ort



An den Wochenenden vom 24./25. September und 1./2. Oktober 2022 lädt das Freilichtmuseum Ballenberg zum «Fest der Feste» ein. 15 gedeckte Festplätze unter freiem Himmel sind auf den Wiesen und Plätzen des weitläufigen Museumsgeländes verteilt. Dörfer und Städte, Alpge nossenschaften, Berufsorganisationen und Vereine geben Einblick in ihr Festbrauchtum und ihre Herbsttraditionen. Die Besucherinnen und Besucher können das kulinarische und kulturelle Erbe der Schweiz mit Speis und Trank, Musik und Tanz, Märkten und Workshops erleben.

An der Grossveranstaltung trifft eine Vielfalt von spannenden Traditionen aufeinander. Dazu gehören etwa die Obwaldner Äplerchilbi, die Freiburger Bénichon oder die Tessiner Festa d'Autunno. Als Mehrgenerationenerlebnis bietet das «Fest der Feste» nicht nur reichhaltige kulinarische Genüsse, sondern will auch zur Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen der Landwirtschaft und Ernährung anregen. Zusammen mit Produzentinnen und Produzenten sowie Fachleuten aus Wissenschaft und Forschung organisieren die Festveranstalter Workshops und Ausstellungen zu Themen wie Herstellung und Veredelung, Genuss und Ressourcen, Lebensraum und Nachhaltigkeit.



Impressionen der Saint-Martin aus dem Jura.

Bild: zvg/Winfried Heinze

Weise konnte das Schwein nahezu restlos verwertet werden – heute nennt man diese Praxis «from nose to tail» (von der Schnauze bis zum Schwanz). Das neuzeitliche Phänomen von Food Waste war damals somit kein Thema.

Feiern in der Gemeinschaft

Die Verwertung gestaltete man jedoch nicht nur als nüchterne Notwendigkeit, sondern machte sie zum feierlichen Anlass: Am Tag des heiligen Martin durfte geschlemmt werden, denn danach begann das vorweihnachtliche Fasten. Und gibt es etwas Schöneres, als ein solches Festessen mit anderen Menschen zusammen zu geniessen? Aus dieser Konstellation entwickelte sich La Saint-Martin, auch «La fête du cochon» genannt.

Die Zeiten haben sich geändert, die Landwirtschaft nimmt in der heutigen Gesellschaft einen weniger zentralen Raum ein als in früheren Zeiten, auch in der Ajoie. Doch die herbstliche Festtradition ist dort noch immer vital und ungebrochen: Um den Martinstag herum trifft man sich mit der Familie, mit Freunden und Nachbarn, um in der Gemeinschaft zu feiern.

Herbsttraditionen im Freilichtmuseum

Diesen Herbst lässt sich La Saint-Martin nicht nur im Kanton Jura, sondern auch

in der Deutschschweiz erleben, etwas früher sogar als zum traditionellen Termin im November: Im Freilichtmuseum Ballenberg findet an den Wochenenden vom 24./25. September und 1./2. Oktober 2022 mit dem «Fest der Feste» das grösste Erntedankfest der Schweiz statt. Der Anlass steht unter dem Motto «Zukunft braucht Herkunft» und bündelt Herbsttraditionen aus allen Landesteilen der Schweiz (siehe Kasten). Auf einem der 15 Festplätze ist die Ajoie vertreten. Dort lässt sich ein Auszug aus dem achtgängigen Menü geniessen, wie es traditionellerweise an einem «La Saint-Martin en Ajoie» auf den Tisch kommt.

Andreas Staeger
Freilichtmuseum Ballenberg

Informationen:

Als Partner des «Fests der Feste» bietet der Schweizerische Gemeindeverband sämtlichen Gemeindeangestellten und allen Mitgliedern der kommunalen Exekutiven einen Rabatt in der Höhe von 25 Prozent auf den Eintrittspreis an. Wählen Sie dafür im Ticketportal die Art und Anzahl Ihrer gewünschten Tagespässe aus, klicken Sie auf «Tickets reservieren», und geben Sie den Code fdfgemeinden22 ein.

Weitere Infos: www.festderfeste.ch

Abraxas Informatik AG Für die digitale Schweiz. Mit Sicherheit.

Abraxas ist die grösste Anbieterin durchgängiger IT-Lösungen für die öffentliche Hand in der Schweiz.

Wir bringen die digitale Schweiz voran

Abraxas vernetzt Verwaltungen, Behörden, Unternehmen und die Bevölkerung mit durchgängigen IT-Lösungen und Dienstleistungen, mit denen die Arbeitsprozesse und der Austausch noch effizienter und sicherer verlaufen. Dank der medienbruchfreien und durchgängigen Vernetzung profitieren Kunden und Schweizer Bevölkerung direkt von der Digitalisierung.

Wir denken mit dem Kunden voraus

Dank der breiten Fach- und Branchenkompetenz kennt Abraxas die kundenseitigen Arbeitsprozesse von heute und die Herausforderungen von morgen – und entwickelt darauf abgestimmte, zukunftsorientierte Fachapplikationen und Gesamtlösungen für Strassenverkehr- und Schifffahrtsämter, für Polizeikorps, für Organe der Rechtspflege, für Gemeindeverwaltungen oder für Berufsbildungsämter.

Wir bieten Sicherheit auf allen Ebenen

Als Schweizer Unternehmen im Besitz der öffentlichen Hand steht

Abraxas seit vielen Jahren für Kontinuität und damit für langfristige Investitionssicherheit: Die beiden Kantone St. Gallen und Zürich besitzen zu paritätischen Anteilen die Mehrheit an der Abraxas Informatik AG. Weitere Anteile befinden sich im Besitz der Kantone Thurgau, Basel-Stadt, Graubünden, Appenzell Auser rhoden und Glarus sowie 133 Schweizer Gemeinden.

Daten-, Betriebs- und Informationssicherheit sind für Verwaltungen und Unternehmen von existenzieller Wichtigkeit. Abraxas unterstützt Kunden wie Polizeikorps, Steuerämter, Gerichte, Versicherungen und weitere Organi-

sationen mit hohem Anspruch an die Sicherheit bei der Planung und Umsetzung entsprechender Massnahmen.



St. Leonhard-Strasse 80
9001 St. Gallen
+41 58 660 00 00
info@abraxas.ch
www.abraxas.ch

RESTCLEAN AG Testen Sie uns kostenlos!

Damit unser Auto, die Heizung, die Wohnungslüftung oder andere Hausinstallationen immer reibungslos funktionieren, lassen wir durch einen Profi regelmässig den Service machen. Das ist für uns so selbstverständlich, wie die Dentalhygiene, die uns vor teuren und schmerzhaften Zahnbehandlungen schützt, weil wir Vorsorgen. Betätigen Sie die Spülung mit der grossen Spültaste. Stoppen Sie die Zeit von der Spülauslösung bis sich der Spülkasten komplett entleert hat. Hat es länger als 4 Sekunden gedauert? Dann hat Ihre WC-Anlage einen professionellen Service notwendig. Denn nur eine gute WC-Spülung mit

genügend Druck, kann die Ablaufleitungen im Gebäude sauber halten und vor Verstopfungen bewahren. Weitere Infos zum Test unter restclean.com/diagnose. Restclean reinigt und entkalkt alle wasserführenden Kanäle der Toilette, beginnend ab dem Spülkasten, über das Spülrohr und die Keramik. Das Resultat ist eine restlos saubere Toilette, welche wieder die Original-Spüleleistung erreicht und deren Lebensdauer und Funktionalität einer neuwertigen Toilette gleichkommt. Restclean stellt ihr umfangreiches Fachwissen auch dem technischen Dienst der Gemeinden zur Verfügung.



Profitieren Sie von lehrreichen Tageskursen im hauseigenen Kompetenz-Zentrum oder testen Sie den Entkalkungsservice kostenlos. Das Resultat ist eine strahlende und restlos saubere Toilette,

welche wieder die Original-Spüleleistung erreicht und deren Lebensdauer und Funktionalität einer neuwertigen Toilette gleichkommt.

RESTCLEAN AG
In der ganzen Schweiz unterwegs
3003 Bern
8917 Oberlunkhofen
Gratis-Telefon 0800 30 89 30
Mobile 079 969 78 78
info@restclean.com
restclean.com

**Komfortabel.
Klimafreundlich.
Effizient.**

Sie wollen neu bauen oder Ihr Gebäude energetisch modernisieren? Dann ist Minergie Ihr Wegbegleiter! Minergie ist seit 1998 der Schweizer Standard für Komfort, Effizienz und Werterhalt.

www.minergie.ch

MINERGIE®
Besser bauen. Besser leben.

Gemeinden profitieren von der Reform der Verrechnungssteuer

Am 25. September stimmen die Stimmberechtigten über die Anpassung der Verrechnungssteuer ab. Gegen die Vorlage wurde das Referendum ergriffen.

Für den Bund ist die Sache klar. Die Reform der Verrechnungssteuer bringt Mehreinnahmen. Trotz Ausfällen lohnt die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen, weil die Vorlage das Geschäft mit Anleihen wieder in die Schweiz zurückholt. Der Bund rechnet mit Mehreinnahmen von jährlich 350 Millionen Franken nach fünf Jahren. Weil die Abschaffung der Verrechnungssteuer nur neue Obligationen betrifft, halten sich die Ausfälle in den ersten Jahren im zweistelligen Millionenbereich und werden durch die Steuereinnahmen des zurückgehenden Geschäfts überkompensiert.

Für Kantone und Gemeinden lohnt sich die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf neuen Obligationen sogar noch bedeutend mehr. Mindereinnahmen fallen bei ihnen weniger ins Gewicht, weil rund 90 Prozent der Verrechnungssteuereinnahmen in die Bundeskasse fliessen. Doch sie können von Mehreinnahmen bei Einkommens- und Gewinnsteuern sowie von günstigeren Finanzierungen profitieren.

Heute vertreibt die Verrechnungssteuer das Geschäft mit Anleihen ins Ausland. Im Vergleich zum BIP gibt beispielsweise Luxemburg 190mal (!) mehr Anleihen aus. In der Schweiz hingegen ist der Anleihenmarkt rückläufig. Seit 2009 sankt das Volumen an Obligationen um mehr als die Hälfte. Zu Recht wollen Bundesrat und Parlament den Abfluss stoppen und das

Geschäft mit der Fremdkapitalfinanzierung in die Schweiz zurückholen. Das generiert Wertschöpfung und die Steuereinnahmen steigen.

Gleichzeitig verspricht ein liquiderer Markt bessere Konditionen bei der Aufnahme von Fremdkapital. Die eidgenössische Steuerverwaltung rechnet damit, dass die Zinsen mit der Reform um bis zu 0,15 Prozent tiefer sind, wenn die Nachfrage nach inländischen Obligationen steigt. Das klingt nach wenig, macht aber gerade bei öffentlichen Investitionen viel aus.

Beispielsweise der Kanton Bern kann nach eigenen Angaben bei einem Anlagevolumen von über 4 Milliarden Franken pro Jahr bis zu 5 Millionen Franken an Zinskosten sparen. Beim Kanton Zürich liegen die Einsparungen in ähnlicher Grössenordnung. Selbstverständlich können auch Spitäler, Energieversorgen oder der öffentliche Verkehr von der günstigeren Finanzierung profitieren, wenn Sie in die Zukunft investieren – beispielsweise für den nachhaltigen Umbau im Zeichen des Klimaschutzes. Gemäss der eidgenössischen Steuerverwaltung betragen die Einsparungen für alle öffentlichen Haushalte zusammen bis zu 200 Millionen Franken pro Jahr.

Auch Kantone, Städte und grössere Gemeinden haben sich in der Vergangenheit über den Kapitalmarkt Geld verschafft. Sie können nach der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Anleihen vom grösseren



Philipp Kutter, Nationalrat Die Mitte, Stadtpräsident Wädenswil

Interesse der Anlegerinnen und Anleger an Schweizer Obligationen profitieren. Gerade bei steigenden Zinsen wird dies interessant sein. Die Anpassung der Verrechnungssteuer bringt nicht nur tiefere Zinsen, sondern auch höhere Steuereinnahmen. Der Status Quo ist nicht haltbar. Er führt zu einer fortlaufenden Abwanderung des Finanzierungsgeschäfts. Nur mit der Reform können die Steuereinnahmen zurückgeholt werden. Die Reform der Verrechnungssteuer sichert künftige Steuereinnahmen und stärkt gleichzeitig den einheimischen Kapitalmarkt. Dabei darf man nicht vergessen: Hinter jeder Geldaufnahme stehen auf allen Staatsebenen wichtige Investitionen in den Service Public.



Machen Sie auf sich aufmerksam!

Mit einer Anzeige in der Fachzeitschrift «Schweizer Gemeinde».

Die führende Fachzeitschrift für politische Entscheidungsträger der kommunalen Ebene ist die ideale Plattform für Ihr Marketingziel. Ihre Anzeige, Publireportage oder Firmeninformation erreicht sämtliche Gemeinden in allen Sprachregionen der Schweiz.

Ihre Ansprechperson für Anfragen:

Sandra Petkova, Mediaberatung und -vermarktung
Tel. +41 31 300 63 87
mediavermarktung@staempfli.com



Informationsveranstaltung

Amtliche Vermessung Schweiz

Die Tagung gibt einen vertieften Einblick in das neue Datenmodell der amtlichen Vermessung DM.flex sowie in die Änderungen der rechtlichen Grundlagen und präsentiert die Erkenntnisse aus den Vernehmlassungen und Konsultationen. Sie zeigt auch die anstehenden Schritte auf.

Mittwoch, 21. September 2022, 9.30 bis 16 Uhr. Hotel National, Bern.

Simultanübersetzung Deutsch / Französisch

Weitere Infos: www.cadastre.ch/av

«Fest der Feste»

auf dem Ballenberg

Regionale Feste und Herbsttraditionen aus der ganzen Schweiz treffen sich an den Wochenenden vom 24./25. September und 1./2. Oktober 2022 ein erstes Mal auf dem Ballenberg. Das Freilichtmuseum lädt unter dem Titel «Fest der Feste» zu einem Generationenerlebnis ein. Der SGV unterstützt den Anlass.

Weitere Infos: www.festderfeste.ch

Schulthess Forum

Öffentliches Personalrecht

Erfahrene Referierende diskutieren im Kameha Zürich Fragen zu Beurteilungsgespräch, Homeoffice, Teilzeitarbeit, KI aus Anwalts- und Führungsperspektive. Mitglieder des Städte- und Gemeindeverbands sparen CHF 100.- bei Anmeldung, wenn sie unter Vorzugskonditionen Schweizer Städte und Gemeindeverband klicken: www.personalrecht-tagung.ch.

Dienstag, 4. Oktober.
Hotel Kameha, Zürich.

Gemeinden und Caring Communities – gemeinsam Zukunft gestalten

Wie gestalten Sie die Zukunft in Ihrer Gemeinde? Die diesjährige Tagung des Netzwerk Caring Communities lädt Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung von Gemeinden und Städte zum Dialog mit Initiantinnen und Initianten von Caring Communities sowie weiteren Interessierten ein. Die Tagung findet in Bern, Lausanne und Manno statt, die per Videokonferenz miteinander verbunden sind.

Freitag, 18. November 2022. Bern, Lausanne, Manno.
Weitere Infos: www.caringcommunities.ch/angebote/tagung/

Manifestation d'information

«Mensuration officielle suisse»

La journée donnera un aperçu approfondi du nouveau modèle de données de la mensuration officielle DM.flex ainsi que des modifications des bases légales et présentera les résultats des consultations et des mises en consultation. Elle présente également les étapes à venir.

Mercredi 21 septembre 2022, 9h30 à 16h. Hotel National, Berne.

Traduction simultanée français/allemand
Infos supplémentaires:
www.cadastre.ch/mo

La «Fête des fêtes» au Ballenberg

Les fêtes et traditions régionales d'automne des quatre coins de la Suisse se donnent rendez-vous au Ballenberg pour une première édition en 2022: le musée en plein air vous invite à la «Fête des fêtes», une expérience intergénérationnelle qui aura lieu les week-ends des 24–25 septembre et des 1^{er} et 2 octobre 2022. L'ACS soutient l'évènement.

Infos supplémentaires:
www.fetedesfetes.ch

Communes et communautés de soutien – construire l'avenir ensemble

Comment construisez-vous l'avenir dans votre commune? Cette année, le colloque du Réseau Caring Communities invite des représentantes et représentants de la politique et de l'administration communale et municipale à échanger avec des initiatrices et initiateurs de communautés de soutien et d'autres personnes intéressées. Le colloque se déroulera à Lausanne, Berne et Manno, reliés entre eux par vidéoconférence.

Vendredi 18 novembre 2022. Lausanne, Berne, Manno.

Infos supplémentaires: www.caringcommunities.ch/offres/colloque/

«Festa delle feste» al Ballenberg

Feste regionali e tradizioni d'autunno da ogni angolo della Svizzera si danno appuntamento per la prima volta al Ballenberg nel 2022: nei weekend del 24/25 settembre e del 1/2 ottobre 2022, il museo all'aperto vi invita a un'esperienza generazionale dal titolo «Festa delle feste». L'ACS sostiene l'evento.

Informazioni:
www.festadellefeste.ch

Comuni e Caring Community – creare insieme il futuro

Come create il futuro nel vostro comune? Il convegno di quest'anno della Rete Caring Communities invita i/le rappresentanti della politica e dell'amministrazione di comuni a dialogare con fondatori e fondatrici di caring community e con altre persone interessate. Iscrivetevi al convegno e partecipate alla discussione. La vostra opinione ci interessa. Il convegno ha luogo in Manno, Berna e Losanna, collegati tra loro in videoconferenza.

Venerdì 18 novembre 2022. Manno, Berna, Losanna.

Informazioni: www.caringcommunities.ch/offerte/convegno/



Impressum

59. Jahrgang / Nr. 598 / Juli-August/juillet-août

Herausgeber/éditeur

Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses

Partnerschaften/partenariats

Fachorganisation Kommunale Infrastruktur
Organisation Infrastructures communales

Verlag und Redaktion/éditions et rédaction

Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 380 70 00
www.chgemeinden.ch
www.chcommunes.ch

Nadja Sutter, Chefredaktorin

Daniel Frauchiger und Heinz Hosmann, Layout
info@chgemeinden.ch

Nachdruck

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Verlinkung erwünscht.

Druck und Spedition/impression et expédition Anzeigenmarketing/marketing des annonces

Stämpfli AG, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 300 63 83, Fax 031 300 63 90
insserate@staempfli.com

Die nicht autorisierte und ohne gewichtige Eigenleistung erfolgende Bearbeitung und Verwertung von abgedruckten oder in elektronische Datenbanken eingespeisten Inseraten durch Dritte ist unzulässig und wird vom Inserenten untersagt. Dieser überträgt der Werbegesellschaft insbesondere das Recht, nach Rücksprache mit dem Verlag mit geeigneten Mitteln dagegen vorzugehen.

Auflage/tirage (WEMF/REMP 2020/2021)

Verkaufte Auflage/tirage vendu	2230 Ex.
Gratisauflage/tirage gratuit	1152 Ex.
Total/total	3382 Ex.

gedruckt in der
schweiz

Arbeitsbühnen



Arbeitsbühnen-Vermietung



mietservice schweizweit 0800 813 813
Basel - Bern - Luzern - Züroch - Winterthuer - Mittelland

Facility Management/Software



**Immobilien Daten einfach,
digital und überall**

www.campos.ch

coded with love by icfm

Eventaustattung



Schöni PartyWare AG
Festbankgarnituren
PartyWare
Faltzelte



8617 Mönchaltorf • 044 984 44 05
info@partyware.ch • www.zeltshop.ch

Arbeitsschutzprodukte



Thomi + Co AG
Rütschelenstrasse 1
Postfach 18
4932 Lotzwil

Telefon 062 919 83 83
Telefax 062 919 83 60
Internet <http://www.thomi.com>
E-Mail info@thomi.com

Ihr Partner für den Schutz von Kopf bis Fuss.

Geräteträger/Kompakttraktoren



ISEKI Traktoren
kontakt@iseki.ch - Tel +41 56 544 55 20

ISEKI France S.A.S. Aubière
Zweigniederlassung Fischbach-Götslikon
Brühlmattenstrasse 24a
CH-5525 FISCHBACH-GÖSLIKON

Schwimmbadplanung



beck schwimmbadbau
ihr planer.

Beck Schwimmbadbau AG
Bürglistrasse 29
CH-8400 Winterthur

Telefon +41 (0)52 224 00 88
mail@beck-schwimmbadbau.ch
www.beck-schwimmbadbau.ch

Informatik



www.hi-ag.ch | 056 648 24 48

Schneeräumung



Geh deinen Weg!

Holz matt 651b | CH-3537 Eggwil
www.zaugg.swiss
+41 (0)34 491 81 11
info@zaugg.swiss

Spielplatzeinrichtungen



IRIS Spielwelten
lehrreiche langlebige Spielplätze

www.iris-spielwelten.ch

Nachhaltigkeit

NACHHALTIGKEITS AUSWEIS?

Einfach und zeitsparend,
klar und auf die Schweiz zugeschnitten,
preiswert und doch sicher.

Kompatibel mit IVÖB.

Info & Doku jetzt auf esg2go.org/rfp



rating & reporting standard

DIGITALISIERUNG AN SCHULEN & GEMEINDEN

Rund-um Service vom Schweizer Glasfaser Experten

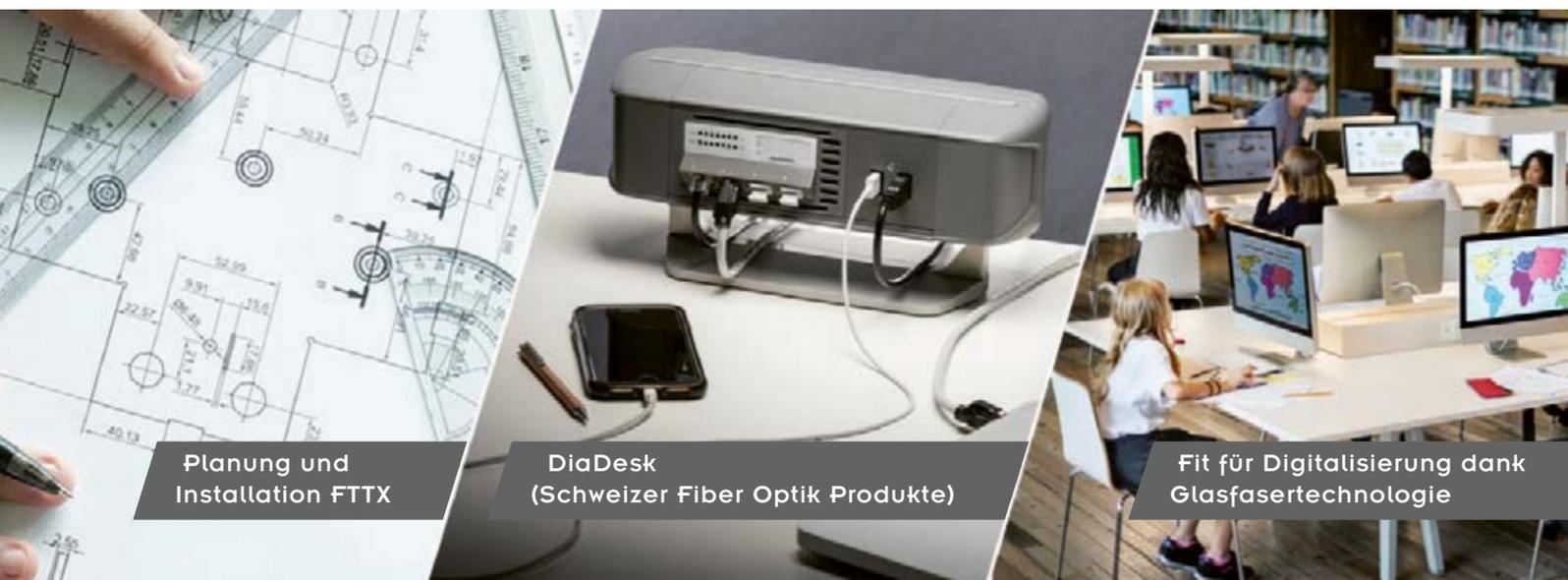
- Rüsten Sie sich für die voranschreitende Digitalisierung
- Planen Sie genügend Bandbreite für die Zukunft, nachrüsten ist kostenintensiver als vorsorgen
- Vermeiden Sie Daten-Flaschenhälse und erschliessen Sie WLAN bis mit zu 5GB dank Glasfaseranschluss
- DIAMOND SA TAF unterstützt Sie als Fiber Optik Experte in allen Projekt-schritten und berät Sie fachgerecht
- DIAMOND SA ist ein Unternehmen, das seit über 40 Jahren im Glasfasergeschäft tätig ist und über ein fundiertes Know-how verfügt



QR Code scannen
und mehr erfahren!

www.diamond.ch

DIAMOND SA | via dei Patrizi 5 | CH-6616 Losone | Tel. +41 58 307 45 45 | info@diamond-fo.com



Planung und
Installation FTTX

DiaDesk
(Schweizer Fiber Optik Produkte)

Fit für Digitalisierung dank
Glasfasertechnologie